



Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

Vereintes Land –

drei Jahrzehnte nach  
dem Mauerfall





## **Impressum**

<b>Herausgeber:</b>	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH
<b>Geschäftsführender Vorstand:</b>	Prof. Reint E. Gropp, Ph.D. Prof. Dr. Oliver Holtemöller Dr. Tankred Schuhmann
<b>Hausanschrift:</b>	Kleine Märkerstraße 8 D-06108 Halle (Saale)
<b>Postanschrift:</b>	Postfach 11 03 61 D-06017 Halle (Saale)  Tel: +49 345 7753 60 Fax: +49 345 7753 820 www.iwh-halle.de
<b>Redaktion:</b>	Stefanie Müller
<b>Satz und Layout:</b>	Peggy Krönung
<b>Druck:</b>	Quedlinburg DRUCK GmbH Groß Orden 4, 06484 Quedlinburg
<b>Bildnachweis:</b>	Umschlagfoto: Ricardo Gomez Angel, @ripato/unsplash.com S. 6: Andreas Schoelzel S. 7: chuttersnap, @chuttersnap/unsplash.com S. 10: Michal Pech, @mikes1978/unsplash.com S. 14: Hartwig HKD, Room with a View/flickr.com S. 15: Bogy/Adobe Stock S. 20: TU Dresden/Nils Eisfeld S. 22: Wikiolo, „Containeranbau Fritz-Lutz-Schule“, Wikimedia Commons
<b>Zitierhinweis:</b>	<i>Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)</i> (Hrsg.): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale) 2019.
<b>ISBN:</b>	978-3-941501-53-9 (print) 978-3-941501-54-6 (online)



## ↳ Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall

Die Berliner Mauer als das Symbol der deutschen Teilung ist mittlerweile länger verschwunden als sie gestanden hat, doch die Unterschiede innerhalb des Landes sind auch nach drei Jahrzehnten noch sichtbar. Jüngste Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass die Bruchkante der wirtschaftlichen Entwicklung nicht immer ausschließlich entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze verläuft, sondern neben dem West-Ost-Gefälle auch Süd-Nord- oder Stadt-Land-Unterschiede zutage treten.

## Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall

Die Berliner Mauer als Inbegriff der deutschen Teilung ist inzwischen schon länger wieder verschwunden als sie existiert hat. Im Jahr 2019 vollendet sich das dritte Jahrzehnt ohne diese Grenze. Die Euphorie von Mauerfall und Wiedervereinigung war rasch der Ernüchterung gewichen. Die Menschen im Osten Deutschlands erlebten den Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen und den millionenfachen Verlust von Arbeitsplätzen. Die Verantwortlichen in der Politik standen vor der Herausforderung, ein rasches Zusammenwachsen des Landes



Grenzübergang Bornholmer Straße am 9. November 1989

zu befördern, ohne die gesamtwirtschaftliche Stabilität des vereinten Deutschlands und seine Rolle als verlässlicher Partner in Europa und der Welt zu gefährden. Vor diesem Hintergrund liegt die Frage nahe, wie Deutschland, das knapp ein Jahr nach dem Mauerfall auch seine staatliche Wiedervereinigung vollzog, nach drei Jahrzehnten aussieht. Dieser Frage geht die vorliegende Veröffentlichung nach. Sie präsentiert Untersuchungsergebnisse zur wirtschaftlichen

Situation und Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland. Zunächst wird die wirtschaftliche Position Deutschlands im internationalen Vergleich beleuchtet. Anschließend wird der Blick auf die räumlichen Unterschiede innerhalb Deutschlands gerichtet, wie sie sich im dritten Jahrzehnt nach dem Mauerfall darstellen.

Wie hat sich die wirtschaftliche Position Deutschlands im internationalen Vergleich seit der Wiedervereinigung verändert? Anfang der 1990er Jahre war das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (gemessen in Kaufkraftparitäten) in Deutschland in etwa so hoch wie im Schnitt aller großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften (G7-Gruppe), und nur der Wert für die USA, das mit Abstand wohlhabendste Land der Gruppe, lag über dem von Deutschland (vgl. Abbildung 1). Danach wuchs aber das deutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner längere Zeit deutlich langsamer als im Schnitt dieser Ländergruppe. Das ist keinesfalls selbstverständlich. Schließlich waren damals die Wachstumsraten der ostdeutschen Wirtschaft im Zuge des Konvergenzprozesses sogar recht hoch (vgl. Abbildung 9). Jedoch brachte die Vereinigung Belastungen mit sich, die das Trendwachstum in Deutschland dämpften. So beanspruchte der öffentliche Sektor einen deutlich größeren Anteil am Produktionspotenzial: Lag die staatliche Einnahmenquote relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland vor der Vereinigung bei 43%, stieg sie im vereinigten Deutschland bis Mitte der 1990er Jahre auf 48%.<sup>1</sup> Zudem ging die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland in den Jahren nach der Vereinigung deutlich

**Vereinigung  
dämpfte Trend-  
wachstum**

<sup>1</sup> Die Ausgabenquote stieg von 45% auf 51%. Um Vergleichbarkeit zwischen den westdeutschen und den gesamtdeutschen Zahlen zu gewährleisten, wird den Ausgaben- und Einnahmenquoten das Bruttoinlandsprodukt nach ESVG 1995 zugrunde gelegt.

zurück.<sup>2</sup> Ursachen waren die Aufwertung der D-Mark (nominal effektiv um 17% zwischen 1989 und 1995) und der Anstieg des inländischen Preisniveaus im Vereinigungsboom.<sup>3</sup> Aber auch die zur D-Mark-Einführung in Ostdeutschland erfolgte Umstellung der Löhne im Verhältnis von 1 zu 1 und die anschließenden, hohen Lohnzuwächse mussten die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland verringern.<sup>4</sup>

Auffallend ist, dass der Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft, also das Verhältnis der Summe aus Exporten und Importen zum Bruttoinlandsprodukt, in den Jahren nach der Vereinigung deutlich zurückging (vgl. Abbildung 2). Auch diese Beobachtung ist nicht selbstverständlich. Schließlich hätten der durch die Vereinigung ausgelöste Nachfrageschub und die geringere Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auch zu steigenden Importen führen können. Die Einfuhren expandierten aber in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verhalten, und die ostdeutsche Nachfrage wurde vor allem aus Westdeutschland befriedigt. Für die westdeutschen Unternehmen gewann der eigene Binnenmarkt an Bedeutung, während die Ausfuhren erst einmal deutlich zurückgingen. Der Leistungsbilanzsaldo drehte abrupt ins Negative (vgl. Abbildung 3).

Die deutsche Wirtschaft hat aber ihre Schwächephase Mitte des vergangenen Jahrzehnts überwunden, und seitdem legt die Produktion je Einwohner im Trend mindestens so schnell zu wie im Schnitt der G7-Staaten. Diese Wende wird häufig mit den Arbeitsmarktrefor-

der Jahre 2003 bis 2005 erklärt.<sup>5</sup> Was die deutsche Wirtschaft aber vor allem gestärkt hat, waren Exporterfolge, die sich schon Ende der 1990er Jahre einzustellen begannen. Vielen Unternehmen gelang es, durch Auslagerung unproduktiverer Wertschöpfungsstufen ins Ausland ihre Arbeitsproduktivität zu erhöhen.<sup>6</sup> Zudem profitieren die für Deutschland wichtigen Investitionsgüterproduzenten in besonderem Maß von der Nachfrage rasch



Deutschland als Exportnation: Das Land profitiert von der Internationalisierung

wachsender Schwellenländer, zumal Chinas, nach diesen Gütergruppen. Der Fall des Eisernen Vorhangs hat also letzten Endes die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft besonders begünstigt, und heute ist ihr Offenheitsgrad gemessen an der Größe des Landes ausgesprochen hoch.

Sind die 30 Jahre vereinigtes Deutschland aus internationaler Perspektive eine Erfolgsgeschichte? Hier kommt es auf den Maßstab an: Die deutsche Volkswirtschaft konnte ihre Position innerhalb der Gruppe der großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften letztlich behaupten, der Abstand zu den USA ist aber noch größer geworden. Dass der Produktivi-

**Schwächephase  
nach deutscher  
Vereinigung über-  
wunden**

**Produktivitäts-  
fortschritt in den  
USA schneller**

<sup>2</sup> Gemäß dem von der Deutschen Bundesbank errechneten Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtabsatzes war das deutsche Preisniveau relativ zu den Preisen in den für Deutschland relevanten Absatzmärkten im Jahr 1995 um 16% höher als im Jahr 1989 und um 20% höher als im Jahr 2017.

<sup>3</sup> So stiegen die Verbraucherpreise in Westdeutschland in den Jahren 1991 bis 1993 jährlich mit einer Rate von 3,7%.

<sup>4</sup> Betrag (nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder) das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den ostdeutschen Flächenländern im Jahr 1991 noch 49% des Niveaus in Westdeutschland (ohne Berlin), waren es im Jahr 1995 schon 72%.

<sup>5</sup> Vgl. etwa Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2016), Zeit für Reformen, Jahresgutachten 2016/17, Ziffern 7 und 841.

<sup>6</sup> Vgl. etwa Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahresgutachten 2015/16, Ziffer 609.

tätsfortschritt in den USA schneller ist, dürfte zu einem erheblichen Teil auf die Stärke der US-amerikanischen Digitalwirtschaft zurückgehen. Die digitale Wirtschaft begann sich ja in weiten Teilen erst nach der Deutschen Einheit zu entfalten: Um 1990 wurde in Deutschland das „Handy“ zu einem Wort der Umgangssprache, und in jenem Jahr hat die US-amerikanische National Science Foundation das Internet über Universitäten hinaus öffentlich zugänglich gemacht. Bis heute vollzieht sich der technische Fortschritt im IT-Bereich vor allem in den USA, und die fünf wertvollsten Unternehmen der Welt hatten im Jahr 2017 ein digitales Geschäftsmodell und ihren Sitz in den Vereinigten Staaten. Der Rückstand in der Digitalwirtschaft wird schwer aufzuholen sein. Es ist aber allgemein darüber nachzudenken, warum die Bedingungen für die Entwicklung neuer Technologien in den USA anscheinend günstiger waren und sind als hierzulande und wie sich das ändern ließe. Dabei sollte auch bedacht werden, dass der ungewöhnlich hohe Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands (vgl. Abbildung 3) nicht nur auf eine hohe Wettbewerbsfähigkeit zurückgeht, sondern auch ein Zeichen für Vorbehalte der Anleger gegenüber dem Investitionsstandort Deutschland ist. Nachdem die internationale wirtschaftliche Position Deutschlands erörtert wurde, wird nunmehr der Blick auf die wirtschaftliche Situation im wiedervereinigten Land gerichtet. Ökonomisch gesehen handelte es sich beim Fall der Berliner Mauer und bei der Herstellung der Deutschen Einheit um ein Beispiel wirtschaftlicher Integration. Nach der Grenzöffnung konnten die Menschen im Osten

Deutschlands ihren Wohn- und Arbeitsort frei wählen. Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion Mitte 1990 wurde Ostdeutschland Teil eines europäischen Integrationsraums ohne Einschränkungen für die Bewegungsfreiheit der Produktionsfaktoren. Es wurde erwartet, dass sich die großen räumlichen Entwicklungsunterschiede innerhalb Deutschlands nach und nach verringern würden. Das West-Ost-Gefälle dominierte damals die Wahrnehmung über die räumlichen Disparitäten in Deutschland. Dies war nicht verwunderlich. Denn vier Jahrzehnte deutscher Teilung hatten ihre Spuren hinterlassen.

### **Regionale Produktivitätsunterschiede in Deutschland weiterhin vom West-Ost-Gefälle dominiert**

Am augenfälligsten zeigte sich im *Produktivitätsunterschied* das West-Ost-Gefälle der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Produktivität lag im Jahr 1991 in Ostdeutschland (einschließlich Berlin), gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, im Durchschnitt nur bei 45% des westdeutschen Werts (vgl. Abbildung 4). Von 1991 bis 2003 nahm in den Neuen Ländern die Produktivität schneller als in Westdeutschland zu. Die Konvergenz bei der Produktivität verlor aber schon Mitte der 1990er Jahre an Tempo, und in den 2000er Jahren kommt sie höchstens noch in Trippelschritten voran. Im Ergebnis beträgt die Produktivität im Durchschnitt der Neuen Länder einschließlich Berlin im Jahr 2017 82% des westdeutschen Durchschnitts. Kein ostdeutsches Flächenland reicht an das westdeutsche

**Konvergenz zwischen West und Ost anfänglich in großen, jetzt nur noch in Trippelschritten**

Land mit der geringsten Produktivität – das Saarland – heran. In der regionalökonomischen Debatte wird die Frage gestellt, ob an die Stelle des kleiner gewordenen West-Ost-Gefälles ein Süd-Nord-Gefälle tritt. Wenn die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen dem Süden und die übrigen Länder dem Norden zugeordnet werden, wird in der Tat eine sich öffnende Schere bei der Produktivität zwischen Süd- und Norddeutschland sichtbar (vgl. Abbildung 4). Doch diese Schere ist immer noch viel kleiner als der West-Ost-Abstand.

In der wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Debatte über die Ursachen für die fortbestehende Ost-West-Produktivitätslücke wird häufig auf die *Kleinteiligkeit der Unternehmensstrukturen* in den Neuen Ländern verwiesen. In der Tat zeichnet sich Ostdeutschlands Wirtschaft dadurch aus, dass kleine und mittlere Unternehmen die Unternehmenslandschaft dominieren, dies ist aber auch in Westdeutschland der Fall. Man kommt dabei nicht umhin, einen Blick auf die als groß eingestuften Unternehmen (mit mehr als 250 Beschäftigten) zu richten. Genau genommen sind es im Osten und im Westen jeweils 0,4% aller Unternehmen; dies entspricht absolut 2 341 beziehungsweise 12 289 Unternehmen (2016).<sup>7</sup> Da die größten westdeutschen Betriebe jedoch sehr viel größer sind als die größten ostdeutsche Betriebe, ist der Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben an der Gesamtbeschäftigung in Westdeutschland viel höher (vgl. Abbildung 5). Woran es in den Neuen Ländern mangelt, sind *große Unternehmen*

*mit strategischen Unternehmensfunktionen*, also vor allem mit Forschung und Entwicklung. Solche strategischen Unternehmensfunktionen sind zumeist bei Konzernzentralen angesiedelt. Es gibt aber in Ostdeutschland kaum *Konzernzentralen* (vgl. Abbildung 6). Von den Top-500-Unternehmen in Deutschland, die die Tageszeitung DIE WELT jährlich auflistet, hatten im Jahr 2016 464 ihren Konzernsitz in den Alten und nur 36 in den Neuen Ländern. Eine frühere Untersuchung aus dem IWH hatte gezeigt, dass das Fehlen von strategischen Führungsfunktionen eine wichtige Erklärung für die Ost-West-Einkommenslücke darstellt.<sup>8</sup> Doch auf die bloße Größe kommt es nicht an. Eine am IWH durchgeführte multivariate Schätzung zeigt, dass die Produktivitätslücke ostdeutscher Betriebe im Vergleich zu ihren gleich großen westdeutschen Pendanten in keiner Beschäftigtengrößenklasse weniger als 20% beträgt (vgl. Abbildung 5). Es lässt sich somit feststellen, dass der Produktivitätsrückstand des Ostens sowohl durch die Kleinteiligkeit der Unternehmensstrukturen als auch durch gleichzeitig vorhandene Produktivitätsrückstände bei vergleichbaren Betrieben erklärt wird. Die Gewährung von regionalpolitischen Subventionen für betriebliche Investitionen führt, weil an das Kriterium der Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze gebunden, nicht zwangsläufig zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität (vgl. Unterabschnitt „Ostdeutschland weist keinen generellen Mangel mehr an Sachkapital auf“). Produktivitätsunterschiede gibt es in Deutschland ferner zwischen Stadt und Land, und zwar

**Konzernzentralen haben Sitze überwiegend in Westdeutschland**

**Ost-West-Produktivitätslücke in allen Betriebsgrößen**

<sup>7</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018: Unternehmen (Unternehmensregister-System); Berechnungen des IWH.

<sup>8</sup> Vgl. Blum, U. (2007): Der Einfluss von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: Eine ökonometrische Analyse deutscher Regionen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2007, 187–194.

**Ländliche Räume bei der Produktivität näher an westdeutschen Werten als städtische Räume**

sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. In beiden Landesteilen liegt die Produktivität im städtischen Raum über jener im ländlichen Raum. Dies kann wenig überraschen, weil Ballungsräume externe Skalenerträge ermöglichen, die auch die Produktivität günstig beeinflussen. Überraschend ist allerdings, dass in Ostdeutschland der ländliche Raum bei der Produktivität näher am westdeutschen ländlichen Raum liegt als der städtische an seinem westdeutschen Pendant (vgl. Abbildung 7). Erklärungsansätze liegen in Standortentscheidungen von Investoren nach 1990, in historisch in ländlichen Gebieten entstandenen



Industrieansiedlung im ländlichen Raum

Industrien und in daran anknüpfenden Subventionszahlungen für deren Erhalt. Viele Investoren entschieden sich nach 1990 für Standorte außerhalb der Städte, wo sie ein günstiges Industrie- oder Gewerbeflächenangebot vorfanden oder wo eine Autobahn in der Nähe war. Es waren zudem häufig – siedlungsstrukturell gesehen – ländliche Räume, in denen schon an der Wende von 19. zum 20. Jahrhundert oder nach dem Zweiten Weltkrieg Industrieunternehmen errichtet wurden – die Chemieindustrie im Süden Sachsen-Anhalts und die metallurgische Industrie in Eisenhüttenstadt

sind hierfür Beispiele. Regionalpolitische Subventionen kamen nach 1990 hinzu. Städtische Räume, wo allgemein die Produktivität höher ist, spielen übrigens in Ostdeutschland eine geringere Rolle bei der Erwerbstätigkeit. Rund 50% der Erwerbstätigen im Osten sind in städtischen Räumen beschäftigt, in Westdeutschland sind es rund drei Viertel.

Das fortbestehende West-Ost-Gefälle wird relativiert, wenn die räumlichen Unterschiede bei der Wirtschaftskraft in der Europäischen Union betrachtet werden (vgl. Abbildung 8). Die ostdeutschen Regionen weisen einen deutlichen Vorsprung beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Vergleich zur ganz überwiegenden Mehrheit der Regionen in Mittel- und Osteuropa auf, die ebenfalls eine Transformation von Zentralverwaltungs- hin zu Marktwirtschaften vollzogen haben. Allerdings ist Ostdeutschland trotz der innerdeutschen Transfers seit dem Jahr 2000 im Schnitt deutlich langsamer gewachsen als die vier Visegrád-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Tschechien kommt, gemessen in Kaufkraftstandards, der Wirtschaftskraft in Ostdeutschland schon sehr nahe (vgl. Abbildung 9). Das Ausmaß der regionalen Disparitäten hat sich übrigens innerhalb Deutschlands in den 2000er Jahren verringert (vgl. Abbildung 10). Dies war in den anderen großen EU-Mitgliedsländern Frankreich, Italien und Großbritannien nicht der Fall, und die Europäische Union ist durch die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder mit ihren wirtschaftlich schwachen Regionen disparater geworden. Die Disparitäten sind, gemessen an der Varianz des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner

**Visegrád-Staaten haben stark aufgeholt**

**Ausmaß regionaler Disparitäten in Deutschland verringert**

(Kaufkraftstandards), innerhalb Westdeutschlands größer als im Osten. Der Rückgang der Streuung fiel aber im Osten größer als im Westen aus.<sup>9</sup> Berlin gehört übrigens nicht zu den Regionen, die in der EU und auch in Deutschland bei der Wirtschaftskraft je Einwohner mit ganz vorn stehen. Seit 2014 wächst aber das Bruttoinlandsprodukt in Berlin in jedem Jahr schneller als im westdeutschen Durchschnitt (vgl. Abbildung 11).

### **Produktivitätsunterschiede gehen mit Lohnunterschieden einher**

Der Lücke, die die Neuen Länder bei der Produktivität aufweisen, entspricht eine Lücke in ähnlicher Größenordnung bei den Löhnen (vgl. Abbildung 12). Der Medianlohn liegt in Ostdeutschland bei 81,0% des Bundesdurchschnitts. Selbst in der Bundeshauptstadt Berlin liegt das Medianlohnniveau nur bei 97,4% des Bundesdurchschnitts. Beim Blick auf die Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland zeigt sich eine große Spannweite der Löhne. In Westdeutschland existiert, abgesehen von Hamburg und einigen Regionen Nordrhein-Westfalens, ein deutliches Süd-Nord-Lohngefälle. In Ingolstadt und in Erlangen liegt der Medianlohn bei 144,4% des Bundesdurchschnitts. In Cloppenburg, dem westdeutschen Kreis mit dem niedrigsten Medianlohn, werden 81,3% des Bundesdurchschnitts erreicht, und mithin wird dort immer noch etwas mehr verdient als im ostdeutschen Durchschnitt. In Ostdeutschland reicht die Spanne – wenn Berlin unberücksichtigt bleibt – von 68,0% in Görlitz bis 95,5% in Jena.

Eine der wichtigsten Ursachen für den Lohnabstand liegt in der nach wie vor geringeren durchschnittlichen Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland. Allerdings spielen auch strukturelle Unterschiede eine Rolle: Der Anteil der Branchen, in denen in Westdeutschland überdurchschnittlich hohe Löhne gezahlt werden, ist in Ostdeutschland geringer. So beträgt der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an allen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland 28,4%, in Ostdeutschland beläuft sich dieser nur auf 21,0%. Zudem werden im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe mit 101,4% nur geringfügig höhere Löhne als im ostdeutschen Durchschnitt gezahlt. In Westdeutschland sind es 115,9%.

### **Dienstleistungen als bedeutendster Jobmotor im wiedervereinigten Deutschland**

Wirtschaftlicher Erfolg lässt sich am Zuwachs von Wertschöpfung und Beschäftigung messen. Im Zeitraum nach der Wiedervereinigung war der Dienstleistungssektor, gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen, in Deutschland der bedeutendste Job-Motor, und zwar sowohl in West- als auch in Ostdeutschland (vgl. Abbildung 13). Allerdings fiel im Osten Deutschlands im Zeitraum von 1991 bis 2005 der Zuwachs der Beschäftigung im Dienstleistungssektor nicht groß genug aus, um die Rückgänge in den übrigen großen Wirtschaftsbereichen, also im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im übrigen Produzierenden Gewerbe und in der Land-

**Süd-Nord- sowie West-Ost-Gefälle bei Löhnen**

<sup>9</sup> Berechnungen des IWH auf der Grundlage von Eurostat 2018.

**Im Osten fast  
sechsmal so viele  
Jobs in Dienst-  
leistungen wie in  
der Industrie**

und Forstwirtschaft sowie Fischerei, zu kompensieren. Auch in Westdeutschland war im Zeitraum von 1991 bis 2005 die Zahl der Industriebeschäftigten rückläufig, nur wurde der Rückgang im Westen durch den Zuwachs bei den Dienstleistungen mehr als kompensiert. Erst danach, als der Rückgang der Industriebeschäftigung abgeebbt war, wuchs per saldo die Beschäftigung in Ostdeutschland, und zwar vor allem im Dienstleistungssektor. Auch in der Industrie nahm sie zu. Allerdings lag der absolute Zuwachs bei den Dienstleistungsjobs bei fast dem Sechsfachen im Vergleich zur Industrie. An den Aufwuchs der Dienstleistungsbeschäftigung in Westdeutschland kommt der im Osten jedoch nicht heran. Beträgt das West-Ost-Verhältnis bei der Gesamtzahl der Dienstleistungsbeschäftigten ungefähr 4:1, liegt es beim Beschäftigtenzuwachs zwischen 2005 und 2017 bei 6:1. Auch bei der Bruttowertschöpfung zeigt sich, dass die größten absoluten Zuwächse aus den Dienstleistungen kommen, und zwar in West- und in Ostdeutschland (vgl. Abbildung 13).

Die Unterbeschäftigung zeigt, inwieweit es nicht gelungen ist, Menschen in reguläre Beschäftigung zu bringen (vgl. Abbildung 14). Sie schließt nicht nur die Arbeitslosen ein, sondern auch jene Personen, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden. Mithin kann die Unterbeschäftigungsquote besser als die Arbeitslosenquote das Defizit an regulärer Beschäftigung abbilden. Es zeigt sich ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Die geringsten Werte zeigen sich in den Kreisen des Freistaats Bayern, die höchsten in Vorpommern,

Teilen Brandenburgs außerhalb des Berliner Speckgürtels sowie in einzelnen Teilräumen Sachsen-Anhalts und Nordrhein-Westfalens. 37 von 84 kreisfreien Städten und Kreisen, deren Unterbeschäftigungsquoten den Bundesdurchschnitt um mehr als ein Viertel übersteigen, sind in den Neuen Ländern gelegen. Zu den Teilräumen mit einer besonders hohen Unterbeschäftigung gehört auch Berlin. Wohl gemerkt wurde die relative Position der Teilräume in Deutschland bei der Unterbeschäftigung, also das Verhältnis zum Bundesdurchschnitt, dargestellt. Die Quote selbst ist, den Angaben der Bundesagentur für Arbeit zufolge, deutlich zurückgegangen. Lag sie in Ostdeutschland im Jahr 2011 noch bei 15,6%, ist sie bis 2017 auf 10,4% zurückgegangen, in Westdeutschland von 8,5% auf 7,2%.<sup>10</sup>

### **Ostdeutschland weist keinen generellen Mangel mehr an Sachkapital auf**

Das augenscheinlichste Entwicklungsdefizit, das sich nach der Grenzöffnung im Osten Deutschlands offenbarte, war der schlechte Zustand des Kapitalstocks sowohl in den ehemaligen volkseigenen Betrieben als auch in der Infrastruktur. Im Jahr 2015 liegt die Kapitalausstattung je Erwerbstätigen in Ostdeutschland im Durchschnitt bei fast neun Zehnteln der westdeutschen (vgl. Abbildung 15). Von generellem Kapitalmangel kann keine Rede mehr sein. Denn relativ zum Bruttoinlandsprodukt, also beim so genannten Kapitalkoeffizienten, weist Ostdeutschland sogar einen Vorsprung vor Westdeutschland auf. Dies bedeutet nichts Anderes als dass auch die Produktivität des Kapitals und

**Kein genereller  
Kapitalmangel in  
Ostdeutschland,  
aber Rückstand  
bei der Kapital-  
produktivität**

<sup>10</sup>Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2018): Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (Jahreszahlen). Deutschland, West/Ost und Länder. 2017, in: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201712/unterbeschaefigung/jz-arbeitslosigkeit-unterbeschaefigung/jz-arbeitslosigkeit-unterbeschaefigung-d-0-201712-xlsx.xlsx>, Zugriff am 11.09.2018.

nicht nur die Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Westen einen Rückstand aufweist. Für den Kapitalstockaufbau wurden massive Subventionen gewährt. Allein für Investitionen in ostdeutschen Betrieben wurden im Zeitraum von 1991 bis 2017 Zuschüsse im Rahmen der Regionalförderung in Höhe von rund 42 Mrd. Euro bewilligt. Überdurchschnittlich viele Mittel sind – in Relation zur Erwerbstätigenzahl – in Industriestandorte geflossen, die siedlungsstrukturell gesehen, in ländlichen Räumen gelegen sind (vgl. Abbildung 16). Die Förderung ist aber inzwischen deutlich zurückgefahren worden. Eine Untersuchung des IWH zur einzelbetrieblichen Regionalförderung am Beispiel Sachsen-Anhalts zeigt, in Übereinstimmung mit Befunden aus internationalen Studien, dass zwar ein positiver Effekt für die Beschäftigung und für die Investitionen – letzteres aber nur für die Durchführungsphase der Investitionen –, aber keine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, also der Produktivität der geförderten Betriebe bewirkt wird.<sup>11</sup> Dieses Ergebnis ordnet sich in die internationale Literatur ein, wonach es bislang keine Hinweise dafür gibt, dass diskretionär gewährte Investitionszuschüsse die Produktivität der begünstigten Unternehmen erhöhen (Neumark, Simpson, 2015).<sup>12</sup>

### **Nettoabwanderung aus den Neuen Ländern in Richtung Westen zum Stillstand gekommen, dennoch Bevölkerungsrückgang**

Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften ist eng an die Einwohnerentwicklung und deren Komponenten, die Zu- und Abwanderung sowie die

Zahl der Geburten und Sterbefälle, gekoppelt. Deutschland weist seit 2012 eine beinahe ausgeglichene Bilanz der *Bevölkerungswanderung zwischen Ost- und Westdeutschland* auf. Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation kann als ein Grund dafür gesehen werden. Dies war nicht immer so. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer stieg – erwartungsgemäß – die Zahl der Abwanderungen in die Alten Länder rapide an (vgl. Abbildung 17). Im Zeitraum von 1989 bis 2015 wanderten 1,9 Millionen Menschen mehr aus Ostdeutschland ab als zu. Mehr als die Hälfte dieser Nettoabwanderung vollzog sich in den vier Jahren von 1989 bis 1992. Nach einem Wiederanstieg der Nettoabwanderungen um die Jahrtausendwende hat sich die Wanderungsbilanz mehr und mehr ausgeglichen. Wenn Berlin mit in die Betrachtung einbezogen wird, gab es in den vergangenen Jahren sogar eine leichte Zuwanderung, während aus den ostdeutschen Flächenländern die Fortzüge immer noch etwas höher sind als die Zuzüge. Zur Ost-West-Binnenmigration, bei der mehr als zwei Jahrzehnte lang die Abwanderungen aus Ostdeutschland die Zuwanderungen dorthin überwogen, kommen die Außenwanderungen hinzu (vgl. Abbildung 18). Ostdeutschland (mit Berlin) wies in fast allen Jahren seit 1990 einen positiven Außenwanderungssaldo auf. Er war im Zeitraum von 1992 bis 1996 und nach dem Jahr 2010 sogar so groß, dass er die Netto-Wanderungsverluste aus der Ost-West-Binnenmigration kompensieren konnte. Ferner ging in den ersten Jahren nach dem Mauerfall in Ostdeutschland die Zahl der Geburten zurück. Dies war wohl weniger den weggefallenen sozialpolitischen Anreizen

**Ost-West-  
Wanderungsbilanz  
inzwischen  
ausgeglichen**

<sup>11</sup> Vgl. Brachert, M.; Dettmann, E.; Titze, M. (2018): Public Investment Subsidies and Firm Performance – Evidence from Germany, in: *Journal of Economics and Statistics*, 238(2): 103–124, hier speziell 121.

<sup>12</sup> Darüber hinaus argumentiert die einschlägige Literatur (Neumark, D.; Simpson, H. (2015): Place-based Policies, in: Duranton, G.; Henderson, J. V.; Strange, W. C. (eds.): *Handbook of Regional and Urban Economics*, Amsterdam et al.: Elsevier, Vol. 5B, 1197–1287, hier speziell 1259): „The evidence also suggests that the design of some schemes might itself create distortions to firms’ optimal capital-labor ratios and to productivity, with associated welfare effects. Indeed, to the extent that the schemes are designed to finance marginal investment projects that, absent any capital-market failures, would not be backed by private sector finance, the subsidized investment may be relatively unproductive.“

**Gegenläufige  
Bevölkerungs-  
entwicklung in  
Ost- und West-  
deutschland**

zur Familiengründung, die es in der DDR gab, sondern eher den Unsicherheiten in der ostdeutschen Bevölkerung über ihre Perspektiven im vereinten Deutschland geschuldet. Die Zahl der Geburten lag im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2015 unter der der Sterbefälle. In Westdeutschland ist ein Geburtendefizit im Wesentlichen erst seit der Jahrtausendwende zu verzeichnen. Werden die Wanderungen und die natürliche Bevölkerungsveränderung zusammen betrachtet, zeigt sich, dass seit 2013 die Wanderungsgewinne in Ostdeutschland größer sind als das Geburtendefizit. Mithin steigt die Einwohnerzahl im östlichen Teil seitdem. Westdeutschland konnte dagegen beinahe im gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung – mit Ausnahme der Jahre 2006 bis 2009 – einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Alles in allem ist die Bevölkerungszahl in den Alten Ländern von 1990 bis 2015 um nahezu 6,6 Millionen Personen gestiegen, in den Neuen Ländern einschließlich Berlin ist sie um 2,1 Millionen gesunken. Westdeutschland hat seine Nachfrage nach Fachkräften auch durch die Zuwanderung aus dem Osten nach der Wiedervereinigung mit gedeckt. Die Einwohnerentwicklung wird auch von Stadt-Land-Unterschieden bei der Binnen-



Verlassen: Der ländliche Raum im Osten der Republik verliert ununterbrochen Einwohner

wanderung beeinflusst. Der ländliche Raum in Ostdeutschland hat seit 1999 im Rahmen der Binnenwanderung ununterbrochen Einwohner verloren, und das Ausmaß der Abwanderung aus ländlichen Räumen war im Osten Deutschlands – in Relation zur Einwohnerzahl – um ein Mehrfaches höher als im ländlichen Raum des Westens (vgl. Abbildung 19).

**In den kommenden Jahren sind West und Ost unterschiedlich von der Abnahme der Erwerbsfähigenzahl betroffen**

Die *künftige Bevölkerungsentwicklung* in Deutschland laut 13. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes spricht nicht dafür, dass sich das Fachkräfteproblem in den kommenden Jahren entschärfen wird (vgl. Abbildung 20). Im Gegenteil: Selbst jene Variante dieser Vorausberechnung, die eine stärkere Zuwanderung aus dem Ausland von 200 000 Personen pro Jahr unterstellt, bedeutet in den kommenden Jahren einen Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. In den ostdeutschen Flächenländern wird die Erwerbsfähigenzahl im Jahr 2060 im Vergleich zum Ausgangsjahr 2015 um fast zwei Fünftel zurückgegangen sein, in den westdeutschen Flächenländern um knapp ein Fünftel. Der Rückgang im Osten fällt also doppelt so hoch aus wie im Westen.

Gewiss kann die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland in den kommenden Jahren helfen, den Rückgang der Erwerbsfähigenzahlen etwas zu mildern. Doch die



Können EU-Zuwanderer die Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt abfedern?

**EU-Zuwanderer  
wollen vor  
allem nach West-  
deutschland**

Regionen in Deutschland profitieren von der Zuwanderung aus dem Ausland ganz unterschiedlich. Die kumulierten Wanderungsgewinne aus EU-Staaten betragen 1,5 Millionen Personen im Zeitraum von 2010 bis 2015, das sind 18,5 Personen je 1 000 Einwohner (vgl. Abbildung 21). Die Bundesländer, die überdurchschnittlich von den Wanderungsgewinnen aus der EU profitierten, sind Bremen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Berlin. Die ostdeutschen Flächenländer weisen Wanderungsgewinne auf, die nicht einmal halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt sind. Besonders niedrig fallen die EU-Wanderungsgewinne in Sachsen und Sachsen-Anhalt aus. Die Wanderungsgewinne aus Nicht-EU-Staaten weisen keine derart großen Unterschiede zwischen den Bundesländern auf. Insgesamt betrug der kumulierte Wanderungssaldo im Zeitraum von 2010 bis 2015 knapp 1,4 Millionen Personen. Das sind 17,0 Personen je 1 000 Einwohner. Am niedrigsten fallen die Wanderungsgewinne in Bayern, Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein aus, wo sie um mehr als ein Zehntel unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Am höchsten fallen sie in Bremen aus. Die räum-

lichen Disparitäten bei den Zielgebieten der Zuwanderung aus dem Ausland zeigen sich auch daran, wo in Deutschland Genehmigungen für so genannte Blaue Karten gewährt werden (vgl. Abbildung 22). Hierbei handelt es sich um Genehmigungen für die Beschäftigung von Ausländern mit einem Hochschulabschluss, die zudem ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielen müssen. Im Schnitt erhielten im Jahr 2017 in Deutschland 49 von 100 000 Erwerbstätigen eine Blaue Karte. Absolut betrifft das in Deutschland rund 21 700 Zugewanderte. In Berlin ist diese Zahl – bezogen auf die Erwerbstätigen – dreimal so hoch wie der gesamtdeutsche Durchschnitt. Auch in den westdeutschen Ländern Hamburg, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Bremen fällt der Anteil erteilter Blauer Karten überdurchschnittlich aus. Für strukturschwächere westdeutsche Länder und alle ostdeutschen Flächenländer spielte dagegen die Lösung von Fachkräfteproblemen durch die Blaukartenregelung nur eine unterdurchschnittliche Rolle. Hier scheint Ostdeutschland, abgesehen von Berlin, in einem Teufelskreis gefangen zu sein. Weil Migranten beim Zuzug jene Orte mit vorhandenen sozialen Netzwerken präferieren, wo also bereits Angehörige aus den Herkunftsländern leben, gehören die ostdeutschen Länder, zumindest aus jetziger Sicht, eher zu den weniger präferierten Zuzugsregionen für Zuwanderungen aus der EU<sup>13</sup> und für Inhaber der Blauen Karte. Um Qualifizierte aus dem Ausland für einen Zuzug nach Ostdeutschland zu gewinnen, wird es auch weiterhin erforderlich sein, Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit konsequent ent-

<sup>13</sup> Vgl. dazu beispielsweise eine Untersuchung am Beispiel der Migration von Polen nach Deutschland, in der ein Zuzug vor allem in westdeutsche Agglomerationen erwartet wird, in: Kubis, A. (2010): Regionale Migration in Abhängigkeit von Humankapital und sektoraler Struktur – Eine empirische Analyse am Beispiel von Deutschland und Polen. IWH-Sonderheft 2/2010. Halle (Saale), 7, 87 f.

gegenzuwirken und Weltoffenheit zu zeigen. In den ostdeutschen Flächenländern hat nicht einmal einer von zehn Einwohnern einen Migrationshintergrund (vgl. Abbildung 23). Und es ist wohl kein Zufall, dass Bundesländer, die besonders von der Blue Card profitieren, auch überdurchschnittlich hohe Anteile von Einwohnern mit Migrationshintergrund haben. Auch der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung fällt in den kreisfreien Städten und Kreisen Ostdeutschlands, mit Ausnahme Berlins, deutlich unterdurchschnittlich aus (vgl. Abbildung 24). An dieser geringen Zahl von Ausländern haben allerdings in Ostdeutschland die Schutzsuchenden, die sich mit Verweis auf humanitäre Gründe in Deutschland aufhalten, einen überdurchschnittlichen Anteil. In 49 von 77 kreisfreien Städten und Kreisen ist der Anteil der Schutzsuchenden an den Ausländern mindestens doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Daraus resultiert in Ostdeutschland eine besondere Herausforderung für die Integration derjenigen, denen ein Schutzstatus zuerkannt wurde, aber auch eine Chance, den zu geringen Zuwanderungsanteil aus der EU auszugleichen.

**Hoher Anteil von Schutzsuchenden an Ausländern – Herausforderung für Integration**

### **Der neue Flaschenhals in ganz Deutschland: Fachkräfte**

Der Bevölkerungsrückgang hat Folgen für die Wirtschaft. Unbesetzte Fachkräftestellen werden zunehmend ein Problem, und zwar sowohl in ost- als auch in westdeutschen Betrieben (vgl. Abbildung 25). Der Anteil nicht besetzter Posten an den offenen Stellen für qualifizierte Tätigkeiten ist seit 2007 rapide

gewachsen. Er liegt im Schnitt in Deutschland im Jahr 2017 beim 1,8-Fachen des Werts von 2007. In Ostdeutschland hat er sich sogar mehr als verdoppelt, sodass im Jahr 2017 jede dritte angebotene Stelle nicht besetzt werden konnte. Unter einer besonders hohen Nichtbesetzungsquote leiden insbesondere das Baugewerbe, die Land- und Forstwirtschaft und die unternehmensnahen Dienstleistungen. Trotz unbesetzter Fachkräftestellen wuchs in den vergangenen Jahren auch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten (vgl. Abbildung 26). In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zwischen 1997 und 2017 auf das 2,3-Fache, in Westdeutschland auf das 1,7-Fache erhöht. Der Anteil an der Gesamtbeschäftigung liegt im Osten – trotz Annäherung – immer noch unter dem im Westen. Der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung ist sicher zum großen Teil Ausdruck des Wunsches, Familie und Beruf in Übereinstimmung zu bringen. Zugleich ist dies aber auch ein Indiz dafür, dass es ungenutzte Potenziale bei der Deckung der Fachkräftenachfrage gibt.

Der Anteil der Beschäftigten mit tertiären Bildungsabschlüssen, also mit Hoch- oder Fachhochschulabschlüssen, ist laut EU-Arbeitskräfteerhebung in sämtlichen ostdeutschen Flächenländern im Vergleich der Jahre 2000 und 2017 zurückgegangen (vgl. Abbildung 27). In sämtlichen westdeutschen Ländern und in Berlin hat er dagegen zugenommen. Im Jahr 2000 lag der Anteil der Beschäftigten mit tertiären Berufsabschlüssen noch in sämtlichen ostdeutschen Ländern über dem Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2017 fällt dieser

**West- und ostdeutsche Betriebe: starke Zunahme unbesetzter Fachkräftestellen**

**Ostdeutschlands  
Vorsprung beim  
Hochqualifizierten-  
anteil ist verloren-  
gegangen**

Anteil in allen ostdeutschen Flächenländern mit Ausnahme Sachsens unterdurchschnittlich aus. Der ursprüngliche deutliche Vorsprung bei Hochqualifizierten in den Neuen Ländern ist also, abgesehen von Berlin, verlorengegangen. Beim Anteil der Beschäftigten mit geringem Niveau der beruflichen Bildung weisen die Neuen Länder aber nach wie vor die niedrigsten Anteile im deutschlandweiten Vergleich aus. Der Rückgang der Beschäftigten mit tertiärer Bildung kann angebots- und nachfrageseitige Ursachen haben. Bei Beschäftigten, die ihre Bildung in der DDR erworben hatten, lag der Anteil von Hoch- und Fachhochschulabsolventen höher als in Westdeutschland.<sup>14</sup> Inzwischen verlässt Jahr für Jahr altersbedingt ein Teil dieser Personen den Arbeitsmarkt. Auf der Nachfrageseite schlägt eine Verringerung des Anteils von Personen in leitender Stellung und von herausgehobenen Fachkräften in Ostdeutschland zu Buche.<sup>15</sup>

**Zu viele  
Schulabbrecher**

Besonders gefährdet ist die Fachkräfteausstattung in Ostdeutschland durch den Umstand, dass die Schulabbrecherquote überdurchschnittlich ausfällt (vgl. Abbildung 28). Sie liegt in Deutschland im Durchschnitt bei den Schulabgängern des Jahres 2016 bei 5,7%. In 68 von 77 kreisfreien Städten und Kreisen Ostdeutschlands liegt sie über dem Bundesdurchschnitt.

## **Ostdeutschlands ökonomische Strukturen sind anders**

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Deutschlands Regionen ist auch von den dort existierenden *ökonomischen Strukturen* abhängig. Hier verlaufen die Bruchkanten immer noch häufig entlang der Landesgrenzen zwischen Alten und Neuen Ländern. Der Transformationsprozess im Osten Deutschlands von der Zentralverwaltungs- in die Marktwirtschaft ist zwar längst abgeschlossen. Doch die Entscheidungen, die in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR zur Entwicklung der Unternehmensstrukturen getroffen wurden, haben Spuren in den Wirtschaftsstrukturen der Nachwendzeit hinterlassen. Durch Abwanderung, Zwangsverstaatlichung und Eingliederung in große Kombinate war der kreative wirtschaftliche Mittelstand in der DDR weitgehend zerstört worden (vgl. Kasten).

Mithin hat die ostdeutsche Wirtschaft einen großen Teil ihres kreativen innovativen Unternehmertums durch Abwanderung und Zwangsverstaatlichung verloren, und die auswärtigen Investoren waren häufig nur am Erwerb der Produktionsstätten und nicht an Forschungskapazitäten interessiert. Die Schwäche der Forschung im Unternehmenssektor im Osten Deutschlands zeigt sich, wenn die *Forschungsausgaben* der Unternehmen

<sup>14</sup> Dieser Befund bezieht sich auf Daten der Jahre 1980 und 1985. Vgl. Maaz, K. (2002): Ohne Ausbildungsabschluss in der BRD und DDR: Berufszugang und die erste Phase der Erwerbsbiographie von Ungelernten in den 1980er Jahren. Selbstständige Nachwuchsguppe „Ausbildungslosigkeit: Bedingungen und Folgen mangelnder Berufsausbildung“, Working Paper 3/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, in: [https://www.mpib-berlin.mpg.de/volltexte/institut/dok/full/nwg/NWG\\_maaz\\_WP3\\_2002.pdf](https://www.mpib-berlin.mpg.de/volltexte/institut/dok/full/nwg/NWG_maaz_WP3_2002.pdf), Zugriff am 11.10.2018, 10, Tabelle 1.

<sup>15</sup> Der Anteil von Personen in leitender Stellung und von herausgehobenen Fachkräften im Produzierenden Gewerbe und den Dienstleistungen (Vollzeit und Teilzeit) ist in Ostdeutschland (ohne Berlin) zwischen dem II. Quartal 2010 und dem II. Quartal 2018 von 28,6% auf 26,6% zurückgegangen. In Westdeutschland mit Berlin ist der Anteil in diesem Zeitraum von 34,5% auf 33,2% zurückgegangen (Quellen: Statistisches Bundesamt (2010): Fachserie 16 Reihe 2.1 Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste. 2. Vierteljahr 2010. Erschienen am 22. September, in: [https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft\\_derivate\\_00002339/2160210103225.xls](https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00002339/2160210103225.xls), Zugriff am 01.11.2018; Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Fachserie 16 Reihe 2.1 Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste. 2. Vierteljahr 2017. Erschienen am 20.09., korrigiert am 28.09., in: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/ArbeitnehmerverdiensteV2160210183225.xlsx?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/ArbeitnehmerverdiensteV2160210183225.xlsx?__blob=publicationFile), Zugriff am 01.10.2018.

## Kasten: Der lange Schatten der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft

Der innovative private Mittelstand war im Osten Deutschlands in den viereinhalb Nachkriegsjahrzehnten verdrängt und marginalisiert worden. Rund 36 000 Betriebe (ohne Handwerk) wanderten in Richtung Westen ab.<sup>1</sup> Durch Zwangsverstaatlichung entstanden aus privaten und halbstaatlichen Betrieben im Jahr 1972 über 11 100 zusätzliche volkseigene Betriebe.<sup>2</sup> Schließlich erfolgte eine rigide Konzentration der Produktion in großen Betrieben und Kombinat. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Industriebetrieb versiebenfachte sich zwischen 1955 und 1989, während die Zahl der Betriebe um rund vier Fünftel zurückging.<sup>3</sup> In einem zentralgeleiteten Industriekombinat waren im Durchschnitt rund 21 300 Personen beschäftigt.<sup>4</sup> Heute, 30 Jahre nach dem Mauerfall, wird das Fehlen großer Unternehmen, in denen strategische Unternehmensfunktionen angesiedelt sind, beklagt. Vor diesem Hintergrund könnte die Frage aufkommen, ob die Kombinate die Aufgabe der Konzernzentralen nach dem Eintritt in die Marktwirtschaft hätten übernehmen können? Die Antwort ist nein. Für diese Aufgabe waren sie – gemessen an marktwirtschaftlichen Maßstäben –

falsch organisiert. In ihnen wurde die Frage des *make or buy*, der sich jedes Unternehmen stellen muss, zumeist zugunsten des *make* beantwortet. Im Vokabular der Planer wurde von einem „[...] weitgehend geschlossenen Reproduktionsprozeß [...]“<sup>5</sup> in den Kombinat gesprochen und darin damals ein Vorzug gesehen. Als im Vorfeld der Privatisierung die ersten Umstrukturierungs- und Sanierungskonzepte erarbeitet wurden, gehörte aber eine zu große Wertschöpfungstiefe zu den zentralen Schwachstellen. Bei vielen Kombinat handelte es sich zudem um Zusammenschlüsse von Betrieben mit gleichen oder ähnlichen Produkten. Dadurch wurde Wettbewerb ausgeschaltet und der „Durchgriff“ der zentralen Planungsorgane gesichert. Investitionen wurden den Kombinat zugeteilt. Die Lenkung großer Investitionsmittel in Prestigevorhaben führte dazu, dass viele andere Betriebe mit veralteten und verschlissenen Produktionsanlagen wirtschaften mussten. Demgemäß war der Aufwand für Reparatur und Instandhaltung hoch und die Produktivität niedrig. Veraltete Anlagen, etwa im Bereich der Chemischen Industrie, hatten katastrophale Folgen für die Umwelt. Bei der Einführung der Währungsunion Mitte 1990 kamen viele ehemalige Kombinatbetriebe in eine Klemme: Der Umtauschkurs von 1:1

<sup>1</sup> Vgl. Hefe, P. (1998): Die Abwanderung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus Sachsen nach Westdeutschland zwischen 1945 und 1961, in: Heß, U.; Schäfer, M. in Verbindung mit Bramke, W.; Listewnik, P. (Hrsg.): Unternehmer in Sachsen. Aufstieg – Krise – Untergang – Neubeginn, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 243–252, hier speziell 244 (= Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 4).

<sup>2</sup> Haendcke-Hoppe-Arndt, M. (1997): Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1997, 61, in: <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421301270>.

<sup>3</sup> Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) (1956): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Erster Jahrgang, Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag, 121; Statistisches Amt der DDR (Hrsg.) (1990): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90. 35. Jahrgang, 1. Auflage, ReWi Verlag für Recht und Wirtschaft GmbH, Berlin: Rudolph Haufe Verlag, 158; Berechnungen des IWH.

<sup>4</sup> Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) (1989): Statistisches Jahrbuch 1989 der Deutschen Demokratischen Republik. 34. Jahrgang, Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 103; Berechnungen des IWH.

<sup>5</sup> Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe vom 8. November 1979 (Auszug aus GBl. der DDR I, Nr. 38, 355), in: Wochenzeitung Die Wirtschaft (Herausgeber) (1993): Kombinate. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern, 1. Auflage, Berlin, München: Verlag Die Wirtschaft GmbH, 365–373, hier speziell 365.

von Mark der DDR in DM für Löhne war eine Währungsaufwertung um mehrere hundert Prozent, die die Wettbewerbsfähigkeit enorm beeinträchtigte. Hinzu kamen schnelle Lohnzuwächse, die sich die Betriebe aufgrund anfänglich geringer Produktivität nicht leisten konnten. Gleichzeitig brachen die angestammten östlichen Märkte weg. Im Zuge der Privatisierung zeigte sich, dass die Kombinate und auch die vielen Kombinatbetriebe nicht als Ganzes privatisierbar waren. Sie waren für Investoren in der alten, während der Zentralverwaltungswirtschaft entstandenen Organisation und Größe nicht interessant. An den Forschungsabteilungen waren Investoren im Rahmen der Privatisierung häufig nicht interessiert, denn man wollte auf die existierenden Forschungseinheiten in den Konzernsitzen in Westdeutschland oder im Ausland zurückgreifen.

Die vom DDR-Wirtschaftsministerium im Juni 1990 zusammengefassten Rentabilitätseinschätzungen für die Zeit unmittelbar nach Einführung der DM gingen davon aus, dass nur rund 40% der Betriebe rentabel arbeiten würden, rund 43% der Beschäftigten arbeiteten gemäß dieser Einschätzung in stark konkursgefährdeten Betrieben.<sup>6</sup> Doch selbst das war zu optimistisch, denn die Schätzungen gingen noch von kontinuierlichen Handels-

beziehungen mit der Sowjetunion aus.<sup>7</sup> Später musste der Leitungsausschuss der Treuhandanstalt, der die Sanierungsfähigkeit der größeren Treuhandbetriebe prüfte, einen noch geringeren Anteil sofort oder in absehbarer Zukunft rentabel arbeitender und damit kurzfristig privatisierbarer Betriebe konstatieren; der Anteil lag bei weniger als 10%.<sup>8</sup> Es kam zur Aufspaltung der großen Unternehmenseinheiten durch die Treuhandanstalt, um sie verkaufsfähig zu machen. Gehörten anfänglich rund 8 500 Unternehmen zum Portfolio der Treuhandanstalt,<sup>9</sup> waren es 12 354 im Bruttobestand Ende 1994, von denen 8 444 privatisiert oder reprivatisiert, zum kleinen Teil auch kommunalisiert und 3 718 stillgelegt worden sind.<sup>10</sup> In der öffentlichen Debatte wird die Tätigkeit der Treuhandanstalt nicht selten kritisch gesehen, ohne dass aber deren Tätigkeit und ihre Langfristfolgen schon hinreichend wirtschaftswissenschaftlich untersucht worden sind. Dabei wird es sicherlich auch zweckmäßig sein, das Erbe der Zentralverwaltungswirtschaft mit zu berücksichtigen, das die Treuhandanstalt damals übernehmen musste. Dies betrifft auch die Industriestrukturen mit einem hohen Anteil alter Industrien, die eine Konsequenz des forcierten Aufbaus von Schwerindustrien in der DDR in den 1950er Jahren waren.<sup>11</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Ministerium für Wirtschaft Abteilung I (1990): Angaben zur Rentabilitätsentwicklung der Unternehmen der Industrie nach der Währungsunion – Aufbereitungsstand 07.06.1990 –, Berlin, 15.06.1990, in: <http://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/barch-de10-56.pdf>, Zugriff am 06.03.2017, 2.

<sup>7</sup> Vgl. ebenda, 3.

<sup>8</sup> Schwalbach, J. unter Mitwirkung von Gless, S.-E. (1993): Begleitung sanierungsfähiger Unternehmen auf dem Weg zur Privatisierung, in: Fischer, W.; Hax, H.; Schneider, H. K. (Hrsg.): Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte, Berlin: Akademie-Verlag GmbH, 1993, 177–210, hier speziell 188 (Zusammenfassung der Angaben der ersten beiden Stufen).

<sup>9</sup> Bundesministerium der Finanzen (ohne Jahresangabe): Privatisierungspolitik. Unternehmensprivatisierung durch die Treuhandanstalt, in: [http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs\\_und\\_Beteiligungspolitik/Privatisierungspolitik/Treuhandanstalt/treuhandanstalt.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Privatisierungspolitik/Treuhandanstalt/treuhandanstalt.html), Zugriff am 16.03.2018, ohne Seitenzahl.

<sup>10</sup> Vgl. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlußstatistik der Treuhandanstalt per 31.12.1994, 3; Berechnungen des IWH.

<sup>11</sup> Vgl. Ludwig, U. (2017): Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR (1949 bis 1990) – eine Bilanz, in: Heydemann, G.; Paqué, K.-H. (Hrsg.): Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft. Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den neuen Bundesländern 1945-1994, Göttingen, Bristol CT, U.S.A.: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG; Vandenhoeck & Ruprecht LLC, 111–147, hier speziell 113–124.

**Die westdeutsche  
Wirtschaft gibt  
im Vergleich zum  
Osten das Elfache  
für FuE aus**

betrachtet werden. Von den fast 61 Mrd. Euro, die in der deutschen Wirtschaft im Jahr 2015 nach Angaben des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) verausgabt wurden, entfallen mehr als 56 Mrd. auf Unternehmen in Westdeutschland und weniger als fünf Mrd. auf jene in Ostdeutschland. Dass in Westdeutschland in den Unternehmen das Elfache für Forschung ausgegeben wird, hat mit den großen Unternehmen zu tun. Im Westen tragen sie mehr als neun Zehntel und im Osten weniger als drei Viertel zu den FuE-Ausgaben bei (vgl. Abbildung 29). Mithin leisten im Osten des Landes die mittelständischen Unternehmen – relativ gesehen – größere Beiträge zu den Forschungsausgaben. Den größten Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen an den Forschungsausgaben des Unternehmenssektors weist im gesamtdeutschen Ländervergleich Sachsen-Anhalt mit rund 51% auf.

Das Manko zu weniger größerer forschender Unternehmen versucht die Wirtschaftspolitik durch die Stärkung der öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen zu mildern, sodass sich beim Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt inzwischen keine Ost-West-Dichotomie, sondern ein gemischtes Länder-ranking zeigt (vgl. Abbildung 30). Es fällt auf, dass in fast allen Neuen Ländern in öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen weit mehr als im Unternehmenssektor für Forschung ausgegeben wird. In den wirtschaftlich besonders leistungsfähigen westdeutschen Ländern, etwa Baden-Württemberg und Bayern, verhält sich das gerade umgekehrt. Im Vergleich der Neuen

Länder ist die Relation von öffentlichen und privaten FuE-Ausgaben einzig im Freistaat Thüringen nahezu ausgeglichen. Trotz gezielter Unterstützung für öffentliche Wissenschaftseinrichtungen erweist es sich für diese immer noch als große Herausforderung, in der Liga der Spitzenforschung in Deutschland mitzuspielen. Dies zeigt auch der Blick auf die



Die TU Dresden als eine der wenigen ostdeutschen Universitäten mit Exzellenzcluster

räumliche Verteilung von Exzellenzclustern. Im Herbst 2018 hatte die Deutsche Forschungsgemeinschaft 57 Anträge deutscher Hochschulen auf Förderung so genannter Exzellenzcluster ausgewählt, die nunmehr in den kommenden Jahren finanziell bei der Durchführung von exzellenter Forschung unterstützt werden. Auffällig ist, dass Universitäten aus drei ostdeutschen Ländern – Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – bei der Auswahl der 57 Cluster nicht zum Zuge gekommen sind. Hochschulen aus Berlin und Sachsen sowie aus Thüringen sind dagegen vertreten (vgl. Abbildung 31). Doch selbst westdeutsche Universitäten haben in punkto internationaler Wettbewerbsfähigkeit Verbesserungsmöglichkeiten, wie die Partizipation an der EU-Forschungsförderung zeigt.<sup>16</sup>

**Ostdeutsche  
Universitäten bei  
Exzellenzclustern  
unterrepräsentiert**

<sup>16</sup> Von den 50 universitären Einrichtungen, die im Zeitraum von 2007 bis 2013 am häufigsten im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms Fördermittelvereinbarungen unterzeichnen konnten, waren westdeutsche Universitäten auf den Rangplätzen 13, 34, 42, 43 und 44. Eine ostdeutsche Universität (TU Dresden) rangiert auf Platz 45. Vgl. European Commission (2015): Seventh FP7 Monitoring Report. Monitoring Report 2013. DG Research and Innovation – Evaluation Unit (A.5), 11 March, Table B3, 96, in: [http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/archive/fp7\\_monitoring\\_reports/7th\\_fp7\\_monitoring\\_report.pdf](http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/archive/fp7_monitoring_reports/7th_fp7_monitoring_report.pdf), Zugriff am 24.10.2018.

Eine weitere strukturelle Besonderheit besteht in der geringeren Exportintensität. In der ostdeutschen Industrie liegt der Anteil der Exporte an den Umsätzen um ein Viertel unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (vgl. Abbildung 32). Seit 2010 ist die Exportquote der ostdeutschen Industrie um rund vier Prozentpunkte gestiegen, im Westen in beinahe gleicher Größenordnung, sodass der Rückstand ungefähr gleich hoch geblieben ist. In allen ostdeutschen Flächenländern, aber auch in einigen westdeutschen Ländern, wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, weist die Industrie im Durchschnitt geringere Anteile der Auslandsumsätze an den Gesamtumsätzen auf. Verwiesen wird, was die Exportlücke in den Neuen Ländern betrifft, häufig auf die Kleinteiligkeit der Unternehmensstrukturen. Auch hier gilt, was schon bei den Forschungsaktivitäten gezeigt wurde: Es fehlt an großen Unternehmen. Aber das ist nicht der einzige Grund. Ostdeutsche Unternehmen sind, wenn sie Konzerntöchter sind, nicht selten durch Zulieferungen innerhalb des Konzernverbands, indirekt in Exportaktivitäten eingebunden. In der Industriestatistik ist das aber nicht sichtbar. Der Zusammenhang zwischen Unternehmens- beziehungsweise Betriebsgröße und Exportaktivitäten ist allerdings kein einseitiger. Die empirische Produktivitätsforschung zeigt, dass Exporteure sich im Vergleich zu Nicht-Exporteuren durch eine höhere Produktivität auszeichnen (*export premium*). Zum einen sind Unternehmen, die auf internationalen Märkten agieren, mit höheren Anforderungen in punkto Effizienz konfrontiert. Zum anderen können positive

Wirkungen auf die Produktivität auch von Spillovers durch andere Exporteure herrühren.<sup>17</sup>

### **Transferabhängigkeit der Neuen Länder ist kleiner geworden, besteht aber fort**

Trotz fortbestehender Schwächen konnte in Ostdeutschland die Produktivitätslücke um rund zwei Drittel verringert werden, beim Faktor Sachkapital besteht kein genereller Mangel mehr, die Unterbeschäftigung ist zurückgegangen. In dieser Zeit sind beträchtliche West-Ost-Transfers geflossen.<sup>18</sup> Sie haben es möglich gemacht, dass im Osten Deutschlands mehr verbraucht und investiert werden konnte, als es die eigene Wirtschaftskraft hergab. Bis Mitte der 1990er Jahre machte die Lücke zwischen Endverwendung und Produktion etwa sechs Prozent relativ zum westdeutschen Bruttoinlandsprodukt aus. Die Lücke zwischen Endverwendung und Produktion ist aber zurückgegangen. Im Jahr 2015 beträgt sie nur noch etwas über ein Prozent (vgl. Abbildung 33) und erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus Arbeitseinkommen von Pendlern mit ostdeutschem Wohnsitz und aus Transfers im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Ein Ausdruck für die Bedeutung von Finanztransfers ist die so genannte Steuerdeckungsquote der Länderhaushalte. Sie zeigt den Anteil der Ausgaben auf der Landesebene, der durch eigene Steuereinnahmen gedeckt wird. Im Ranking der Länder liegen die fünf ostdeutschen Flächenländer auf den Rangplätzen 9 bis 13 (vgl. Abbildung 34),

#### **Zusammenhang von Betriebsgröße und Exportaktivitäten**

<sup>17</sup> Vgl. European Central Bank, Eurosystem, CompNet. The Competitiveness Research Network (2016): European Firms after the Crisis. New Insights from the 5th Vintage of the CompNet Firm-level-based Database, September, in: [https://www.comp-net.org/fileadmin/\\_compnet/user\\_upload/Home\\_Page/CompNet\\_Report\\_5th\\_round.pdf](https://www.comp-net.org/fileadmin/_compnet/user_upload/Home_Page/CompNet_Report_5th_round.pdf), Zugriff am 02.11.2018, 14.

<sup>18</sup> Anfang der 1990er Jahre profitierte die Wirtschaft Westdeutschlands allerdings auch vom Nachfrageschub aus dem Osten: So war das deutsche Produktionspotenzial nach Schätzungen der Europäischen Kommission im Jahr 1991 um mehr als 4% überausgelastet. Schon im Jahr 1993 geriet aber Deutschland in eine Rezession, und die Wirtschaft blieb bis zum Jahr 1998 in der Unterauslastung.

**Steuerbasis in ost-deutschen Ländern niedriger**

nur noch gefolgt von den drei Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen. Die unterdurchschnittlichen Steuerdeckungsquoten in den Neuen Ländern sind eine Folge der in den vorangegangenen Abschnitten erörterten fortbestehenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Diese führen zu niedrigerer Produktivität und damit auch niedrigeren Einkommen. Mithin bleibt die Steuerbasis niedriger als in Westdeutschland.

Umso wichtiger ist es, die öffentlichen Mittel sachgerecht einzusetzen. Das gilt gerade mit Blick auf den demographischen Wandel in Deutschland. Dieser wird in vielen Kommunen in den kommenden Jahrzehnten zu sinkenden Einwohnerzahlen führen. Nicht alle Kommunen antizipieren künftige Veränderungen der Nutzungsintensitäten von Infrastrukturen.

den Investitionen je Einwohner innehaben. Bei Entscheidungen über kommunale Infrastrukturinvestitionen gilt es daher, rechtzeitig die künftige Einwohnerentwicklung zu antizipieren.



Zu viele Schüler, zu wenig Platz: letzter Ausweg Schulcontainer

Generell beeinflusst das Bevölkerungswachstum die kommunalen Sachinvestitionen positiv. Aber es existieren viele Kommunen, deren Einwohnerzahl bis 2035 moderat zunehmen wird, die relativ wenig investieren (vgl. Abbildung 35).<sup>19</sup> Umgekehrt gibt es einige Kommunen, in denen die Bevölkerung schrumpft, die teilweise vordere Plätze bei

<sup>19</sup> Vgl. Altemeyer-Bartscher, M.; Gropp, R. E.; Haug, P.: Der demographische Wandel und kommunale Investitionen. IWH Online 1/2017. Halle (Saale) 2017, 6.

## Zehn Thesen zur Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

### I Finanzmärkte müssen für effiziente Ressourcenallokation sorgen

Es gibt ein Produktivitätsproblem in ganz Deutschland. Das Trendwachstum der Produktivität liegt in den USA über jenem in Deutschland. Soll sich die Lücke nicht vergrößern, wird ein dynamischeres Wachstum erforderlich sein. Voraussetzung hierfür ist, dass neue Firmen mit Wachstumspotenzial in den Markt eintreten und unrentable ausscheiden. Bei dieser Ressourcenallokation kommt Finanzmärkten und Finanzinstitutionen eine zentrale Rolle zu. Aufgabe von Finanzinstitutionen ist es, Eigenkapital für schnell wachsende Firmen bereitzustellen. Neben dem Risikokapital wird dadurch auch Managementexpertise bereitgestellt. Darin besteht auch eine Chance für Ostdeutschland.<sup>20</sup>

### II Headquarters-Lücke mildern durch das Wachstum bestehender mittelständischer Unternehmen

Ostdeutschlands fortbestehende FuE- und Exportlücke hat auch mit dem Fehlen großer Unternehmen beziehungsweise Konzernzentralen zu tun. Konzernzentralen in Westdeutschland oder dem Ausland werden aber ihren Sitz kaum in den Osten Deutschlands verlagern. Deswegen geht es um das Wachstum der bestehenden mittelgroßen Unternehmen. Sie können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, die künftigen Headquarters des Ostens werden.

### III Mit Mythos aufräumen: Produktivitätslücke nicht nur wegen fehlender Großbetriebe

Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands lässt sich nicht allein durch strukturelle Unterschiede erklären. Erhebliche Nachteile existieren auch bei vergleichbaren Betrieben. Da es aufgrund der weitgehenden Integration der Absatzmärkte bspw. in der Industrie unwahrscheinlich ist, dass Unterschiede in den Absatzpreisen die Produktivitätsnachteile erklären, verbleibt als plausibelste Erklärung ein Ost-West-Unterschied in der Effizienz der betrieblichen Organisation. Indem geringere Löhne und die Subventionen im Rahmen der regionalen Strukturpolitik die Lohnstückkosten im Osten konkurrenzfähig halten, mindern sie gleichzeitig auch den Druck, die Effizienz zu steigern. Die seit einigen Jahren – nicht zuletzt aufgrund des Mindestlohns – steigenden Löhne dürften den Effizienzdruck jedoch verschärfen. Die Politik sollte sich nicht dazu verleiten lassen, diesem Druck durch zusätzliche Subventionen entgegenzuwirken.

### IV Dienstleistungssektor als wichtigsten Wachstumsmotor begreifen

Die größten absoluten Zuwächse bei der Wertschöpfung und Beschäftigung werden vom Dienstleistungssektor erzielt. Dies bedeutet nicht, dass die Industrie als Wertschöpfungs- und Beschäftigungsbringer bedeutungslos geworden ist. Industrie- und Dienstleistungen weisen Komplementaritäten auf. Im industriellen Sektor werden die künftigen Potenziale vor allem bestehen in: Forschung, Design,

<sup>20</sup> Vgl. Gropp, R. E.; Heimpold, G.: 25 Jahre Aufbau Ost – weiterer Konvergenzfortschritt braucht gesamtdeutsches Produktivitätswachstum, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2015, 82.

Softwareentwicklung und Herstellung innovativer Spezialprodukte in Deutschland – Herstellung von standardisierten Massengütern im Ausland.

#### V Öffentliche Wissenschaftseinrichtungen ausbauen

Beim weiteren Strukturwandel in Ostdeutschland fungieren Hochschulen und andere öffentliche Wissenschaftseinrichtungen als Türöffner zum international fortgeschrittenen Wissen und Knoten in Clusterinitiativen. Diese Rolle gilt es weiter auszubauen. Die Politik sollte Rahmenbedingungen setzen, um Ausgründungen aus Wissenschaftseinrichtungen zu unterstützen. Bei ihrer Rekrutierungspolitik sollten Wissenschaftseinrichtungen daher auch unternehmerische Fähigkeiten einfordern.

#### VI Ostdeutschland attraktiver für qualifizierte Zuwanderung machen

Künftig werden Fachkräfte der zentrale Engpass der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung sein. Qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland kann zur Milderung des Fachkräftemangels beitragen. Die Neuen Länder haben aber bislang wenig von der Zuwanderung aus EU-Staaten und auch von der Blaue-Karte-Regelung profitiert. Ostdeutschland muss attraktiver für qualifizierte Zuwanderung werden, Weltoffenheit zeigen und Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegenreten.

#### VII Mehr in frühkindliche Bildung und die Qualität schulischer Bildung investieren

Deutschland kann es sich nicht leisten, dass viele junge Menschen die Schule ohne Schulabschluss verlassen. In Ostdeutschland tritt das Problem der Schulabbrecher überdurchschnittlich oft auf. Mehr Investitionen sollten daher in die frühkindliche und schulische Bildung getätigt werden. Es geht dabei auch um die Bereitstellung von adäquat ausgebildeten und qualifizierten Lehrkräften in hinreichender Anzahl.

#### VIII Städte stärken

Die Politik und die Öffentlichkeit müssen akzeptieren, dass es gerade die Städte in Ostdeutschland sind, die die wirtschaftliche Konvergenz Ostdeutschlands voranbringen können. Deren Potenziale gilt es zu heben durch Steigerung ihrer Attraktivität. Nur so kann es gelingen, qualifizierte Zuwanderer zu gewinnen, hochwertige Dienstleistungsaktivitäten zu entwickeln und öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen ein adäquates Umfeld zu bieten.

#### IX Bei Infrastrukturinvestitionen die künftige Einwohnerentwicklung antizipieren

Der ländliche Raum hat im Osten seit 1999 im Rahmen der Binnenwanderung ununterbrochen Einwohner durch Abwanderung verloren. Die Kommunen sollten die Nutzungsintensitäten, die sich aus der künftigen Zu-

oder Abnahme der Einwohnerzahlen ergeben, stärker antizipieren. Ansonsten bleiben in Zukunft in einem Teil der Kommunen Infrastrukturen unterausgelastet, während anderorts die Infrastrukturausstattung nicht mit dem Einwohnerwachstum Schritt hält.

X Arbeitsplatzschaffung als Bedingung für  
Gewährung von Wirtschaftsfördermitteln  
nicht mehr zeitgemäß – es geht um  
Produktivitätssteigerung

Angesichts des Mangels an Fachkräften, der in den kommenden Jahren größer zu werden droht, stellt sich auch die Frage, ob die Bindung der Gewährung von Wirtschaftsfördermitteln an die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Dauerarbeitsplätze noch den aktuellen Bedingungen am Arbeitsmarkt entspricht. Stattdessen ist Produktivitätssteigerung das Gebot der Stunde. Dies bedeutet nicht, dass neue Arbeitsplätze nicht wünschenswert sind. Im Gegenteil: Sie sind unverzichtbarer Teil des Strukturwandels, bei dem auch Arbeitsplätze wegfallen. Für ihre Schaffung bedarf es aber vor allem eines wachstumsfreundlichen Unternehmensumfelds.



Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall

# Abbildungen

## Abbildungsübersicht

Abbildung 1:	_____	Seite 32
	<b>Deutsche Wirtschaft hat vereinigungsbedingte Schwächephase überwunden</b>	
Abbildung 2:	_____	Seite 33
	<b>Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft</b>	
Abbildung 3:	_____	Seite 34
	<b>Leistungsbilanzsaldo</b>	
Abbildung 4:	_____	Seite 35
	<b>Produktivitätsunterschiede in Deutschland vom West-Ost-Gefälle geprägt</b>	
Abbildung 5:	_____	Seite 36
	<b>Ost-West-Unterschiede bei der Produktivität in Betrieben aller Größenklassen</b>	
Abbildung 6:	_____	Seite 37
	<b>Kaum Konzernzentralen im Osten Deutschlands</b>	
Abbildung 7:	_____	Seite 38
	<b>Ost-West-Produktivitätsunterschiede sind in ländlichen Räumen kleiner als in städtischen</b>	
Abbildung 8:	_____	Seite 39
	<b>Wirtschaftsleistung je Einwohner in deutschen Regionen im Vergleich europäischer Länder</b>	
Abbildung 9:	_____	Seite 40
	<b>Wirtschaftskraft in Ostdeutschland höher als in den Visegrád-Ländern</b>	
Abbildung 10:	_____	Seite 41
	<b>Regionale Einkommensungleichheit Deutschlands ist im Vergleich zu anderen europäischen Regionen geringer geworden</b>	

Abbildung 11:	_____	Seite 42
	<b>Nur in 11 von 26 Jahren weist der Osten eine günstigere Entwicklung der Wirtschaftskraft auf als der Westen</b>	
Abbildung 12:	_____	Seite 43
	<b>Medianlohn: Deutliches Ost-West-Gefälle bei den Löhnen</b>	
Abbildung 13:	_____	Seite 44
	<b>Dienstleistungen als wichtigster Wertschöpfungs- und Beschäftigungsbringer</b>	
Abbildung 14:	_____	Seite 45
	<b>Unterbeschäftigungsquoten: Große regionale Differenzierung</b>	
Abbildung 15:	_____	Seite 46
	<b>Kapitalmangel nicht wesentlich für Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands</b>	
Abbildung 16:	_____	Seite 47
	<b>Von der Regionalförderung haben in Ostdeutschland ländliche Regionen überdurchschnittlich profitiert – aber die Zeit der großzügigen Subventionierung ist vorüber</b>	
Abbildung 17:	_____	Seite 48
	<b>Ost-West-Wanderung: Nettoabwanderung kommt zum Stillstand</b>	
Abbildung 18:	_____	Seite 49
	<b>Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland: Ab 2013 Zunahme durch Wanderungsgewinne mit dem Ausland</b>	
Abbildung 19:	_____	Seite 50
	<b>Binnenwanderung: Ländlicher Raum in Ostdeutschland hat seit 1999 ununterbrochen Einwohner verloren</b>	

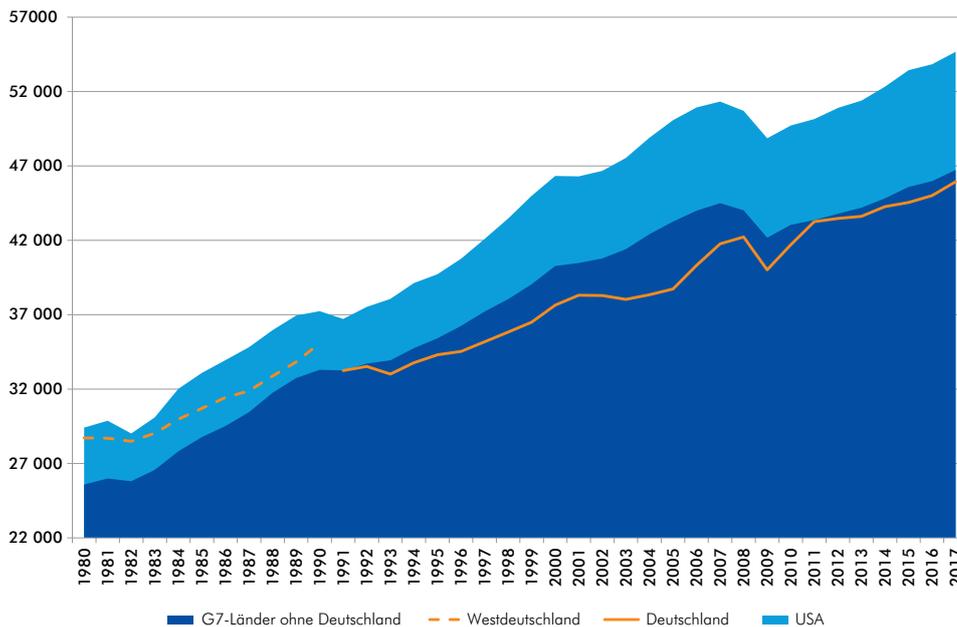
Abbildung 20:	_____	Seite 51
	<b>Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern bis 2060 mehr als doppelt so groß im Vergleich zu den westdeutschen</b>	
Abbildung 21:	_____	Seite 52
	<b>Wanderungsgewinne aus EU: In Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland</b>	
Abbildung 22:	_____	Seite 53
	<b>Blaue Karte EU: Berlin mit großem Abstand an der Spitze</b>	
Abbildung 23:	_____	Seite 54
	<b>Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland und in ländlichen Regionen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt</b>	
Abbildung 24:	_____	Seite 55
	<b>Anteil der Schutzsuchenden an Ausländern: Weit überdurchschnittlicher Anteil bei geringerem Ausländeranteil in ostdeutschen Flächenländern</b>	
Abbildung 25:	_____	Seite 56
	<b>Unbesetzte Fachkräftestellen: zunehmend ein Problem in ost- und westdeutschen Betrieben</b>	
Abbildung 26:	_____	Seite 57
	<b>Teilzeitbeschäftigung: Anteil Teilzeitbeschäftigter in Ostdeutschland geringer</b>	
Abbildung 27:	_____	Seite 58
	<b>Ostdeutsche Flächenländer fallen bei tertiären Bildungsabschlüssen zurück</b>	
Abbildung 28:	_____	Seite 59
	<b>Große regionale Spannweite bei Schulabbrechern</b>	
Abbildung 29:	_____	Seite 60
	<b>In Ostdeutschland und in strukturschwachen westdeutschen Ländern tragen KMU überdurchschnittlich zu den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in der Wirtschaft bei</b>	

Abbildung 30:	_____	Seite 61
	<b>Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Bayern geben überdurchschnittlich viel für Forschung und Entwicklung aus</b>	
Abbildung 31:	_____	Seite 62
	<b>Exzellenzcluster: Ostdeutsche Flächenländer mit Ausnahme Sachsens in der Spitzenforschung unterrepräsentiert</b>	
Abbildung 32:	_____	Seite 63
	<b>In der Industrie geht eine unterdurchschnittliche Betriebsgröße tendenziell mit geringeren Exportquoten einher</b>	
Abbildung 33:	_____	Seite 64
	<b>Ostdeutschlands Transferabhängigkeit ist gesunken, sie besteht aber fort</b>	
Abbildung 34:	_____	Seite 65
	<b>Steuerdeckungsquote 2017: Nach wie vor West-Ost-Gefälle</b>	
Abbildung 35:	_____	Seite 66
	<b>Nicht alle Kommunen antizipieren den demographischen Wandel bei ihren Investitionsentscheidungen</b>	

Abbildung 1

## Deutsche Wirtschaft hat vereinigungsbedingte Schwächephase überwunden

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten (US-Dollar im Jahr 2011)



Quelle: IMF world economic outlook data base; Berechnung der Zeitreihe für Westdeutschland mit Hilfe von H. Vortmann, J. Goebel, P. Krause und G. Wagner (2013): Zur Entwicklung des Preisniveaus in Ost- und Westdeutschland, DIW Discussion Paper 1269; Darstellung des IWH.

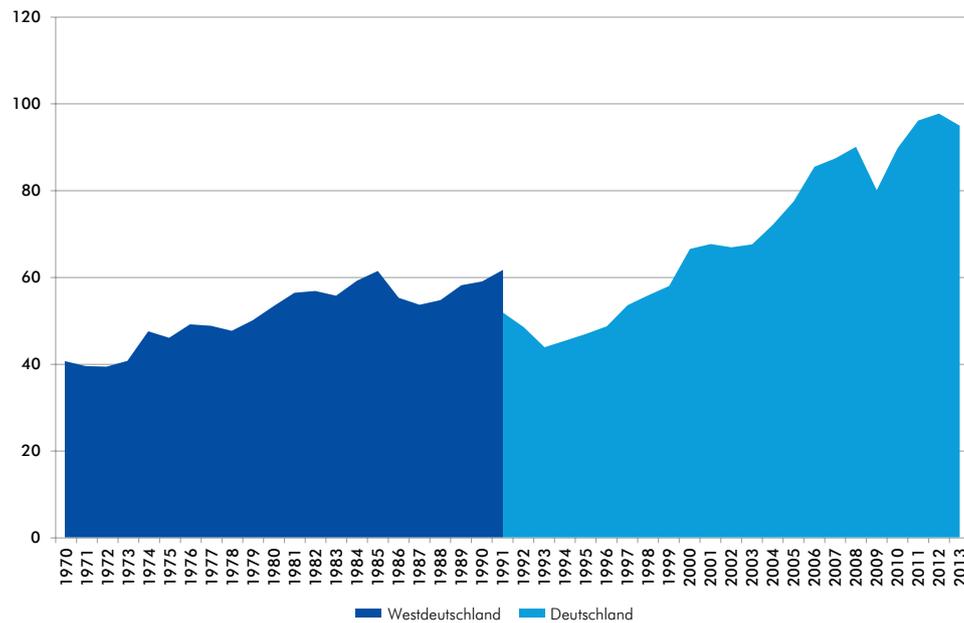
Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten des wiedervereinigten Deutschlands war 1990 in etwa so hoch wie der Durchschnitt aller G7-Länder. Es war damit ein Stück weit ärmer als Westdeutschland vor 1991. In den Jahren danach wuchs die Produktion je Einwohner im Trend deutlich langsamer als im Schnitt der restlichen G7-Länder. Ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts legte die Produktion je Einwohner im Trend nicht mehr langsamer zu als im Schnitt der restlichen G7-Staaten. Allerdings war das Trendwachstum der Produktivität in den USA im gesamten Zeitraum höher als in Deutschland.

Ansprechpartner: Axel Lindner

Abbildung 2

## Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft

(Exporte + Importe)/Bruttoinlandsprodukt in %



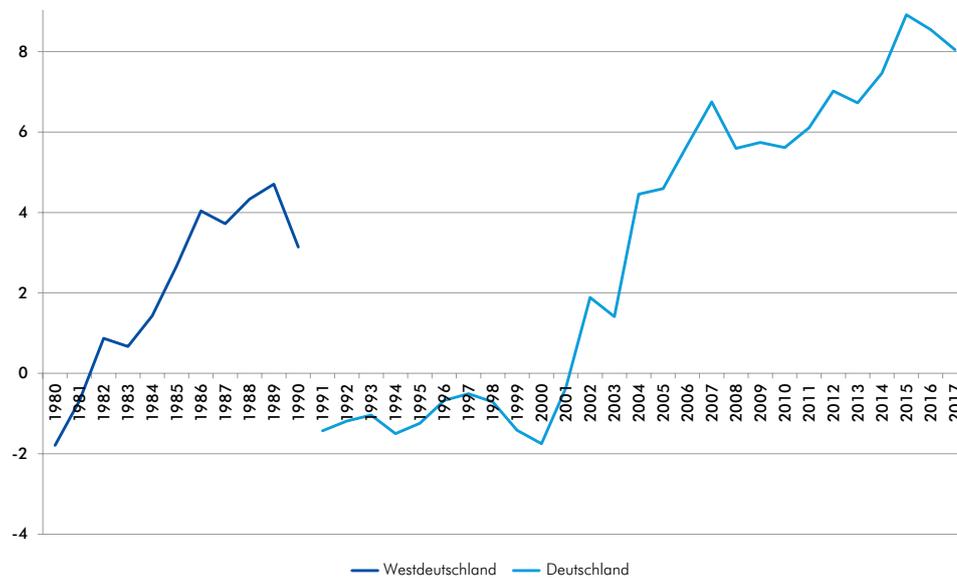
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen nach ESVG 95; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ein wichtiges Maß für die Verflechtung einer Volkswirtschaft mit dem Rest der Welt ist das Verhältnis zwischen der Summe aus Exporten und Importen und dem Bruttoinlandsprodukt. In Westdeutschland stieg dieser Wert in den 1970er und 1980er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von 40% auf 60%, im vereinigten Deutschland fiel er dann aber auf unter 45% im Jahr 1993. Rückläufig waren damals die Exporte, zum einen aufgrund eines ausgeprägten Abschwungs der internationalen Konjunktur, zum anderen weil die Vereinigung den westdeutschen Unternehmen in Ostdeutschland einen aufnahmebereiten Absatzmarkt verschaffte. Seit Mitte der 1990er Jahre nahm der Offenheitsgrad im Zuge der Globalisierung wieder rasch zu, und gegenwärtig ist die Offenheit der deutschen Volkswirtschaft erheblich höher als die anderer Länder vergleichbarer Größe wie Frankreich, Großbritannien oder Japan. **Ansprechpartner: Axel Lindner**

Abbildung 3

## Leistungsbilanzsaldo

Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in %



Quellen: Internationaler Währungsfonds (IWF); Berechnungen und Darstellung des IWF.

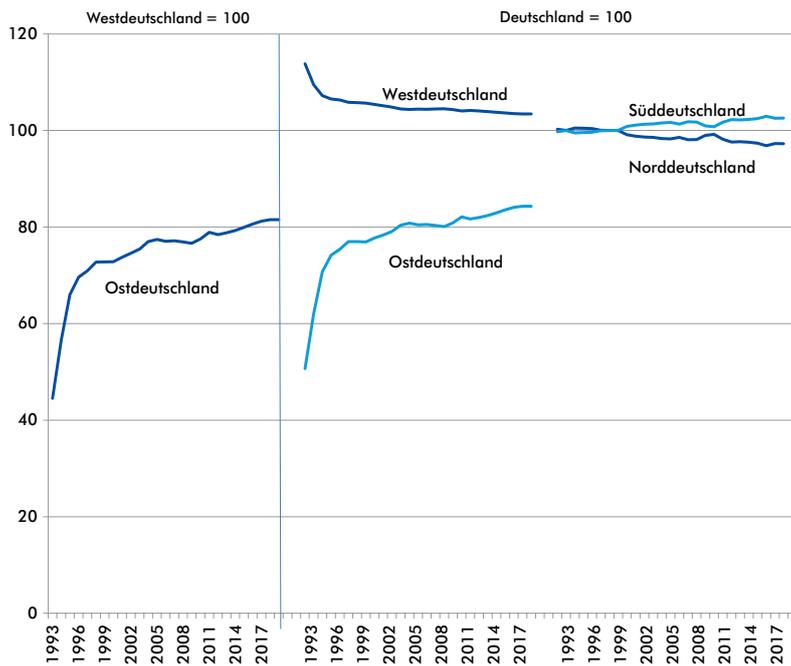
Die Leistungsbilanz fasst den Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen sowie die Einkommensströme zwischen dem In- und Ausland (etwa aufgrund ausländischer Kapital- und Arbeitseinkommen) zusammen. Leistungsbilanzdefizite führen zu einer Verschlechterung der Vermögensposition der Inländer gegenüber dem Ausland, Überschüsse zu einer Verbesserung. Was für ein drastischer Einschnitt die Vereinigung für die deutsche Wirtschaft war, lässt sich an der Leistungsbilanz gut ablesen: Im Lauf der 1980er Jahre hatte sich in Westdeutschland ein erheblicher Überschuss von über 4% relativ zum Bruttoinlandsprodukt aufgebaut; nach der Vereinigung drehte die Bilanz ins Negative: In den 1990er Jahren floss Kapital nicht mehr ins Ausland, sondern wurde zur Finanzierung der vereinigungsbedingten Mehrausgaben gebraucht. Darüber hinaus wurde Kapital in der Größenordnung von jährlich etwa 1,5% relativ zum Bruttoinlandsprodukt ins Land gebracht. Anfang des vergangenen Jahrzehnts wurde der Saldo wieder positiv, und seitdem ist er auf etwa 8% gestiegen.

Ansprechpartner: Axel Lindner

Abbildung 4

## Produktivitätsunterschiede in Deutschland vom West-Ost-Gefälle geprägt

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen



Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

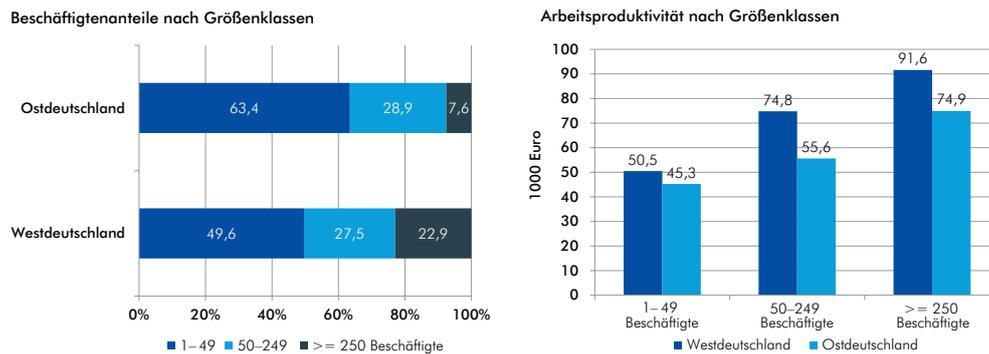
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Nord-Süd-Einteilung nach The Economist vom 19.08.2017 (online); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im vereinten Deutschland hat sich seit Beginn der 1990er Jahre ein beachtlicher Aufholprozess der Neuen Länder in punkto Produktivität, hier gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, vollzogen, der sich allerdings bereits seit Mitte der 1990er Jahre verlangsamt hat. Auch fast 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer verläuft die Bruchkante bei der Produktivität entlang der Grenze zwischen den Alten und den Neuen Ländern. Noch kein ostdeutsches Flächenland hat die Produktivität des westdeutschen Landes mit der niedrigsten Produktivität – dem Saarland – erreicht. Allerdings öffnet sich die Schere zwischen Süd- und Norddeutschland bei der Produktivität.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 5

## Ost-West-Unterschiede bei der Produktivität in Betrieben aller Größenklassen



Quellen: IAB-Betriebspanel, Wellen 2014 bis 2017; Berechnungen und Darstellung des IWH.

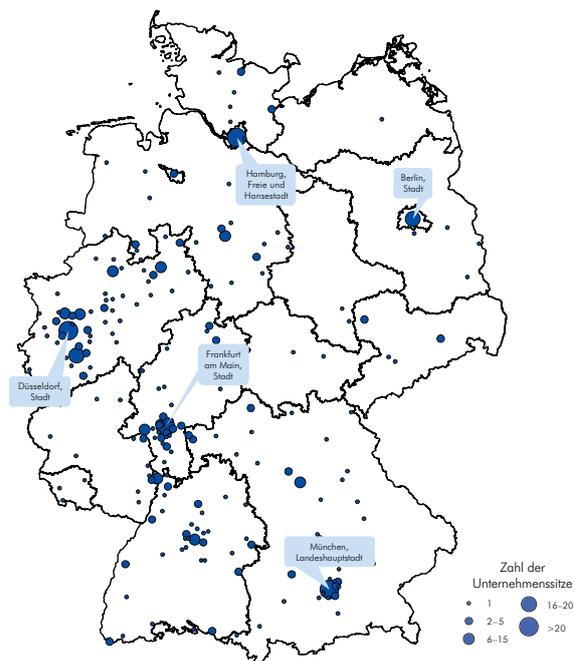
Eine geläufige Erklärung für den ostdeutschen Produktivitätsrückstand ist die kleinteilige Wirtschaftsstruktur und insbesondere das Fehlen der sehr großen Betriebe und Konzernzentralen. Die Abbildung links zeigt, dass in Westdeutschland in der Tat ein sehr viel größerer Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben arbeitet. In der Abbildung rechts wird gezeigt, dass die Bruttowertschöpfung pro Kopf mit der Betriebsgröße zunimmt und dass das in Ost und West gilt. Die wesentlich stärkere Konzentration der westdeutschen Beschäftigung auf Großbetriebe und der Produktivitätsvorsprung größerer Betriebe erklären zusammengenommen, dass die westdeutsche Produktivität pro Kopf höher ist. Dies ist jedoch nur ein Teil der Geschichte, denn die Abbildung rechts zeigt auch, dass zusätzlich innerhalb jeder Größenklasse ein Produktivitätsvorsprung für Westdeutschland besteht. Eine sich direkt anschließende Frage ist, ob die Ost-West-Produktivitätsunterschiede innerhalb der gleichen Größenklasse durch Unterschiede in betrieblichen Merkmalen erklärt werden können. Auskunft darüber geben Cobb-Douglas-Produktionsfunktionsschätzungen auf Betriebsebene basierend auf 10 000 Beobachtungen für die Jahre 2013 bis 2016. Diese zeigen, dass selbst bei Berücksichtigung unterschiedlicher betrieblicher Merkmale – unter anderem in der Branchenzugehörigkeit, der Beschäftigtenstruktur und der Kapitalintensität – ostdeutsche Betriebe innerhalb jeder Größenklasse eine mindestens 20% geringere Produktivität haben. Die Berücksichtigung betrieblicher Merkmale führt somit nicht zu einer Reduktion des Ost-West-Produktivitätsunterschieds.

Ansprechpartner: Steffen Müller

Abbildung 6

## Kaum Konzernzentralen im Osten Deutschlands

Unternehmenssitze der TOP 500 Unternehmen 2016 laut Ranking von DIE WELT



Ein Unternehmen, die Agravis Raiffeisen AG, hat Sitze in Hannover und Münster.

Quellen: DIE WELT: Die größten 500 deutschen Unternehmen 2016, 2017 (elektronische Version); Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

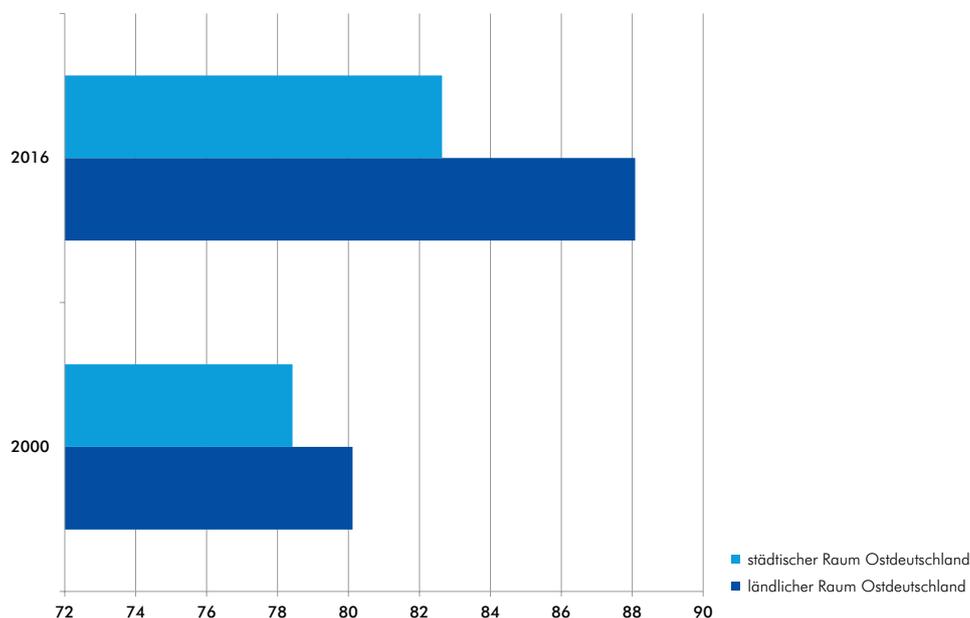
Aus der jährlichen Auflistung der Top-500-Unternehmen in Deutschland, die die Tageszeitung DIE WELT veröffentlicht, kann für das Jahr 2016 entnommen werden, in welchem Ort und Bundesland der Unternehmenssitz gelegen ist. Die Karte zeigt, dass es ein klares West-Ost-Gefälle bei den Konzernsitzen gibt: In Westdeutschland sind 464, in Ostdeutschland einschließlich Berlin 36 gelegen. Wären die 500 Konzernzentralen so wie die Einwohnerzahl zwischen West- und Ostdeutschland (80% zu 20%) verteilt, gäbe es im Westen ungefähr 400 und im Osten rund 100. Ein Süd-Nord-Gefälle zeigt sich, wegen einer hohen Konzentration von Konzernzentralen in Nordrhein-Westfalen und Hamburg, nicht. Der Süden beheimatet 258 und der Norden 242 Zentralen. Attraktiv sind vor allem städtische Räume als Konzernsitze, 451 von ihnen sind dort gelegen.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 7

## Ost-West-Produktivitätsunterschiede sind in ländlichen Räumen kleiner als in städtischen

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen im städtischen und im ländlichen Raum in Ostdeutschland mit Berlin, jeweilige Raumkategorie in Westdeutschland = 100



Städtischer Raum: kreisfreie Großstädte und städtische Kreise; ländlicher Raum: ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelte ländliche Kreise.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Stadt-Land-Typisierung auf der Grundlage von: Laufende Raumberechnung des BBSR, Bonn 2017; Erläuterung zu den Raumbezügen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH.

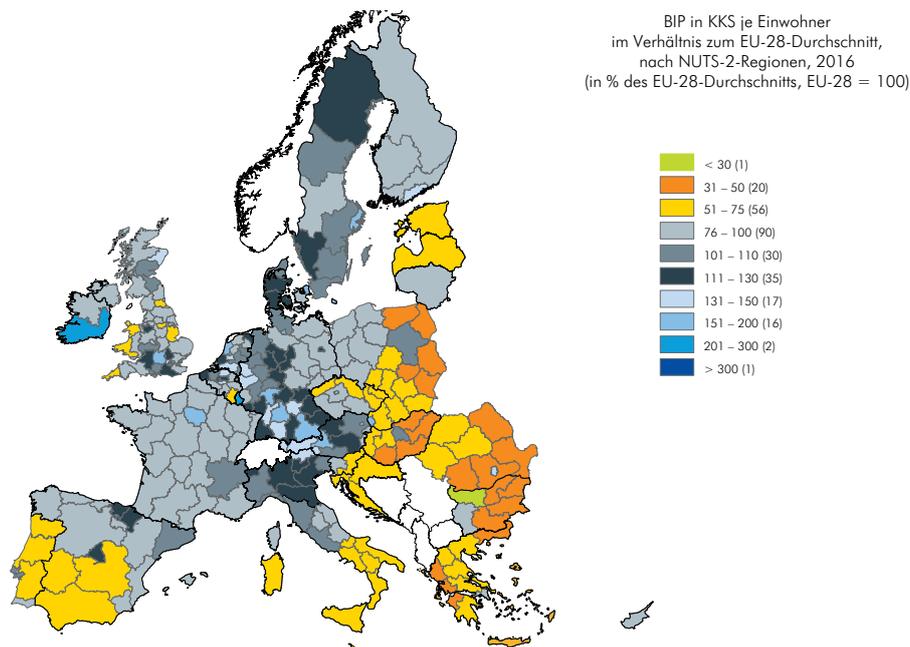
Die Abbildung zeigt die Produktivität, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, im städtischen und im ländlichen Raum in Ostdeutschland in Relation zu den westdeutschen Vergleichswerten. Anliegen ist, Regionen in Ost- und Westdeutschland zu vergleichen, die ähnliche siedlungsstrukturelle Merkmale aufweisen. Es zeigt sich, dass der ländliche Raum in Ostdeutschland in punkto Produktivität näher am westdeutschen ländlichen Raum liegt als dies beim städtischen Raum im Osten im Vergleich zu seinem Pendant im Westen der Fall ist. Der ländliche Raum in den Neuen Ländern ist also nicht per se strukturschwach. Die räumliche Verteilung der Erwerbstätigkeit zwischen Stadt und Land ist allerdings in Ostdeutschland eine andere als im Westen. Im Westen sind gut drei Viertel der Erwerbstätigen in städtischen Räumen tätig, in Ostdeutschland nur ungefähr die Hälfte.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 8

## Wirtschaftsleistung je Einwohner in deutschen Regionen im Vergleich europäischer Regionen

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftstandards (KKS) je Einwohner 2016



Quellen: Eurostat 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH; kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

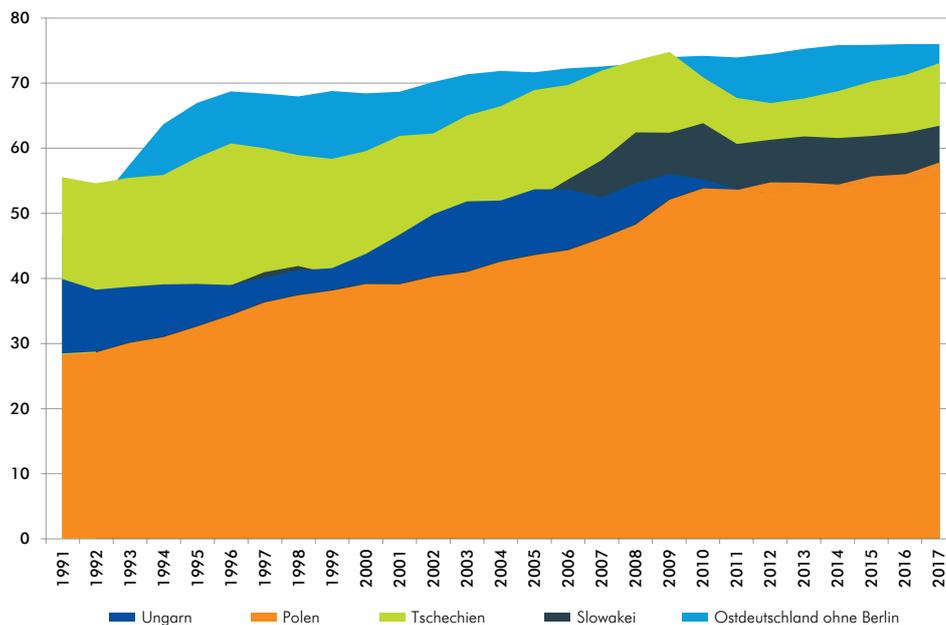
Die Karte zeigt für das Jahr 2016 die Wirtschaftsleistung der Regionen der Europäischen Union im Vergleich zum EU-Durchschnitt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftstandards. Abgebildet werden die Daten der so genannten NUTS-2-Regionen. In Deutschland sind das teils die Bundesländer, teils die existierenden oder ehemaligen Regierungsbezirke. Während das Gros der ostdeutschen Regionen beim BIP je Einwohner etwa vergleichbar mit zahlreichen Regionen in Frankreich, im Norden Spaniens, in Irland, in Mittelitalien oder Mittelengland ist, liegt es deutlich über den meisten mittel- und osteuropäischen Regionen, die ebenfalls bis Ende der 1980er Jahre zentralverwaltete Planwirtschaften waren. Ostdeutschland konnte nach dem Übergang in die Marktwirtschaft von Anfang an von großzügigen Regionalsubventionen profitieren, was bei den mittel- und osteuropäischen Ländern erst viel später, nach deren EU-Beitritt, möglich war. Betrachtet man allerdings die Veränderung der relativen Position gegenüber der EU zwischen den Jahren 2016 und 2003, konnten nahezu alle mittel- und osteuropäischen Regionen ihren Abstand sehr deutlich verkleinern, was ostdeutschen Regionen nur noch in geringem Maß gelang. Auch die Hauptstadtregionen Polens, der Slowakei, Tschechiens, Ungarns und Rumäniens haben im Jahr 2016 so weit aufgeholt, dass alle über dem EU-Durchschnitt lagen. Prag und Bratislava gehören sogar zur Liga der europäischen Metropolregionen mit einer Wirtschaftsleistung von mehr als 150% des EU-Durchschnitts, wovon Berlin noch weit entfernt ist.

Ansprechpartnerin: Martina Kämpfe

Abbildung 9

## Wirtschaftskraft in Ostdeutschland höher als in den Visegrád-Ländern

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten relativ zu Gesamtdeutschland in %



Quellen: Weltbank, Berechnungen des IWH aufgrund von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und aufgrund von Schätzungen des Preisniveaus in Ostdeutschland nach H. Vortmann, J. Goebel, P. Krause und G. Wagner (2013): Zur Entwicklung des Preisniveaus in Ost- und Westdeutschland. DIW Discussion Paper 1269; Darstellung des IWH.

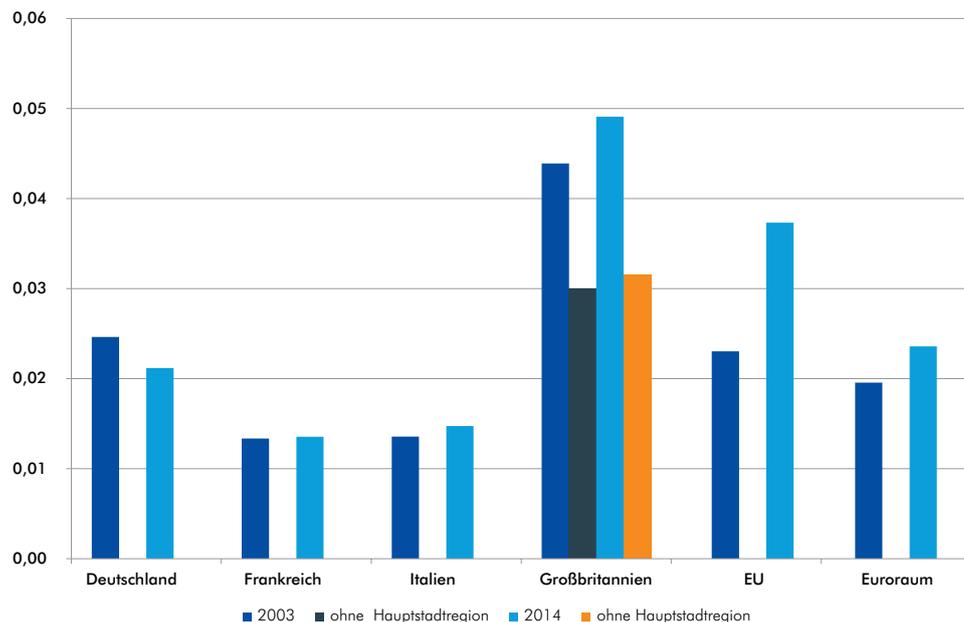
Wie in Ostdeutschland wurde auch in den Visegrád-Staaten die Zentralverwaltungswirtschaft um 1990 von marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien abgelöst. Zu diesem Zeitpunkt war die Wirtschaftskraft je Einwohner in Tschechien in etwa vergleichbar mit der in Ostdeutschland, in anderen Ländern war sie geringer. In den ersten Jahren nach dem Systemwechsel hat Ostdeutschland von den politischen Bemühungen um den Aufschwung Ost einen sehr starken Entwicklungsschub erhalten, während die Visegrád-Staaten durch heftige Transformationskrisen gingen. In den Jahren nach 2000 holten sie dann rasch auf. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass der Wirtschaftsraum wegen der niedrigen Produktionskosten sehr wettbewerbsfähig und doch vergleichsweise nah an den großen Produktions- und Absatzzentren Westeuropas liegt. Die Politik hat die Integration in den europäischen Wirtschaftsraum durch den Beitritt der Visegrád-Länder zur Europäischen Union im Jahr 2004 befördert. Allerdings wurden sie von der Finanzkrise 2008/2009, auch wegen deutlicher realer Abwertung der Währungen, besonders hart getroffen. Jüngst wachsen diese Volkswirtschaften aber wieder deutlich rascher als die Ostdeutschlands, und in Kaufkraftparitäten gemessen kommt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Tschechien dem in Ostdeutschland schon recht nahe. Allerdings ist der ostdeutsche Vorsprung bei den verfügbaren Einkommen noch deutlich höher, denn ostdeutsche Haushalte profitieren von Einkommenszuflüssen insbesondere über Pendlereinkommen und die gesamtdeutsche Rentenversicherung.

Ansprechpartner: Axel Lindner

Abbildung 10

## Regionale Einkommensungleichheit Deutschlands ist im Vergleich zu anderen europäischen Regionen geringer geworden

Logarithmierte Varianz des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner, in KKS



In die Analyse einbezogen wurden die NUTS-3-Regionen. EU und Euroraum: jeweilige Zusammensetzung.

Quellen: Eurostat 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH.

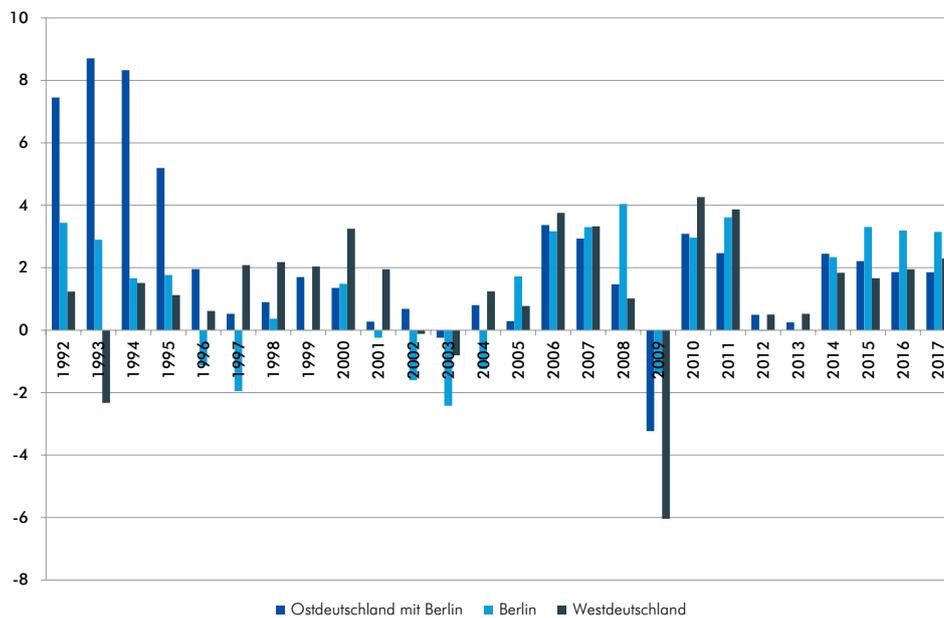
Die Verteilung der regionalen Wirtschaftsleistung, gemessen am Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, zeigt in den vier bevölkerungsreichsten EU-Ländern im Vergleich der Jahre 2014 und 2003 ein divergierendes Bild. Während die Ungleichheit in Deutschland gesunken ist, hat sie sich in der Europäischen Union – ähnlich wie im Euroraum – erheblich vergrößert. In Großbritannien fallen die regionalen Einkommensdisparitäten besonders groß aus, selbst ohne Berücksichtigung des Finanzzentrums London. In Frankreich und Italien sind sie wesentlich geringer. Für das Absinken regionaler Ungleichheit in Deutschland sind vor allem die innerdeutschen Wanderungsbewegungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten von Bedeutung. Zudem sind die Disparitäten innerhalb Ostdeutschlands stärker als in Westdeutschland zurückgegangen. EU-weit ist die Zunahme der Disparitäten hingegen nicht verwunderlich, handelte es sich bei den Osterweiterungen ab 2004 doch um die Aufnahme wirtschaftlich sehr viel schwächerer Mitgliedsländer. An der vergleichsweise geringen Wirtschaftsleistung der neu hinzugekommenen Regionen änderte auch der zwischenzeitlich teilweise kräftige wirtschaftliche Aufholprozess noch nichts grundlegend.

Ansprechpartnerin: Martina Kämpfe

Abbildung 11

## Nur in 11 von 26 Jahren weist der Osten eine günstigere Entwicklung der Wirtschaftskraft auf als der Westen

Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr, preisbereinigt, verkettet, in %



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Darstellung des IWH.

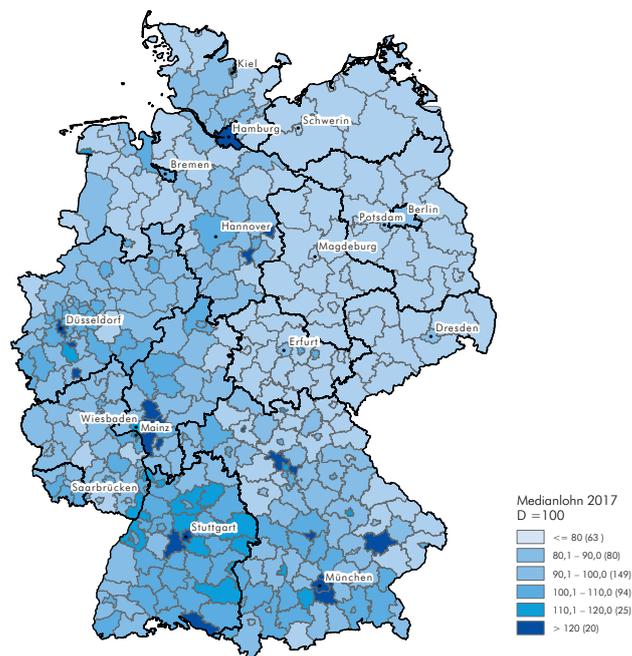
Die Abbildung zeigt die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland mit Berlin, darunter in Berlin, sowie in Westdeutschland. Ostdeutschlands Bruttoinlandsprodukt und auch das von Berlin wies nur in 11 von 26 Jahren eine günstigere Entwicklung verglichen mit Westdeutschland auf. Im Zeitraum von 2001 bis 2017 war das nur in sechs (in Berlin in sieben) Jahren der Fall. Dies ist nur ein anderer Ausdruck für die Abschwächung des Konvergenzprozesses Ostdeutschland. Auch von einer durchgängigen Vorreiterrolle Berlins als Metropole mit Hauptstadtfunktion beim Wachstum der Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland kann nicht die Rede sein. Andere, im Rahmen dieser Publikation analysierte Indikatoren, die typischerweise als Treiber wirtschaftlichen Wachstums gelten und bei denen Berlin gut dasteht, etwa die FuE-Ausgaben, lassen beim Wirtschaftswachstum noch Luft nach oben erwarten. Auffällig ist übrigens, dass sich in den Rezessionsjahren 1993, 2003 und 2009 die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland günstiger als die in Westdeutschland vollzog. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland geringer ausfällt. Der Anteil des Bereichs „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte“ liegt dagegen über dem Bundesdurchschnitt. Wegen der genannten strukturellen Unterschiede ist die Wirtschaft Ostdeutschlands weniger empfindlich gegenüber Veränderungen der internationalen Konjunktur.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 12

## Medianlohn: Deutliches Ost-West-Gefälle bei den Löhnen

Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten <sup>A,B</sup>;  
Deutschland = 100, 31.12.2017



<sup>A</sup> Der Medianwert trennt hier die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in genau zwei Gruppen: Die eine Hälfte der Beschäftigten erhält ein geringeres Entgelt als der Medianwert, die andere Hälfte ein höheres.

<sup>B</sup> In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

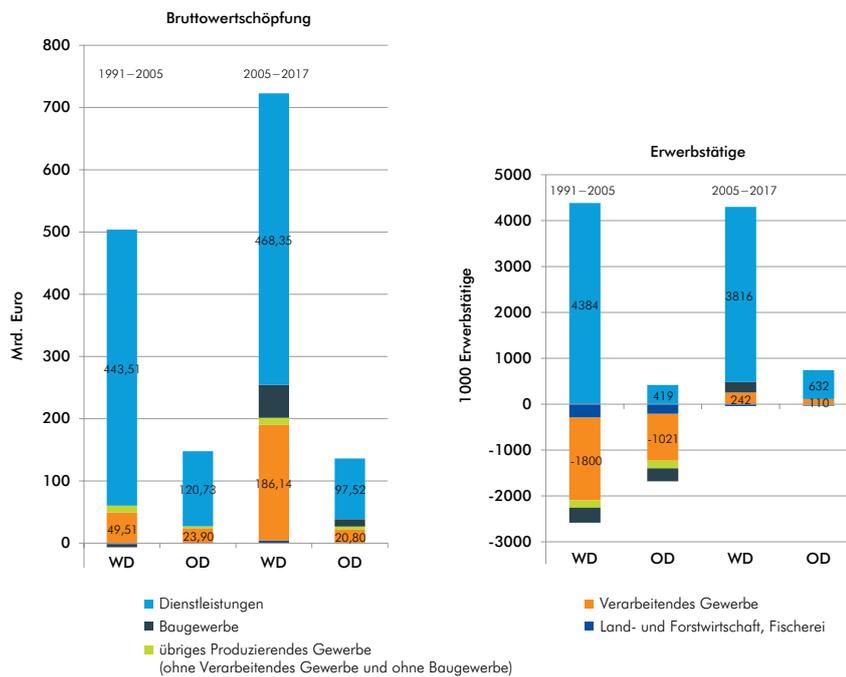
In Ostdeutschland betrug Ende des Jahres 2017 der Medianlohn der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten nur 81,0% des gesamtdeutschen Werts in Höhe von 3 209 Euro. Der westdeutsche Vergleichswert lag bei 104,0%. Selbst Schleswig-Holstein, das mit 92,2% den geringsten Wert unter den westdeutschen Bundesländern hatte, lag weit vor Ostdeutschland. Nicht einmal in Berlin wurde mit 97,4% der gesamtdeutsche Medianlohn erreicht. Die Spanne zwischen den Kreisen war ausgesprochen groß. In den ostdeutschen Flächenländern reichte diese von 68,0% in Görlitz bis 95,5% in Jena. In Cloppenburg, wo mit 81,3% der geringste Wert in Westdeutschland erreicht wurde, war der Medianlohn höher als im ostdeutschen Durchschnitt. Der höchste Wert in den Alten Bundesländern wurde mit 144,4% in Ingolstadt sowie in Erlangen erreicht.

**Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch**

Abbildung 13

## Dienstleistungen als wichtigster Wertschöpfungs- und Beschäftigungsbringer

Absolute Veränderung der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen und der Erwerbstätigenzahl nach Wirtschaftsbereichen



OD = Ostdeutschland mit Berlin; WD = Westdeutschland.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH.

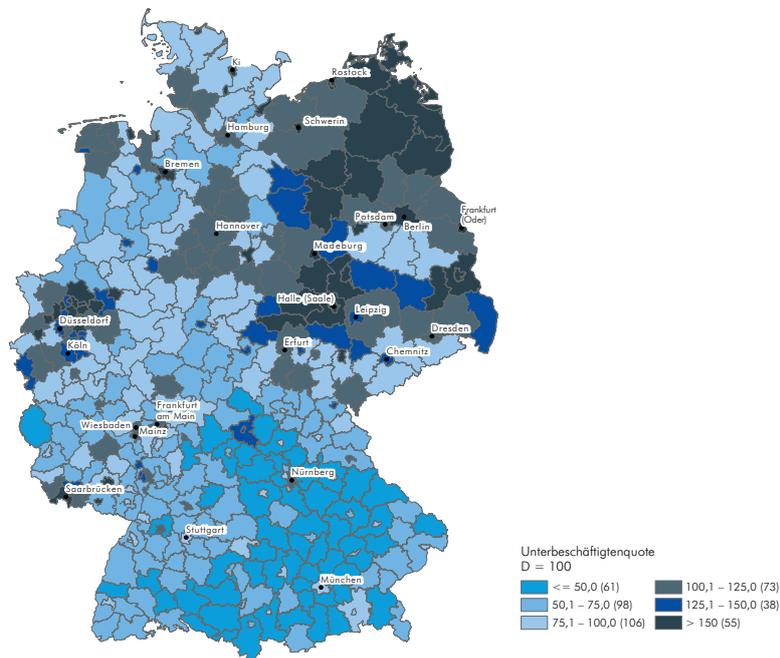
Die Abbildung zeigt die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur Veränderung der Bruttowertschöpfung sowie zum Auf- oder Abbau von Beschäftigung in Ost- und Westdeutschland, jeweils in absoluten Größen. Betrachtet werden die Zeiträume von 1991 bis 2005 und von 2005 bis 2017. Die linke Abbildung zeigt, dass die Dienstleistungen – im Vergleich der Wirtschaftsbereiche – die größten Beiträge zum Wachstum der Wertschöpfung leisten. Der Beitrag der Industrie fällt wesentlich geringer aus. Die Beschäftigung ging in Ostdeutschland im Zeitraum von 1991 bis 2005 – mit Ausnahme der Dienstleistungen – in allen anderen Bereichen zurück (rechte Abbildung). Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit in den Dienstleistungen war aber nicht groß genug, um die Jobverluste der anderen Bereiche auch nur annähernd zu kompensieren. Auch in Westdeutschland ging die industrielle Erwerbstätigkeit im genannten Zeitraum zurück, der Rückgang konnte allerdings anders als in Ostdeutschland durch die Zunahme der Dienstleistungsbeschäftigung überkompensiert werden. Nach dem Jahr 2005 veränderte sich die Beschäftigungssituation in Ostdeutschland zum Besseren. Die Beschäftigung wuchs in größerem Umfang im Dienstleistungsbereich und in geringerem Umfang in der Industrie. An die Beschäftigungszuwächse im Dienstleistungssektor Westdeutschlands kommt der Osten jedoch nicht heran.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 14

## Unterbeschäftigungsquoten<sup>A, B</sup>: Große regionale Differenzierung

Unterbeschäftigungsquote in Deutschland = 100, 2017



<sup>A</sup> Anteil der Unterbeschäftigten (ohne Kurzarbeit) an der Summe aus allen zivilen Erwerbspersonen und Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in %.

<sup>B</sup> In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Bundesagentur Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

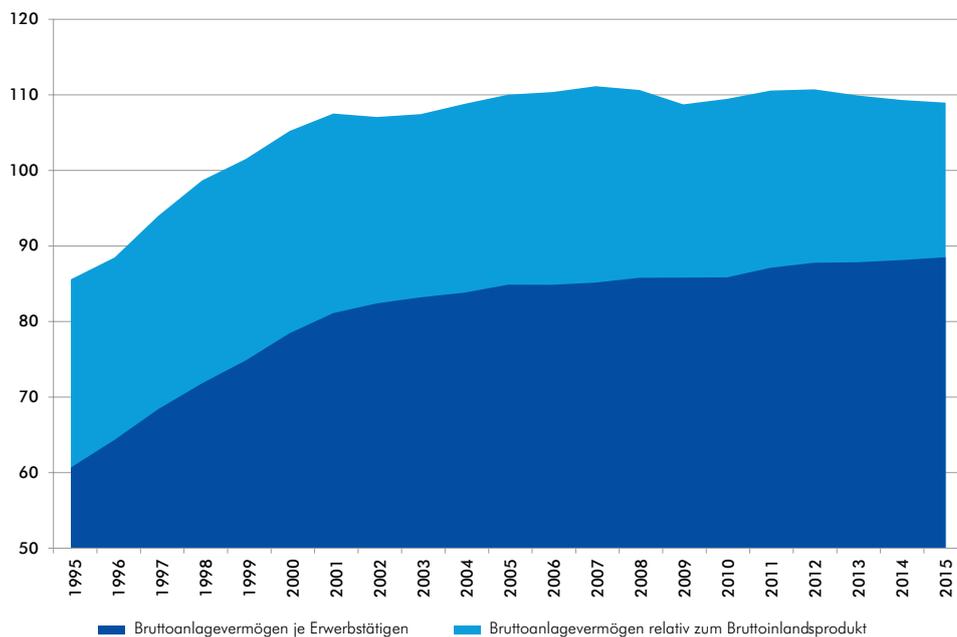
Bei den Unterbeschäftigungsquoten zeigte sich im Jahr 2017 ein ausgeprägtes regionales Gefälle. In fast allen Kreisen in Bayern, Baden-Württemberg sowie in großen Teilen von Hessen und Rheinland-Pfalz lagen die Quoten deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt, der im Jahr 2017 bei 7,8% lag. Hingegen überschritten die Unterbeschäftigungsquoten in Berlin, in vielen Brandenburger Kreisen sowie in Mecklenburg-Vorpommern teilweise erheblich den gesamtdeutschen Durchschnittswert. Der Spitzenwert wurde hier in der Uckermark erreicht, wo die Unterbeschäftigungsquote das 2,1-Fache des gesamtdeutschen Werts betrug. Im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und dem Nordwesten Deutschlands zeigte sich kein einheitliches Bild: Während in großen Teilen dieser Regionen die Unterbeschäftigungsquoten – teilweise deutlich – unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt lagen, waren beispielsweise im Ruhrgebiet und in Bremen sehr hohe Unterbeschäftigungsquoten zu beobachten. Die höchsten Werte wurden in Gelsenkirchen und in Bremerhaven erreicht, wo die Unterbeschäftigungsquoten das 2,4-Fache bzw. 2,3-Fache des gesamtdeutschen Werts betragen.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch

Abbildung 15

## Kapitalmangel nicht wesentlich für Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands

Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen; Ostdeutschland relativ zu Westdeutschland, in %



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH.

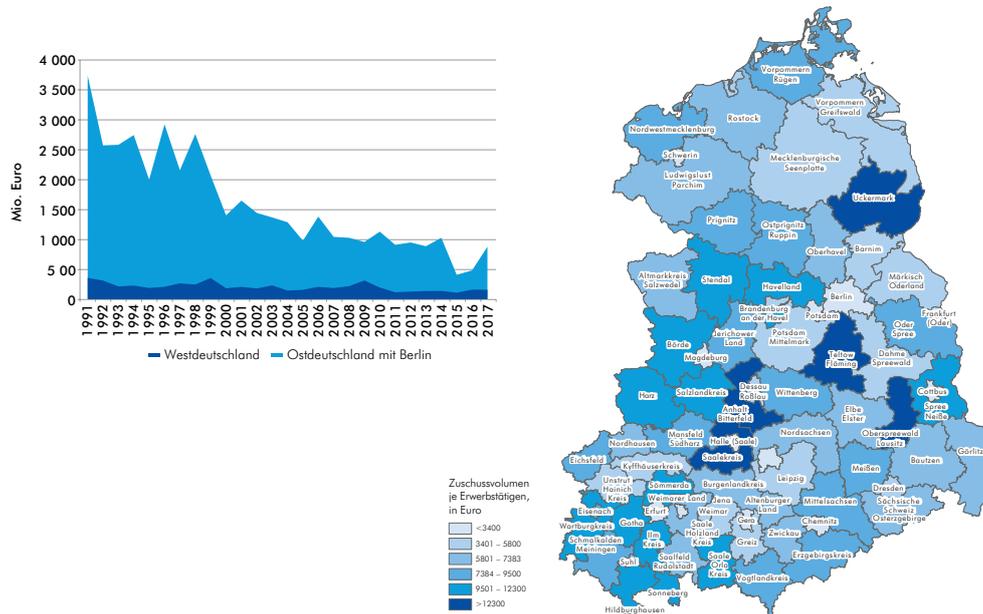
Der Kapitalstock Ostdeutschlands war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in sehr schlechtem Zustand, auch weil Investitionen in vielen Wirtschaftszweigen in den letzten Jahren der DDR zugunsten von Vorhaben in der Mikroelektronik, im Wohnungsbau und in der Energiewirtschaft vernachlässigt worden waren. In den 1990er Jahren sorgten öffentliche Infrastrukturinvestitionen und massiv subventionierte private Investitionen für einen grundlegenden Wiederaufbau des Kapitalstocks. Anfang des vergangenen Jahrzehnts hatte das Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen schon 80% des Westniveaus erreicht, seitdem ist dieses Verhältnis aber nur noch langsam auf 88% im Jahr 2015 gestiegen. Kann eine zu geringe Kapitalausstattung der Erwerbstätigen im Osten erklären, dass das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner immer noch deutlich (um reichlich ein Viertel) niedriger ist als in Westdeutschland? Wohl kaum, denn bei Kapitalmangel müsste das Bruttoanlagevermögen auch relativ zum Output (der Kapitalkoeffizient) kleiner als im Westen sein, seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts ist aber das Gegenteil der Fall. Anders gesagt: Nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Produktivität des Kapitals ist im Osten geringer als im Westen.

Ansprechpartner: Axel Lindner

Abbildung 16

## Von der Regionalförderung haben in Ostdeutschland ländliche Regionen überdurchschnittlich profitiert – aber die Zeit der großzügigen Subventionierung ist vorüber

Bewilligte Zuschüsse für Betriebsstätten der gewerblichen Wirtschaft von 1991 bis 2017



Quellen: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2017; Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

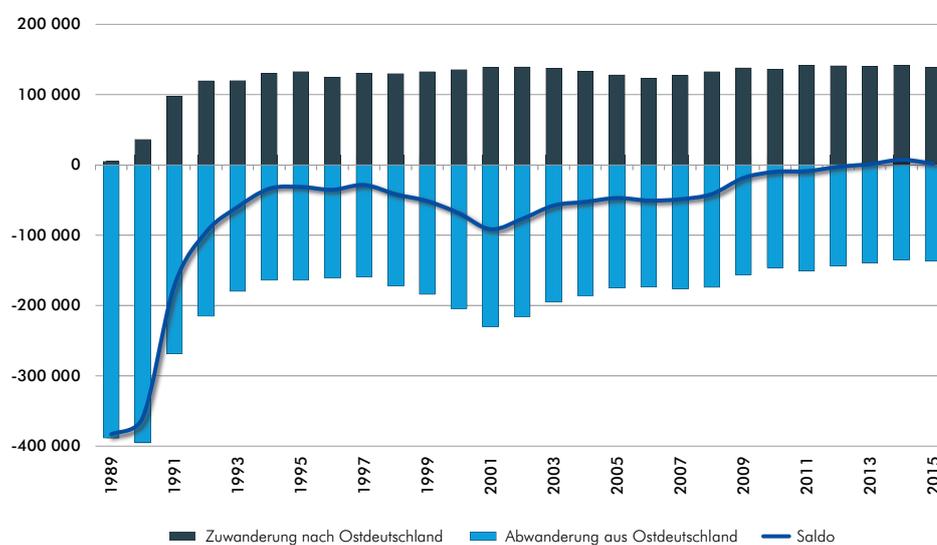
In Deutschland wurden im Zeitraum von 1991 bis 2017 Investitionen in gewerblichen Betriebsstätten in strukturschwachen Regionen mit Zuschüssen von rund 48 Mrd. Euro gefördert. Dahinter stehen über 96 000 Förderfälle und Investitionen von über 258 Mrd. Euro. Die Förderung erfolgte im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch Mittel aus den Haushalten des Bundes und der Länder. In sehr vielen Fällen erhielten die Vorhaben auch eine Kofinanzierung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Wegen der besonderen Herausforderungen bei der Modernisierung des Kapitalstocks in den ostdeutschen Betrieben floss das Gros der Mittel in die Neuen Länder (vgl. linke Seite der Abbildung). Insgesamt wurden im gesamten Zeitraum für über 80 000 Förderfälle in den Neuen Ländern (einschließlich Berlin) Zuschüsse im Umfang von 42 Mrd. Euro bewilligt und damit Investitionen im Umfang von rund 209 Mrd. Euro mitfinanziert. Allerdings sind die insgesamt bewilligten Zuschüsse zurückgegangen, in den Alten Ländern um fast drei Fünftel, in den Neuen Ländern um rund drei Viertel. Der Fördervorsprung der Neuen Länder hat abgenommen, ist aber immer noch existent. In Ostdeutschland haben – pro Erwerbstätigen gerechnet – Industriestandorte überdurchschnittlich von der Förderung profitiert, die, siedlungsstrukturell gesehen, in ländlichen Räumen gelegen sind. Dies zeigt sich an den hohen Zuschussvolumina beispielsweise in den Kreisen Anhalt-Bitterfeld und Saalekreis in Sachsen-Anhalt und in den Kreisen Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz im Land Brandenburg (vgl. Karte).

Ansprechpartner: Mirko Titze

Abbildung 17

## Ost-West-Wanderung: Nettoabwanderung kommt zum Stillstand

Fortzüge aus Ostdeutschland<sup>^</sup> nach Westdeutschland, Zuzüge von Westdeutschland nach Ostdeutschland<sup>^</sup>, Netto-Wanderungssaldo, von 1989 bis 2015



<sup>^</sup>Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Berechnungen und Darstellung des IWH.

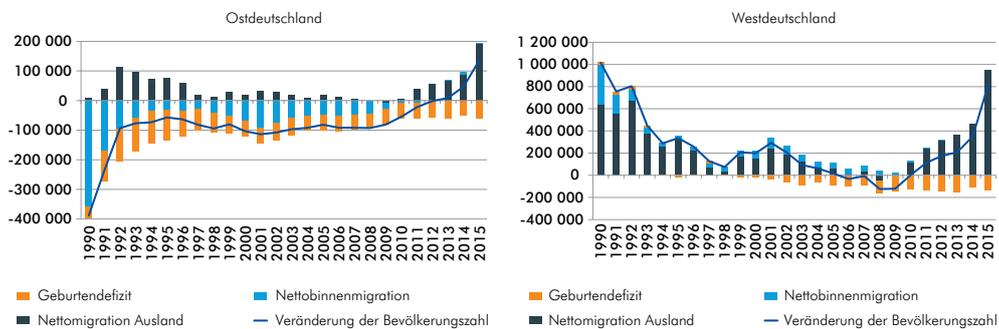
Im Zeitraum von 1989 bis 2015 sind 5,2 Millionen Menschen aus Ostdeutschland einschließlich Berlin in die Alten Bundesländer abgewandert. Dem standen 3,3 Millionen Zuzüge aus Westdeutschland gegenüber. Damit betrug in Ostdeutschland der Nettoverlust infolge der Binnenwanderung etwa 1,9 Millionen Personen. Davon entfielen 1,0 Millionen auf den Zeitraum von 1989 bis 1992. Die Fortzüge stiegen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre noch einmal kräftig an, nahmen danach aber wieder ab. Die Zuzüge nahmen bis Mitte der 1990er deutlich zu und blieben seitdem auf einem nahezu unverändert hohen Niveau. Ab dem Jahr 2013 übersteigen die Zuzüge aus Westdeutschland geringfügig die Fortzüge. Allerdings übersteigt die Abwanderung aus den ostdeutschen Flächenländern nach Westdeutschland noch etwas die Zuwanderung aus den westdeutschen Bundesländern. Dass die Nettoabwanderung zum Stillstand gekommen ist, kann auch auf die Verbesserung der Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland zurückgeführt werden. Dies zeigt sich in der seit 2006 stetig wachsenden Zahl der Erwerbstätigen sowie in einem deutlichen Rückgang der Unterbeschäftigung.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch

Abbildung 18

## Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland: Ab 2013 Zunahme durch Wanderungsgewinne mit dem Ausland

Bevölkerungsentwicklung in Ost-<sup>A</sup> und Westdeutschland von 1990 bis 2015 und ihre Komponenten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Personen



<sup>A</sup> Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Berechnungen und Darstellung des IWH.

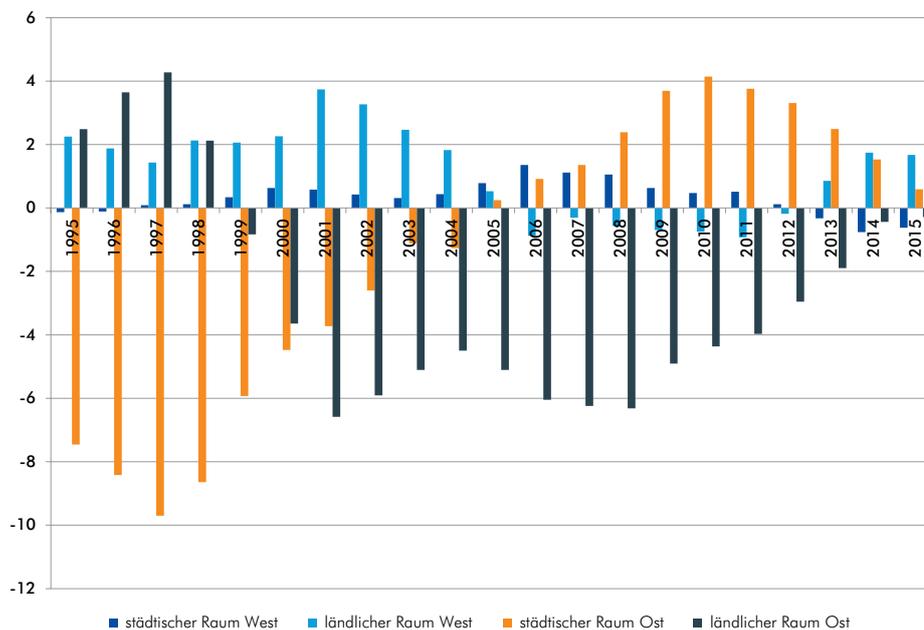
Im Zeitraum von 1990 bis 2016 nahm die Bevölkerung in Ostdeutschland um 2,1 Millionen Personen ab, während diese in Westdeutschland um knapp 6,6 Millionen gestiegen war. Diese Entwicklung wird grundsätzlich von den Wanderungen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die sich aus dem Saldo von Geburten und Sterbefällen ergibt, bestimmt. Die Wanderung umfasst den Wanderungssaldo mit dem Ausland sowie die Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ergibt sich als Differenz aus der Zahl der Lebendgeborenen und der Gestorbenen (Geburtenüberschuss bzw. -defizit). Hinsichtlich des Beitrags dieser Komponenten zur Bevölkerungsentwicklung zeigen sich zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland erhebliche Unterschiede. In Ostdeutschland standen den hohen Verlusten bei der Binnenwanderung nahezu im gesamten Zeitraum Wanderungsgewinne mit dem Ausland gegenüber. Allerdings waren die Gewinne durch die Außenmigration nur zwischen 1992 und 1996 und nach dem Jahr 2010 groß genug, um die Verluste durch die Binnenmigration zu kompensieren. In Westdeutschland kam es fast durchweg zu kräftigen Wanderungsgewinnen. Kumulativ lagen im Zeitraum von 1990 bis 2015 die Nettowanderungsverluste in Ostdeutschland bei 370 000 Personen, während Westdeutschland einen Wanderungsgewinn von 8,1 Millionen zu verzeichnen hatte. Auch bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung zeigten sich erhebliche Unterschiede: So war in Ostdeutschland im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2015 ein Geburtendefizit zu verzeichnen. Kumulativ betrug dieses 1,7 Millionen Personen. In Westdeutschland gab es erst nach der Jahrtausendwende ein spürbares Geburtendefizit. Über den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2015 fiel dieses jedoch kumulativ mit 1,5 Millionen geringer aus als in Ostdeutschland. Insgesamt übersteigen in Ostdeutschland erst ab dem Jahr 2013 die Wanderungsgewinne das Geburtendefizit, sodass die Bevölkerung zunimmt. In Westdeutschland war dies – mit Ausnahme der Jahre von 2006 bis 2009 – im gesamten Zeitraum der Fall.

**Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch**

Abbildung 19

## Binnenwanderung: Ländlicher Raum in Ostdeutschland hat seit 1999 ununterbrochen Einwohner verloren

Binnenwanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner



Städtischer Raum: kreisfreie Großstädte und städtische Kreise; ländlicher Raum: ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelte ländliche Kreise.

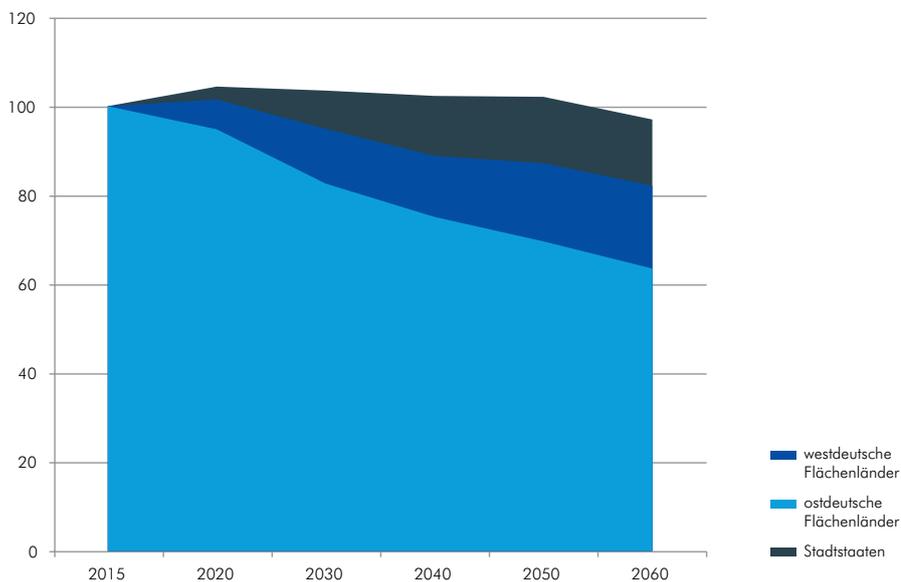
Quellen: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn 2018; Darstellung des IWH.

Die Abbildung zeigt den Saldo aus Zu- und Abwanderungen im städtischen und im ländlichen Raum in Ost- und Westdeutschland im Rahmen der Binnenwanderung. In den Jahren bis 1998 verzeichnete der ländliche Raum in Ostdeutschland – netto – noch Zuwächse. Danach ist er aber ununterbrochen durch Abwanderung gekennzeichnet. Allerdings ist in den Jahren nach 2008 der negative Saldo wieder kleiner geworden. Der städtische Raum in Ostdeutschland war bis 2004 ebenfalls Abwanderungsregion. Erst danach wies er mehr Zu- als Fortzüge auf. Allerdings ist der Zuwanderungsüberschuss im städtischen Raum in Ostdeutschland nach 2010 wieder kleiner geworden. Zwischen 2006 und 2012 wanderten Bewohner auch aus den ländlichen Räumen im Westen ab, deren Zahl war – bezogen auf 1000 Einwohner – aber deutlich geringer als in Ostdeutschland. In der Statistik werden Aus- und Übersiedler sowie Asylbewerber, die die zentralen Aufnahmestellen verlassen, als Binnenwanderungsverluste gezählt. **Ansprechpartner: Gerhard Heimpold**

Abbildung 20

## Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern bis 2060 mehr als doppelt so groß im Vergleich zu den westdeutschen

Index der Entwicklung der Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 67 Jahre) laut aktualisierter 13. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts, 2015 = 100



Bei der dargestellten Entwicklung handelt es sich um die Variante 2-A der aktualisierten 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung. Sie geht für Deutschland aus von: Geburtenrate 1,5 Kinder je Frau, Lebenserwartung bei Geburt 2060 für Jungen 84,7/Mädchen 88,6 Jahre; der Außenwanderungssaldo geht von 750 000 im Jahr 2016 auf 200 000 im Jahr 2021 zurück und bleibt danach unverändert. Der Vorausberechnung liegt eine angenommene Binnenwanderung bis zum Jahr 2039 zugrunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden, 2017, aktualisierte 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; Darstellung des IWH.

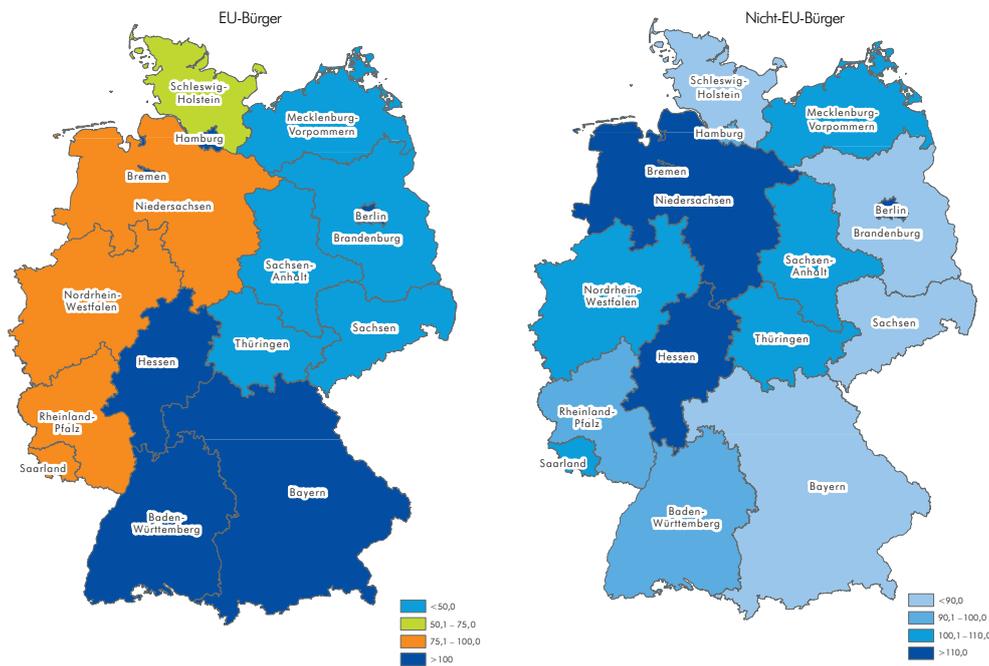
Die Abbildung zeigt, wie sich laut aktualisierter 13. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 67 Jahre) zwischen 2015 und 2060 verändern wird. Dabei zeigt sich, dass sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Flächenländern die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – trotz positivem Außenwanderungssaldo – zurückgehen wird. Allerdings wird der Rückgang in den ostdeutschen Flächenländern prozentual gesehen beim Doppelten im Vergleich zu ihren westdeutschen Pendanten liegen. In ersteren geht die Zahl der Erwerbsfähigen um rund 37%, im Westen um ca. 18% zurück. Lediglich in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg bleibt die Zahl der Erwerbsfähigen beinahe unverändert. Bei den abgebildeten Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung handelt es sich um eine aktualisierte Variante der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, in der das Jahr 2015 der Ausgangspunkt ist, mithin die Zuwanderung von Schutzsuchenden in den Jahren 2014 und 2015 bereits in den Ausgangszahlen enthalten ist.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 21

## Wanderungsgewinne aus EU: In Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland

Kumulierte Wanderungsgewinne je 1 000 Einwohner<sup>A</sup>, Deutschland = 100



<sup>A</sup> Kumulierte Wanderungsgewinne der Jahre zwischen 2010 und 2015 je 1 000 Einwohner im Jahr 2015.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

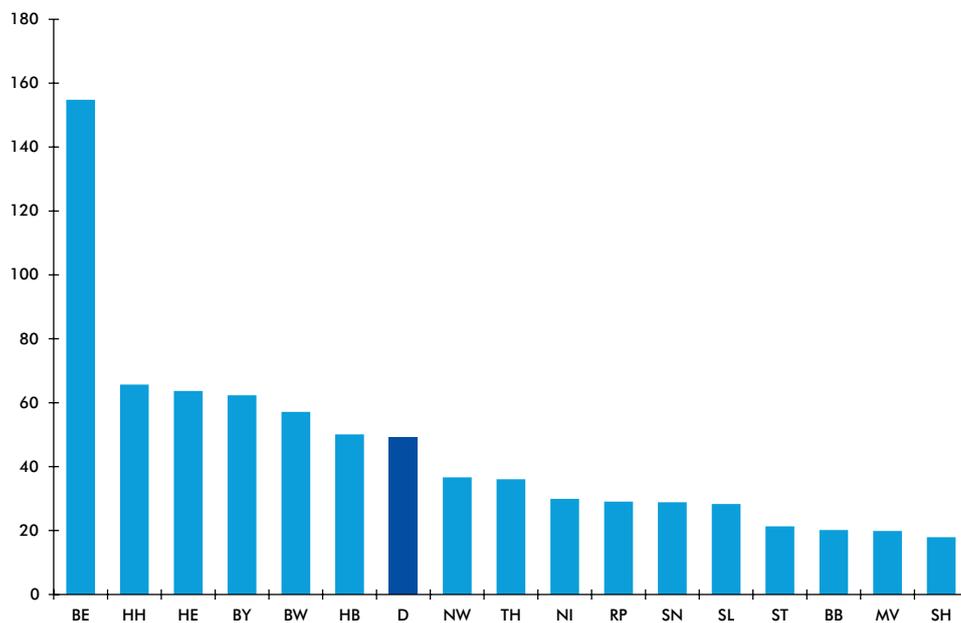
Im Zeitraum von 2010 bis 2015 betrug die kumulierte Wanderungsgewinne in Deutschland 2,9 Millionen Personen. Bezogen auf 1 000 Einwohner waren dies 35,4 Personen. Dabei zeigen sich zwischen den Bundesländern erhebliche Unterschiede: Die höchsten Werte wurden mit 50,4 bzw. 47,5 je 1 000 Einwohner in Bremen bzw. Berlin erreicht. Schlusslichter waren das Land Brandenburg (20,6) und Sachsen (20,3). Von den gesamten Wanderungsgewinnen entfielen 1,5 Millionen Personen bzw. 52,1% auf Bürger aus EU-Staaten. Bezogen auf 1 000 Einwohner waren dies 18,5 Personen. Von der Zuwanderung aus EU-Staaten profitierten besonders Bremen (26,9), Baden-Württemberg (26,3), Bayern (26,3) und Berlin (26,2). Schlusslichter sind Sachsen (5,5) und Sachsen-Anhalt (5,8). Die kumulierten Wanderungsgewinne aus den Staaten, die nicht zur EU gehören, betragen in Deutschland insgesamt knapp 1,4 Millionen Personen. Das sind 17,0 Personen je 1 000 Einwohner. Dabei waren die Abstände zwischen den Bundesländern deutlich geringer. Der geringste Wert wurde mit 13,0 in Bayern erreicht, der höchste mit 23,5 in Bremen.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch

Abbildung 22

## Blaue Karte EU: Berlin mit großem Abstand an der Spitze

Personen mit Blauer Karte EU je 100 000 Erwerbstätige in den Bundesländern<sup>A</sup> im Jahr 2017



<sup>A</sup> BB = Brandenburg; BE = Berlin; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; D = Deutschland; HB = Bremen; HE = Hessen; HH = Hamburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; NI = Niedersachsen; NW = Nordrhein-Westfalen; RP = Rheinland-Pfalz; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; SH = Schleswig-Holstein; SL = Saarland; TH = Thüringen.

Quellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH.

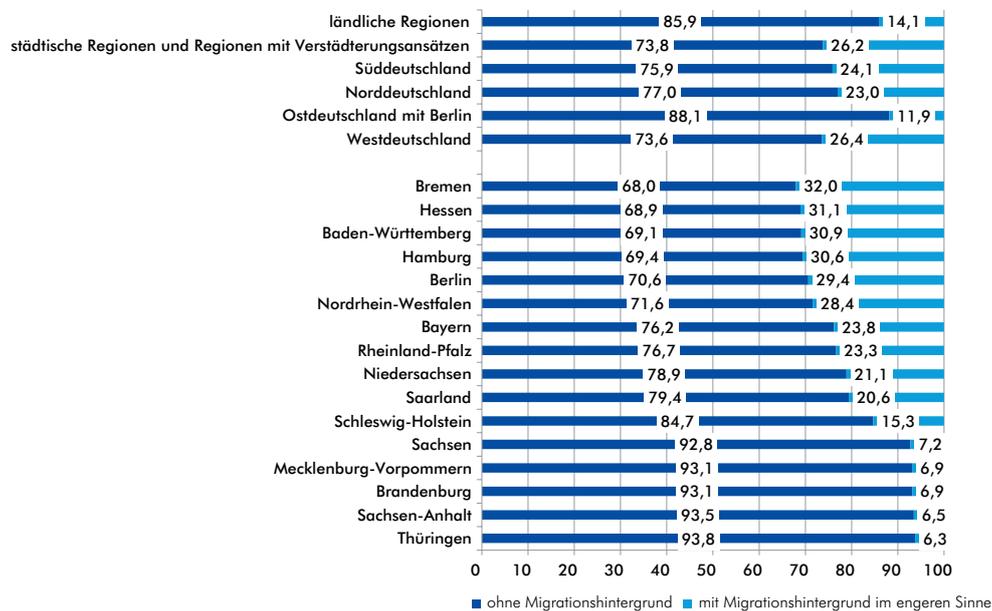
Im Jahr 2017 haben 21 727 hochqualifizierte Zugewanderte eine so genannte Blaue Karte EU erhalten. Mit diesen Blauen Karten EU soll hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen die Möglichkeit zur dauerhaften Zuwanderung erleichtert werden. Um eine Blaue Karte EU zu erhalten, ist eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen. So müssen ein Hochschulabschluss und eine Arbeitsplatzzusage für eine Beschäftigung in Deutschland vorliegen sowie ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielt werden. Etwa 90% der Inhaber einer Blauen Karte EU in Deutschland arbeiten in Berufsfeldern mit hohem Fachkräftebedarf. In den einzelnen Bundesländern werden diese Blauen Karten EU in unterschiedlichem Umfang erteilt. Der mit deutlichem Abstand höchste Wert wird mit 155 pro 100 000 Erwerbstätige in Berlin erreicht. Der gesamtdeutsche Durchschnitt lag bei 49 erteilten Blauen Karten EU pro 100 000 Erwerbstätige. Die ostdeutschen Flächenländer liegen erheblich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

**Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch**

Abbildung 23

## Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland und in ländlichen Regionen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt

Anteile der Einwohner ohne Migrationshintergrund und mit Migrationshintergrund im Jahr 2017, in % (Bevölkerung insgesamt = 100)



Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt; Schleswig-Holstein, Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018, Mikrozensus 2017; Nord-Süd-Einteilung nach The Economist (Online-Ausgabe) vom 19.08.2017; Berechnungen und Darstellung des IWH.

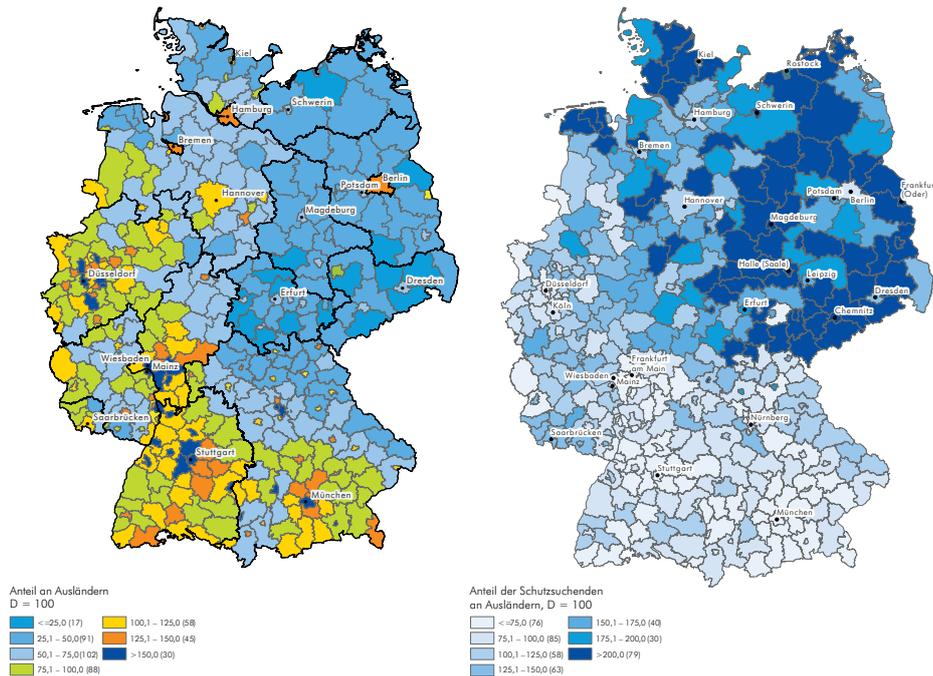
19,3 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Das ist fast ein Viertel der Bevölkerung. Dabei bestehen große regionale Unterschiede, und zwar vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland sowie städtischen und ländlichen Räumen. In Bremen, Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg haben drei von zehn Einwohnern einen Migrationshintergrund, in den ostdeutschen Flächenländern ist es nicht einmal einer von zehn Einwohnern. Zwar gab es auch in der DDR Abkommen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, aber es kamen bei Weitem nicht so viele wie nach Westdeutschland. Erwartungsgemäß ist im städtischen Raum der Einwohneranteil mit Migrationshintergrund fast doppelt so hoch wie auf dem Land.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 24

## Anteil der Schutzsuchenden an Ausländern: Weit überdurchschnittlicher Anteil bei geringerem Ausländeranteil in ostdeutschen Flächenländern<sup>A</sup>

31.12.2016



<sup>A</sup> In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

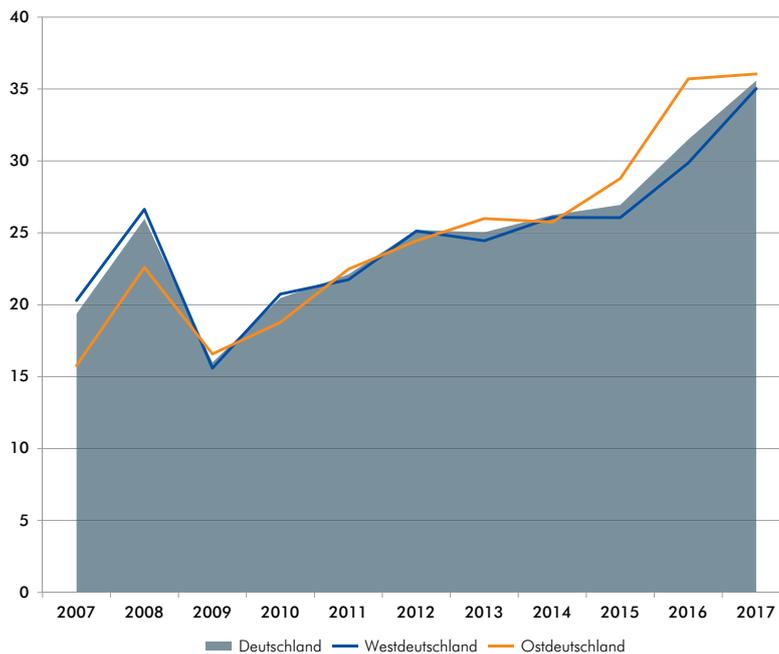
Die Zahl der Schutzsuchenden betrug in Deutschland Ende 2016 ca. 1,6 Millionen. Damit waren 16% aller Ausländer schutzsuchende Personen. Schutzsuchende sind Ausländer, die sich unter Berufung auf humanitäre Gründe in Deutschland aufhalten. Diese Relation variiert zwischen den Regionen. Die Spannweite reichte von 4,1% in der kreisfreien Stadt Offenbach bis 52,6% im Elbe-Elster-Kreis. Zu beachten ist allerdings, dass der Anteil der Ausländer insgesamt an der Bevölkerung gerade in Ostdeutschland deutlich geringer war als in den meisten westdeutschen Regionen. Bei einem durchschnittlichen Anteil von 11,2% in Deutschland wiesen vor allem die ostdeutschen Regionen geringere Anteile auf. Den geringsten Wert hatte der Erzgebirgs-kreis mit 2,0%; der Spitzenwert wurde mit 33,9% in der kreisfreien Stadt Offenbach erreicht. Im Gefolge der Mitte 2015 einsetzenden Zunahme der Fluchtmigration hatte sich die Zahl der Schutzsuchenden deutlich erhöht. Die regionale Verteilung der Flüchtlinge, die auf der Grundlage der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Bundesländer erfolgt (Königsberger Schlüssel), hatte dazu geführt, dass auch in Regionen mit einem vergleichsweise geringen Ausländeranteil die Zahl der Schutzsuchenden deutlich zunahm. Dies hat zur Folge, dass gerade dort der Anteil der Schutzsuchenden an der ausländischen Bevölkerung besonders hoch ist.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch

Abbildung 25

## Unbesetzte Fachkräftestellen: zunehmend ein Problem in ost- und westdeutschen Betrieben

Nichtbesetzungsquote, 2007 bis 2017, in %



Nichtbesetzungsquote = Anteil der nicht besetzten offenen Stellen an den insgesamt angebotenen Stellen für Fachkräfte; als Fachkräfte gelten im IAB-Betriebspanel Arbeitskräfte für qualifizierte Tätigkeiten.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2007 bis 2017; Berechnungen und Darstellung des IWH.

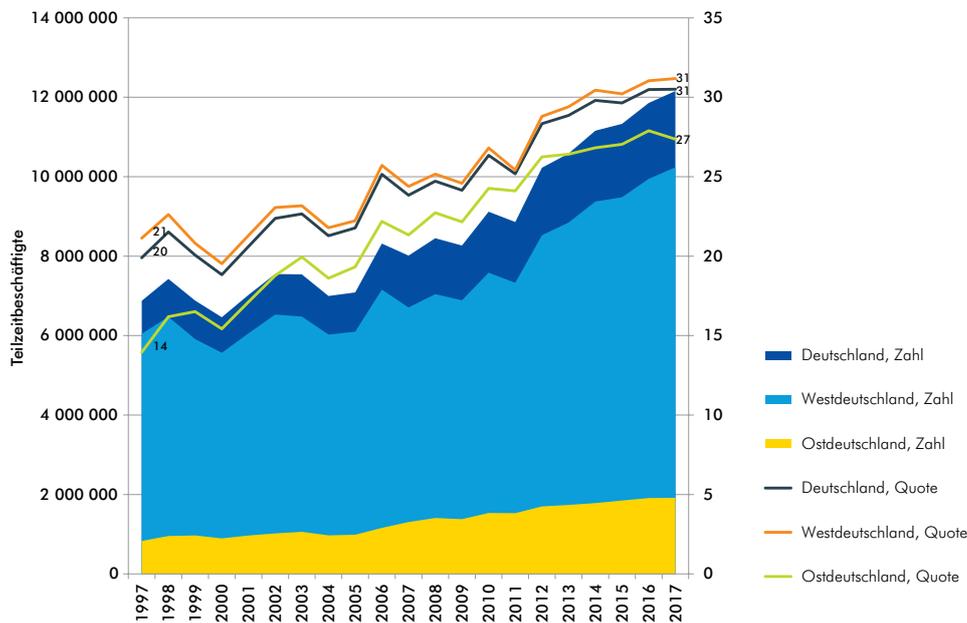
Der Bedarf an Beschäftigten für qualifizierte Tätigkeiten ist in den vergangenen Jahren beständig gestiegen – von etwa 1,4 Millionen Personen im Jahr 2007 auf etwa 2,3 Millionen im Jahr 2017. Der Bedarf umfasst die Anzahl der neu eingestellten Fachkräfte und die Anzahl unbesetzter Stellen für Fachkräfte. Wie groß der Anteil der nicht besetzten Stellen an den insgesamt angebotenen Stellen ist, gibt die Nichtbesetzungsquote wieder. Sie kann als Indikator für potenzielle Wachstumshemmnisse aufgrund eines drohenden Fachkräftemangels interpretiert werden. Seit dem Jahr 2009, in dem die Nichtbesetzungsquote in Ost- und Westdeutschland bei etwa 16% lag, ist ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der sich in den letzten beiden Jahren noch einmal beschleunigt hat. Während im Jahr 2014 noch etwa ein Viertel aller angebotenen Fachkräftestellen nicht besetzt werden konnte, stieg diese Quote in einem Zweijahreszeitraum um etwa zehn Prozentpunkte. Diese Entwicklung vollzog sich in ostdeutschen Betrieben mit etwa einem Jahr Vorlauf. Die aktuell beobachtete Nichtbesetzungsquote in Höhe von 35% in Westdeutschland und 36% in Ostdeutschland bedeutet, dass mehr als jede dritte angebotene Stelle nicht mehr besetzt werden kann. Diese Entwicklung ist nicht in allen Branchen gleichermaßen zu beobachten. Am stärksten von Stellenbesetzungsproblemen betroffen sind das Baugewerbe, die Land- und Forstwirtschaft und die unternehmensnahen Dienstleistungen mit etwa der Hälfte aller angebotenen Stellen, die unbesetzt bleiben.

Ansprechpartnerin: Eva Dettmann

Abbildung 26

## Teilzeitbeschäftigung: Anteil Teilzeitbeschäftigter in Ostdeutschland geringer

Teilzeitbeschäftigung und Teilzeitquoten, 1997 bis 2017, absolut und prozentual



Teilzeitquote = Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten; im IAB-Betriebspanel gelten alle als Teilzeitbeschäftigte, deren Arbeitszeit unterhalb der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte liegt.

Quellen: IAB-Betriebspanel 1997 bis 2017; Berechnungen und Darstellung des IWH.

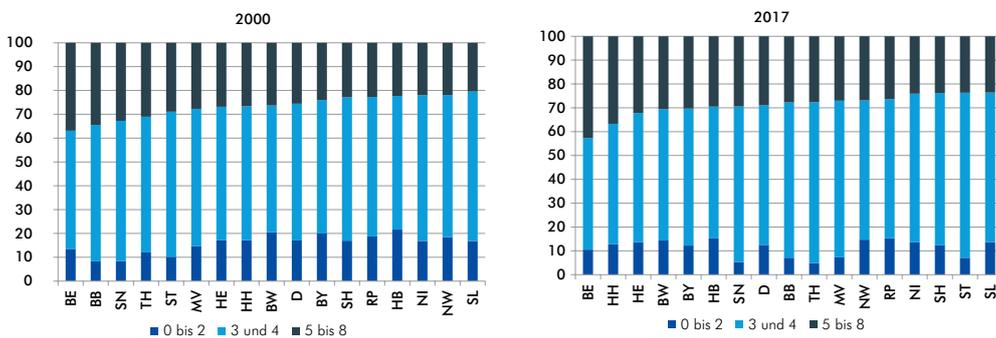
In den vergangenen 20 Jahren stieg die Gesamtzahl der regulär Teilzeitbeschäftigten in Gesamtdeutschland um ca. 75% – von ca. 6,9 Millionen im Jahr 1997 auf etwas über zwölf Millionen im Jahr 2017. In Ostdeutschland waren im Jahr 1997 etwa 900 000 Personen in Teilzeit beschäftigt, im Jahr 2017 knapp zwei Millionen. In Westdeutschland stieg die Zahl im gleichen Zeitraum von sechs Millionen auf zehn Millionen Beschäftigte. Gemessen an allen Beschäftigten nahm der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in Deutschland von ca. 20% auf ca. 30% zu. Ein Anstieg der Teilzeitbeschäftigtenquote in den Krisenjahren 2008/2009 lässt sich nicht beobachten. Gleichwohl lässt sich ein etwas stärkerer Anstieg in den darauffolgenden Jahren ab 2010 feststellen. Über den gesamten Zeitraum ist der Anteil der in Teilzeit Beschäftigten an allen Beschäftigten in ostdeutschen Betrieben geringer als in Westdeutschland. Zwischen 1997 und 2017 stieg die Teilzeitbeschäftigtenquote in Ostdeutschland von etwa 14% auf ca. 27%, in Westdeutschland von ca. 21% auf ca. 31%. Zwischen 1997 und 2011 war eine Tendenz zur Angleichung der Quoten zu beobachten, seit 2012 liegt die ostdeutsche Teilzeitquote relativ stabil etwa drei bis vier Prozentpunkte unter dem westdeutschen Niveau.

Ansprechpartnerin: Eva Dettmann

Abbildung 27

## Ostdeutsche Flächenländer fallen bei tertiären Bildungsabschlüssen zurück

Anteile der Beschäftigten in den Bundesländern<sup>A</sup> nach Bildungsabschluss in %<sup>B, C</sup>, gerankt nach dem Beschäftigtenanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen



<sup>A</sup> BB = Brandenburg; BE = Berlin; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; HB = Bremen; HE = Hessen; HH = Hamburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; NI = Niedersachsen; NW = Nordrhein-Westfalen; RP = Rheinland-Pfalz; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; SH = Schleswig-Holstein; SL = Saarland; TH = Thüringen.

<sup>B</sup> Stufen 0 bis 2: Unterhalb des Primarbereichs, Primarbereich und Sekundarbereich; Stufen 3 und 4: Sekundarbereich II und postsekundärer, nicht tertiärer Bereich; Stufen 5 bis 8: Tertiärbereich.

<sup>C</sup> Berücksichtigt wurden alle Beschäftigten mit Angaben zum Bildungsabschluss.

Quellen: Eurostat 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH.

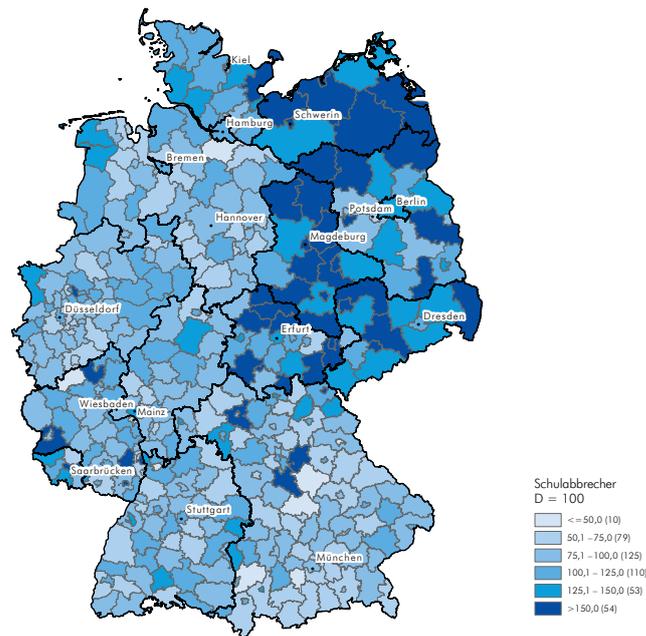
Die Abbildung vergleicht die Beschäftigtenstrukturen in den deutschen Bundesländern in den Jahren 2000 und 2017. Für das Jahr 2000 zeigten sich zwei markante Vorteile für die Neuen Bundesländer: Zum einen lagen alle ostdeutschen Bundesländer beim Anteil tertiärer Bildungsabschlüsse vor den westdeutschen Bundesländern. Zum anderen war der Anteil der Beschäftigten in den untersten Bildungsstufen 0 bis 2 deutlich geringer als in allen westdeutschen Bundesländern. Die Spitzenposition beim Anteil von Hochqualifizierten hatte Berlin mit einem Anteil von 36,9%. Mecklenburg-Vorpommern lag mit 27,7% vor Hessen, wo mit 26,8% der höchste Wert unter den westdeutschen Bundesländern erreicht wurde. Im Jahr 2017 zeigt sich ein anderes Bild: Zwar lagen die ostdeutschen Länder beim Anteil von Geringqualifizierten (Bildungsstufen 0 bis 2) weiterhin deutlich unter den westdeutschen Bundesländern. Hingegen ist in Ostdeutschland gegenüber dem Jahr 2000 nur in Berlin der Anteil der tertiären Bildungsabschlüsse gewachsen. Die ostdeutschen Flächenländer haben bezüglich des Anteils Hochqualifizierter ihre anfängliche Spitzenposition inzwischen eingebüßt. In Brandenburg bzw. in Sachsen-Anhalt waren die Rückgänge mit 6,7 bzw. 5,2 Prozentpunkten besonders kräftig. Sachsen-Anhalt gehört neben Schleswig-Holstein und dem Saarland nun zu den Bundesländern mit dem niedrigsten Anteil von Beschäftigten mit tertiären Abschlüssen. Ein Vorsprung Ostdeutschlands bei der Ausstattung mit hochqualifizierten Arbeitnehmern ist also nur noch in Berlin, das diesbezüglich die Spitzenposition in Deutschland innehat, und in Sachsen zu beobachten.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch

Abbildung 28

## Große regionale Spannweite bei Schulabbrechern

Schulabbrecher: Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängern im Jahr 2016, in %<sup>A</sup>, Deutschland = 100



<sup>A</sup> In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

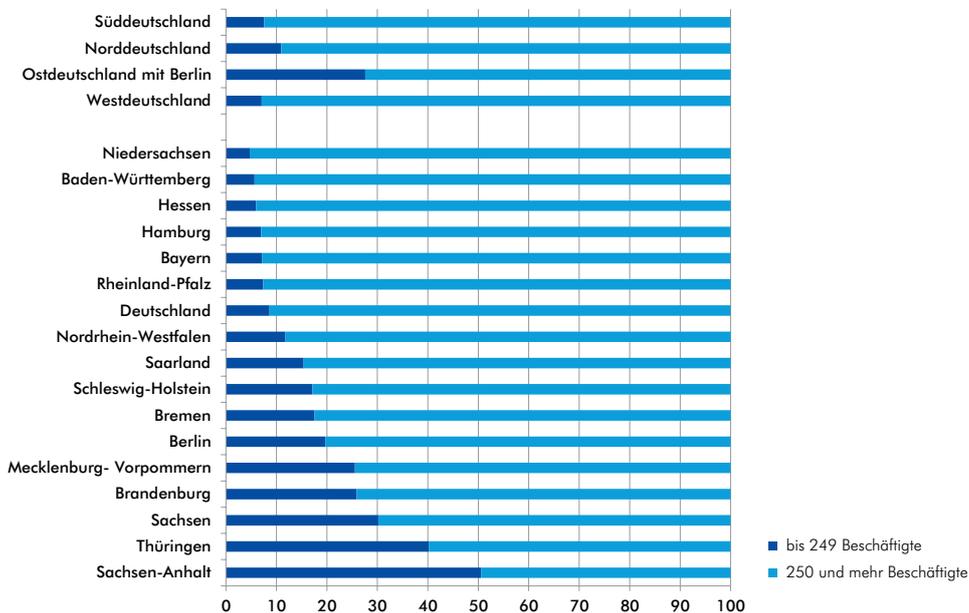
Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Deutschland 5,7%. Dabei zeigten sich erhebliche regionale Unterschiede. Besonders hoch war dieser Anteil in vielen ostdeutschen Regionen. Der Spitzenwert wurde hier mit 14,2% im Landkreis Prignitz erreicht. Das war das Zweieinhalbfache des gesamtdeutschen Werts. In Westdeutschland lag der höchste Wert mit 11,8% in der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen. Den geringsten Anteil verzeichnete mit 1,2% die kreisfreie Stadt Mainz. Im Osten lag die günstigste Quote bei 3,6% in Potsdam.

**Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch**

Abbildung 29

## In Ostdeutschland und in strukturschwachen westdeutschen Ländern tragen KMU überdurchschnittlich zu den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in der Wirtschaft bei

Interne FuE-Aufwendungen in der Wirtschaft nach Beschäftigtengrößenklassen 2015, in %  
(Ausgaben insgesamt je Land/Region = 100)



Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

Quellen: SV Wissenschaftsstatistik GmbH (Hrsg.): a:ren di: Zahlenwerk 2017 – Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2015, Essen, Juli 2017; Nord-Süd-Einteilung nach The Economist vom 19.08.2017 (online); Berechnungen und Darstellung des IWH.

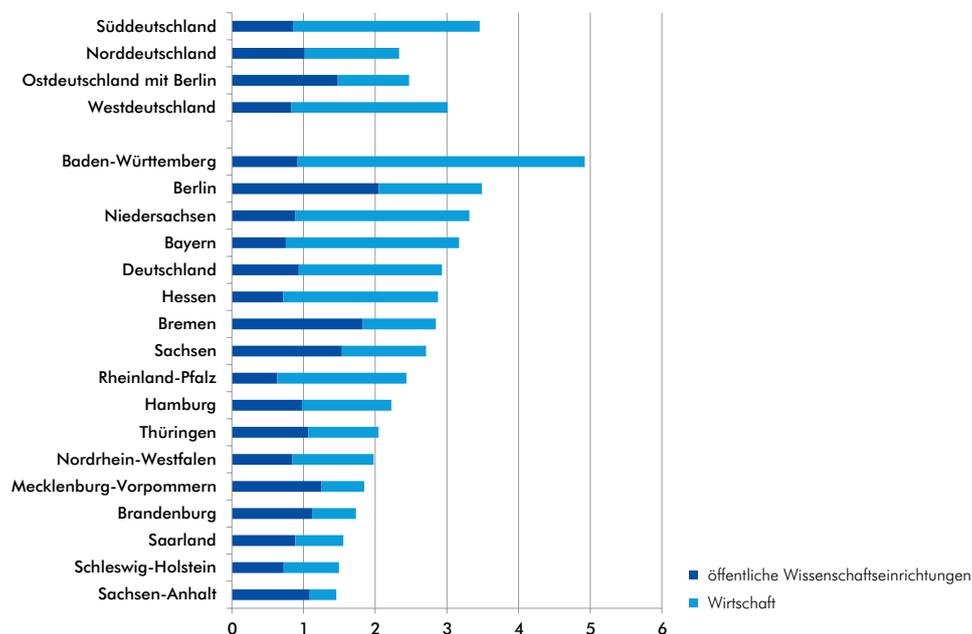
In sämtlichen ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin haben kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit bis zu 249 Beschäftigten überdurchschnittliche Anteile an den gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Wirtschaft, also in den Unternehmen. Bei größeren Unternehmen ist es umgekehrt. In Sachsen-Anhalt liegt der Anteil der KMU sogar knapp über 50%. Aber auch in strukturschwachen westdeutschen Ländern spielen KMU eine überdurchschnittliche Rolle bei den FuE-Ausgaben. Um nicht missverstanden zu werden: Beim Anteil der KMU an der gesamten Zahl der Unternehmen unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland kaum. Der Unterschied liegt bei den großen forschenden Unternehmen, die im Westen deutlich mehr und im Osten entsprechend weniger zu den FuE-Ausgaben beitragen. Weil auch in Niedersachsen und Hamburg große Unternehmen anteilig überdurchschnittlich viel für FuE ausgeben, ist das Süd-Nord-Gefälle bei den FuE-Ausgaben nicht ausgeprägt.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

Abbildung 30

## Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Bayern geben überdurchschnittlich viel für Forschung und Entwicklung aus

Anteil der internen Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2016 am Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern und Regionen, jeweilige Preise, in %



Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Essen; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Nord-Süd-Einteilung nach The Economist vom 19.08.2017 (online); Berechnungen und Darstellung des IWH.

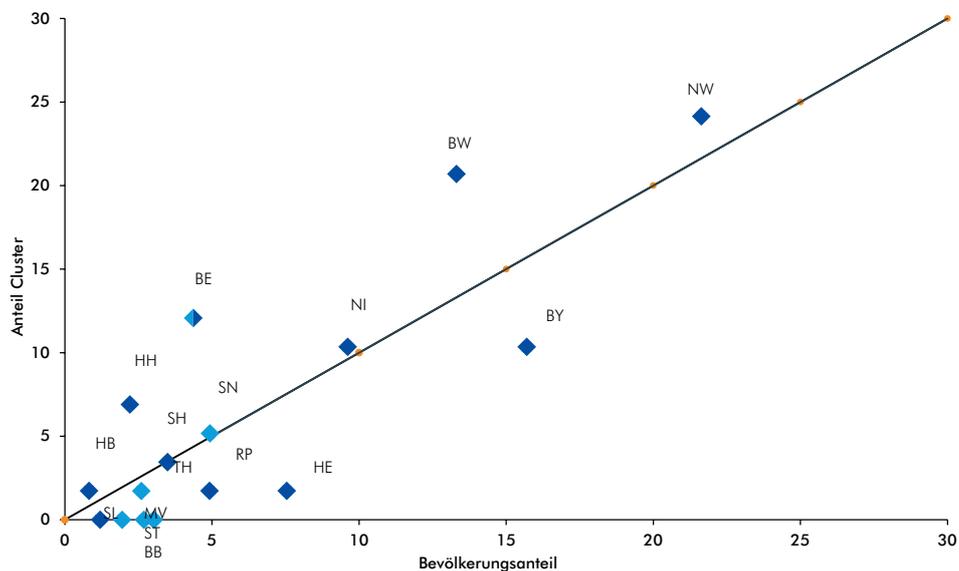
Forschung treibt das Wirtschaftswachstum. Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Bayern geben in Deutschland überdurchschnittlich viel für Forschung und Entwicklung aus, alle anderen Länder liegen unter dem Bundesdurchschnitt. Auffällig ist auch, dass in den westdeutschen Ländern mit hoher Forschungsintensität diese Ausgaben zu weit mehr als der Hälfte vom Wirtschaftssektor, also von Unternehmen, und zum kleineren Teil von öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen, also Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, getätigt werden. In vielen strukturschwächeren Ländern ist es gerade umgekehrt. Abgesehen vom traditionellen Wissenschaftsstandort Berlin ist aus dem Kreis der Neuen Länder der Freistaat Sachsen weit oben im Ranking der Forschungsausgaben, und im Freistaat Thüringen ist die Relation zwischen Wirtschafts- und öffentlichem Wissenschaftssektor bei den FuE-Ausgaben schon beinahe ausgeglichen.

Ansprechpartner: Gerhard Heimbold

Abbildung 31

## Exzellenzcluster: Ostdeutsche Flächenländer mit Ausnahme Sachsens in der Spitzenforschung unterrepräsentiert

Anteil der Bundesländer an den 57 zur Förderung ausgewählten Spitzenclustern deutscher Hochschulen im Vergleich zum Anteil an der Einwohnerzahl Deutschlands, in %



Ein Exzellenzcluster ist länderübergreifend (Sachsen und Bayern) angelegt und wurde daher bei der Berechnung der Anteile an den Exzellenzclustern in beiden Ländern berücksichtigt. Der Einwohneranteil bezieht sich auf das Jahr 2017 (31.12.).

Quellen: Deutsche Forschungsgemeinschaft 2018; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Berechnungen und Darstellung des IWH.

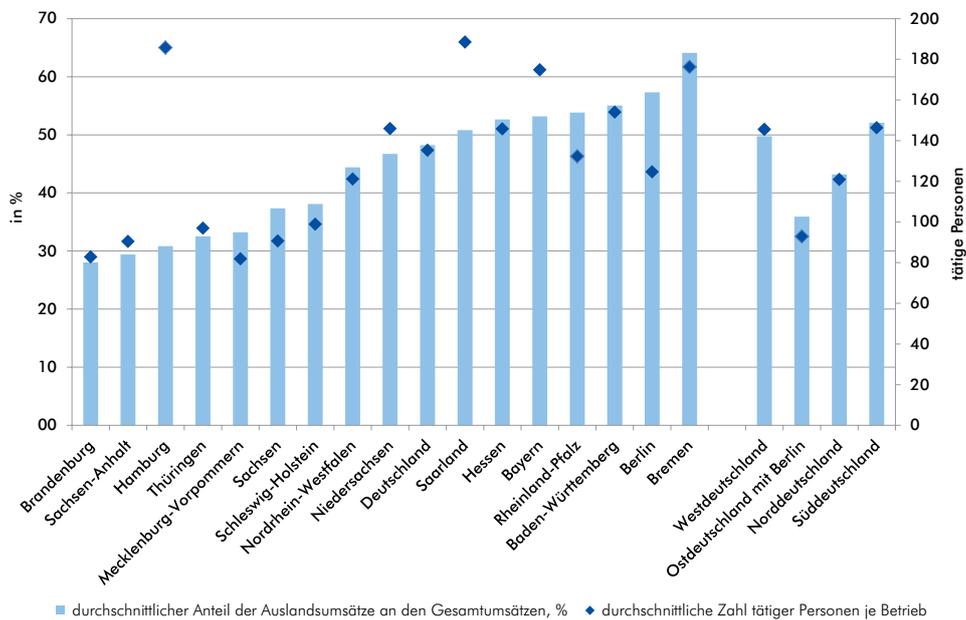
Deutsche Hochschulen konnten sich um eine Förderung von Exzellenzclustern im Rahmen der „Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder“ bewerben. 57 Exzellenzcluster wurden im Herbst 2018 für die Förderung ausgewählt. Die Abbildung zeigt den Anteil der Bundesländer an den zur Förderung ausgewählten 57 Exzellenzclustern und stellt sie dem Anteil der Länder an der Bevölkerung gegenüber. Länder, deren Anteile an den Clustern über den Einwohneranteilen liegen, befinden sich in der Abbildung oberhalb der 45-Grad-Linie. Auffällig sind die überdurchschnittlichen Anteile von Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg an den für die Förderung ausgewählten Exzellenzclustern. Aus dem Kreis der ostdeutschen Länder sind neben Berlin auch Sachsen und Thüringen in der Förderung vertreten. In den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gibt es hingegen gar keine Exzellenzcluster. Die ostdeutschen Flächenländer sind also in der Spitzenforschung unterrepräsentiert.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller

Abbildung 32

## In der Industrie geht eine unterdurchschnittliche Betriebsgröße tendenziell mit geringeren Exportquoten einher

Tätige Personen je Betrieb, Anteile des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, 2017, Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr tätigen Personen



Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden, 2018; Nord-Süd-Einteilung nach The Economist vom 19.08.2017; Berechnungen und Darstellung des IWH.

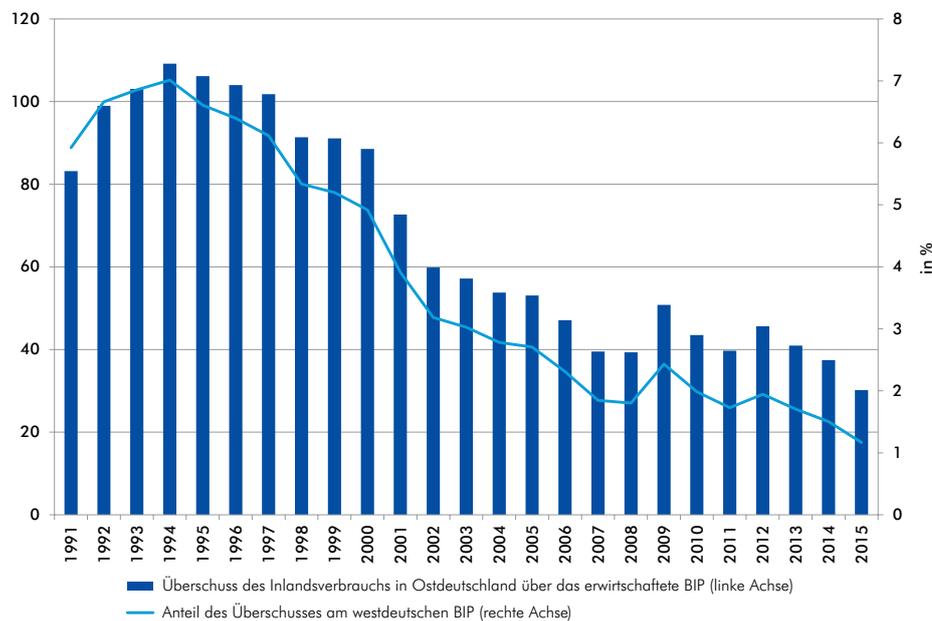
Die deutsche Industrie tätigt knapp die Hälfte (48%) ihrer Umsätze im Ausland, allerdings bei großen regionalen Unterschieden. Auffällig ist, dass der Exportanteil in sämtlichen ostdeutschen Flächenländern und auch in einigen westdeutschen Ländern, etwa Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, unterdurchschnittlich ausfällt. In Hamburg hat die Mineralölwirtschaft, die dort eine unterdurchschnittliche Exportquote aufweist, eine relativ große Bedeutung im industriellen Sektor. Die Ursachen für die regionalen Unterschiede bei der Auslandsorientierung können unterschiedlich sein: Die Abbildung legt nahe, dass sie auch etwas mit Unterschieden in der Betriebsgröße zu tun hat. Kleine Betriebe haben möglicherweise größere Markteintrittshürden. Umgekehrt kann auch die mehr oder weniger große Exportaktivität Einfluss auf die Größe der Betriebe und die Beschäftigtenentwicklung haben. Bei den augenfällig geringeren Anteilen der Umsätze im Ausland in den ostdeutschen Flächenländern kommt hinzu, dass diese nicht selten Zulieferungen an Exporteure in Westdeutschland tätigen.

**Ansprechpartner: Gerhard Heimpold**

Abbildung 33

## Ostdeutschlands Transferabhängigkeit ist gesunken, sie besteht aber fort

Differenz zwischen Verwendung und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (mit Berlin), absolut und relativ zum westdeutschen Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH.

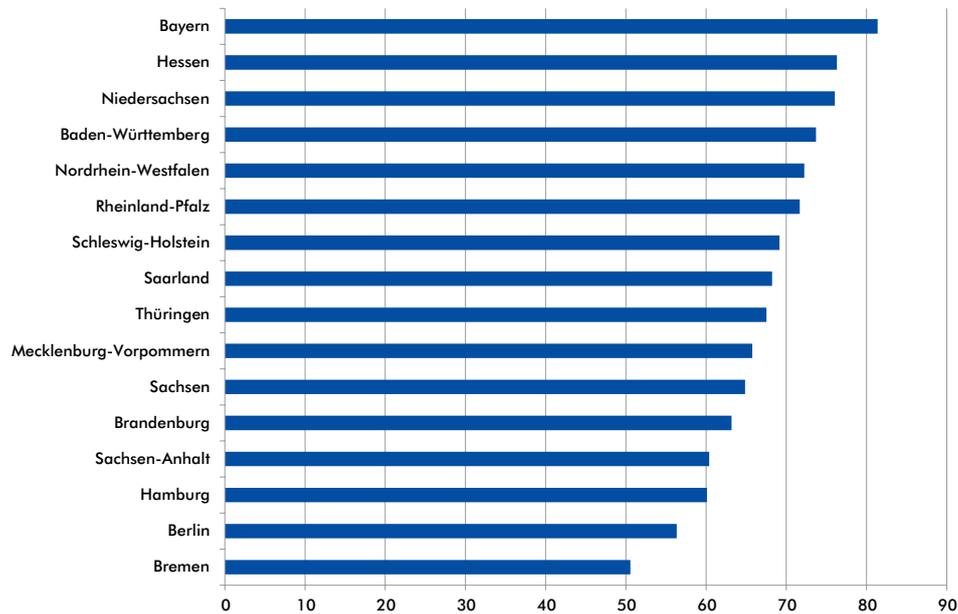
Die ostdeutsche Wirtschaft weist ein Handels- und Dienstleistungsdefizit auf, es wird also mehr verbraucht als produziert. Im Jahr 1991 lag die Endnachfrage um 47% über dem ostdeutschen Bruttoinlandsprodukt, und in jedem der 1990er Jahre überstieg die binnenwirtschaftliche Endnachfrage in Form privater und staatlicher Konsumausgaben sowie getätigter Investitionen das erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt um mehr als 80 Mrd. Euro. Seit dem Jahr 2001 ist diese Differenz aber rückläufig. Im Jahr 2015 (neuere Zahlen sind nicht verfügbar) betrug das Handels- und Dienstleistungsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt noch 7%. Der Lückenschluss zwischen Endnachfrage und Produktion in den Neuen Ländern wird vor allem durch West-Ost-Transfers, insbesondere über die Sozialversicherungssysteme, aber auch durch Pendlereinkommen bewirkt. Setzt man ihn ins Verhältnis zum westdeutschen Bruttoinlandsprodukt, ist er von anfänglich fast 6% auf 1,2% im Jahr 2015 zurückgegangen.

Ansprechpartner: Axel Lindner

Abbildung 34

## Steuerdeckungsquote 2017: Nach wie vor West-Ost-Gefälle

Steuereinnahmen in Relation zu den bereinigten Ausgaben, in %



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 14, Reihe 2, Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, 1.– 4. Vierteljahr 2017; Berechnungen und Darstellung des IWH.

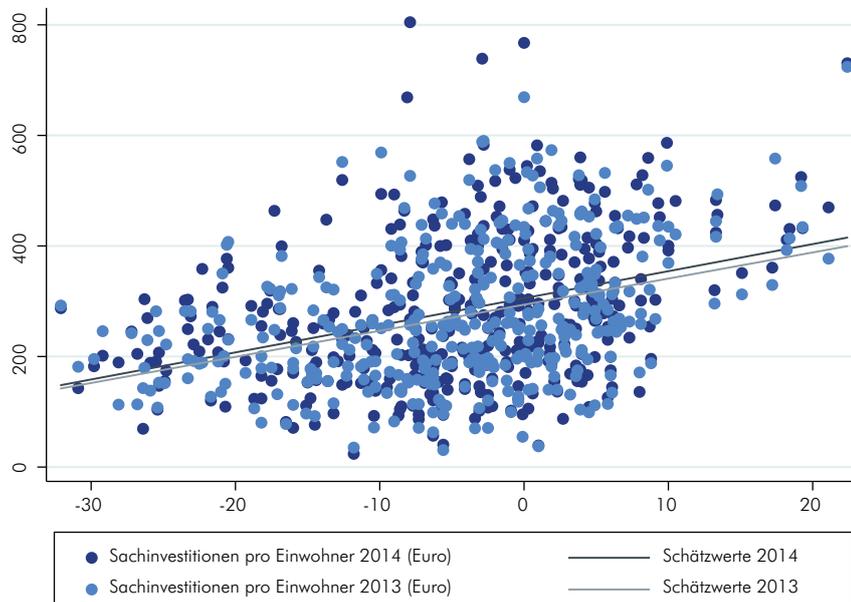
Im Jahr 2017 war die Steuerdeckungsquote in den ostdeutschen Flächenländern nach wie vor niedriger als in den westdeutschen. Die Steuerdeckungsquote gibt den Anteil der Ausgaben einer Gebietskörperschaft wieder, der durch eigene Steuereinnahmen abgedeckt ist. Sie wird im Wesentlichen durch die regionale Wirtschaftskraft bestimmt. Die geringeren Steuerdeckungsquoten in den Neuen Ländern gehen auf eine niedrigere Steuerbasis zurück. Verantwortlich hierfür ist die in Ostdeutschland nach wie vor geringere Arbeitsproduktivität und die – daraus resultierend – niedrigeren Einkommen. Die Steuerdeckungsquote ist am höchsten in Ländern, in denen Großunternehmen angesiedelt sind. Zwar werden durch die Steuerzerlegung auch Gebietskörperschaften, in denen solche Unternehmen Zweigniederlassungen unterhalten, am Steueraufkommen beteiligt. Tatsächlich führt die Steuerzerlegung jedoch nur zu einer Annäherung der Steuerkraft der Länder an deren Wirtschaftskraft. Die in Ostdeutschland kleinteilige Wirtschaftsstruktur und das Fehlen von Konzernzentralen, in denen hochentlohnte Arbeitsplätze angesiedelt sind, mindern offensichtlich die Steuereinnahmen der ostdeutschen Bundesländer.

Ansprechpartner: Götz Zeddies

Abbildung 35

## Nicht alle Kommunen antizipieren den demographischen Wandel bei ihren Investitionsentscheidungen

Verteilung der kommunalen Sachinvestitionen je Einwohner in Euro für die Jahre 2013 und 2014



Quellen: Altemeyer, Bartscher, M.; Gropp, R. E.; Haug, P. (2017): Der demographische Wandel und kommunale Investitionen. IWH-Online 1/2017. Halle (Saale) 2017, 6, auf der Grundlage von: Vierteljährliche Kommunale Kassenstatistik und Gemeindefinanzberichte der statistischen Landesämter, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, INKAR 2014; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Abbildung zeigt die Verteilung der kommunalen Sachinvestitionen je Einwohner in Euro für die Jahre 2013 und 2014 in Abhängigkeit von der erwarteten prozentualen Bevölkerungsveränderung bis 2035. Generell zeigt sich, dass das Bevölkerungswachstum die kommunalen Sachinvestitionen positiv beeinflusst. Allerdings wird auch sichtbar, dass viele Kommunen mit moderater Bevölkerungszunahme (1% bis 10%) vergleichsweise wenig investieren. Umgekehrt gibt es Kommunen, deren Einwohnerzahl abnimmt, die aber zum Teil bei den Investitionen je Einwohner vordere Plätze einnehmen. Eine Regressionsanalyse hat gezeigt, dass neben der künftigen Einwohnerentwicklung vor allem die kommunale Finanzausstattung, insbesondere die Kombination aus eigener Steuerkraft und Höhe der Investitionszuschüsse sowie strukturelle Besonderheiten in einzelnen Bundesländern die Investitionen beeinflussen. So investiert eine Kommune in Bayern mit relativ ungünstiger Einwohnerentwicklung mehr als vergleichbare Kommunen in finanzschwachen Bundesländern. Der Einfluss der Ausgangsausstattung lässt sich wegen fehlender Indikatoren kaum bestimmen und der Effekt der Siedlungsstruktur ist nicht eindeutig.

Ansprechpartner: Peter Haug

## Glossar

**Ausgabenquote:** Prozentualer Anteil der Ausgaben des Staates in Form von konsumtiven und investiven Ausgaben, Subventions- und Transferzahlungen am Bruttoinlandsprodukt.<sup>1</sup>

**Bereinigte Ausgaben:** Ausgaben Summe der laufenden sowie der Kapitalrechnung.<sup>2</sup> Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf die Länderebene.

**Blaue Karte EU:** Befristeter Aufenthaltstitel für Bürger aus Nicht-EU-Staaten. Voraussetzung für den Erhalt der Karte ist, dass ein Hochschulstudium abgeschlossen ist, ein Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Arbeitsplatzangebot vorliegt und ein bestimmtes jährliches Bruttomindestgehalt gegeben sein muss. Bei so genannten Mangelberufen, etwa Fachkräften in der Informations- und Kommunikationstechnologie, ist die jährliche Bruttomindestgehaltsgrenze niedriger festgelegt. Die Blaue Karte EU kann an diesen Personenkreis grundsätzlich nur erteilt werden, wenn eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit vorliegt. Diese Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn es sich um einen im Inland erworbenen Hochschulabschluss handelt.<sup>3</sup>

**Bruttoanlagevermögen:** Bestand an Anlagen ohne Abzug der aufgelaufenen Abschreibungen.<sup>4</sup>

**Einnahmenquote:** Prozentualer Anteil der Einnahmen des Staates aus Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, Gebühren sowie sonstigen Einnahmen am Bruttoinlandsprodukt.<sup>5</sup>

**Einwohner mit Migrationshintergrund:** Die betreffende Person selbst oder ein oder beide Elternteile hatten zum Zeitpunkt der Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Die hier verwendeten statistischen Daten betreffen den Migrationshintergrund im engeren Sinne. Dieser gilt als gegeben, wenn das Merkmal des Migrationshintergrunds für alle Jahre der Zeitreihe feststellbar ist.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Schratzenstaller, M. (2013): Staatsquoten – Definitionen, Grenzen der Vergleichbarkeit und Aussagekraft, in: Wirtschaftsdienst Heft 3, 204–206, hier speziell 204, in: <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/downloads/getfile.php?id=2952>, Zugriff am 17.12.2018.

<sup>2</sup> Vgl. Glossar, in: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Finanzen und Steuern. Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts. Fachserie 14 Reihe 2, 1.–4. Vierteljahr 2017. Erscheinungsfolge vierteljährlich. Erschienen am 20. April, in: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicheHaushalte/AusgabenEinnahmen/KassenergebnisOeffentlicherHaushalt2140200173244.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicheHaushalte/AusgabenEinnahmen/KassenergebnisOeffentlicherHaushalt2140200173244.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff am 07.01.2019.

<sup>3</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Hrsg.) (2015): Blaue Karte EU. Informationen zum Aufenthaltstitel nach § 19a Aufenthaltsgesetz, Nürnberg, Stand Februar, in: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-blaue-karte.html>, Zugriff am 03.01.2019.

<sup>4</sup> Vgl. Begriffsdefinitionen, in: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2018): Anlagevermögen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015. Reihe 1, Länderergebnisse Band 4, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2017 [Revision 2014/ESVG 2010/WZ 2008]; Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Erscheinungsfolge: jährlich. Erschienen im Juni, in: <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/RV2014/R1B4.zip>, Zugriff am 02.01.2019.

<sup>5</sup> Vgl. Schratzenstaller, M., a. a. O., hier speziell 205

<sup>6</sup> Vgl. III Glossar, in: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2017 –. Fachserie 1 Reihe 2.2, 18, in: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220177004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220177004.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff am 13.08.2018.

**G7-Gruppe:** Informelles weltwirtschaftliches Gesprächsforum von sieben führenden Wirtschaftsnationen: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Vereinigte Staaten von Amerika. An den Treffen nehmen auch Vertreter der Europäischen Union teil.<sup>7</sup>

**Interne FuE-Ausgaben:** Personal-, Sachkosten und Investitionen für Forschung und Entwicklung, sofern sie in den eigenen Räumen der betreffenden statistischen Einheit, also beispielsweise des Unternehmens, stattfindet.<sup>8</sup>

**Kapitalkoeffizient:** Relation des Kapitalstocks zum Bruttoinlandsprodukt.<sup>9</sup>

**Kapitalstock:** Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen.<sup>10</sup>

**Kaufkraftparitäten:** Geben an, wie viele Währungseinheiten in verschiedenen Ländern notwendig sind, um eine bestimmte Güter- und Dienstleistungsmenge zu kaufen. Für internationale Vergleiche wird auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten eine fiktive Geldeinheit (Kaufkraftstandard) geschaffen. Diese ist in jedem Land so bemessen, dass mit ihr überall der gleiche Warenkorb erworben werden kann.<sup>11</sup>

**Ländlicher Raum:** Umfasst ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelte ländliche Kreise laut siedlungsstruktureller Kreistypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).<sup>12</sup>

**Leistungsbilanzsaldo:** Differenz aus den Ausfuhren und den Einfuhren im Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie den Einnahmen und den Ausgaben aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufenden Übertragungen über die Grenzen der Volkswirtschaft.<sup>13</sup>

**Medianlohn:** Mittleres monatliches Bruttoarbeitsentgelt eines sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten. Der Medianwert trennt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in genau zwei Gruppen: Die eine Hälfte der Beschäftigten erhält ein geringeres Entgelt im Vergleich zum Medianwert, die andere Hälfte erhält ein höheres.<sup>14</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. G7 2018, Charlevoix, Home, G7 Presidency, G7 Members, Date modified: June 4, 2018, in: <https://g7.gc.ca/en/g7-presidency/g7-members/>, Zugriff am 02.01.2019.

<sup>8</sup> Vgl. Stifterverband (2017): a:r en `di: Analysen 2017, Autorenteam: Verena Eckl, Barbara Grave, Andreas Kladroba, Bernd Kreuels, Thu-Van Nguyen, Gero Stenke, Herausgeber: Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen, 7, in: <https://www.stifterverband.org/download/file/fid/4848>, Zugriff am 19.02.2018.

<sup>9</sup> Vgl. Schmalwasser, O.; Schidlowski, M. (2006): Kapitalstockrechnung in Deutschland, in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 11/2006, 1107–1123, hier speziell 1108.

<sup>10</sup> Vgl. Begriffsdefinitionen, in: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2018), a. a. O.

<sup>11</sup> Vgl. Eurostat (2018): Glossar: Kaufkraftparitäten (KKP). Diese Seite wurde zuletzt am 1. März 2018 um 10:16 geändert, [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Purchasing\\_power\\_parities\\_\(PPPs\)/de](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Purchasing_power_parities_(PPPs)/de), Zugriff am 03.01.2019;

eurostat (2018): Glossar: Kaufkraftstandard (KKS). Diese Seite wurde zuletzt am 11. Dezember 2014 um 10:58 geändert, in: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Purchasing\\_power\\_standard\\_\(PPS\)/de](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Purchasing_power_standard_(PPS)/de), Zugriff am 03.01.2019.

<sup>12</sup> Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn (2018): INKAR 2018. Erläuterungen zu den Raumbezügen, 17, in: <http://www.inkar.de/documents/Erlaeuterungen%20Raumbezeuge.pdf>, Zugriff am 15.10.2018.

<sup>13</sup> Vgl. 17 Zahlungsbilanz, in: Statistisches Bundesamt (2018): Statistisches Jahrbuch Deutschland und Internationales 2018, 441–452, hier speziell 444 und 451, in: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2018.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2018.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff am 02.01.2019.

<sup>14</sup> Vgl. I Analyse, IV Glossar für sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte (Entgeltstatistik), in: Bundesagentur für Arbeit. Statistik (2018): Tabellen. Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte (Jahreszahlen). Deutschland, West/Ost, Länder und Kreis, Stichtag: 31. Dezember 2017, in: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201712/iiia6/beschaeftigung-entgelt-entgelt-d-0-201712-xlsm.xlsm>, Zugriff am 03.01.2019.

**Natürliche Bevölkerungsentwicklung:** Saldo von Geburten und Sterbefällen.

**Norddeutschland:** Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein.<sup>15</sup>

**Ostdeutsche Flächenländer:** Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

**Ostdeutschland:** Umfasst in dieser Veröffentlichung, sofern nichts anderes angegeben ist, die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

**Schulabbrecher:** Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Enthalten sind auch Absolventinnen und Absolventen, die den Abschluss mit Förderschwerpunkt Lernen oder den Abschluss mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung haben.<sup>16</sup>

**Schutzsuchende:** Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten und hierbei auf humanitäre Gründe berufen. Zu den Schutzsuchenden in Deutschland zählen die folgenden drei Kategorien von Ausländern: (a) Schutzsuchende, deren Asylverfahren in Deutschland durchgeführt wird und über deren Schutzstatus noch keine Entscheidung getroffen wurde; (b) Schutzsuchende mit einem befristeten oder einem unbefristeten Aufenthaltstitel, der sich auf den humanitären Bereich laut Aufenthaltsgesetz bezieht sowie (c) Schutzsuchende, deren Schutzstatus abgelehnt wurde und die ausreisepflichtig sind.<sup>17</sup>

**Städtischer Raum:** Kreisfreie Großstädte und städtische Kreise laut siedlungsstruktureller Kreistypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).<sup>18</sup>

**Stadtstaaten:** Bundesländer Berlin, Bremen und Hamburg.

---

<sup>15</sup> Vgl. The beautiful south. Germany's new divide, in: *The Economist*, Print edition | Europe, Aug 19th 2017 | Bremen and Dresden, o. S., in: <https://www.economist.com/europe/2017/08/19/germanys-new-divide>, Zugriff am 15.10.2018.

<sup>16</sup> Vgl. Erläuterungen, in: *Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2017/2018. Fachserie 11 Reihe 1. Erscheinungsfolge: jährlich. Erschienen am 22.08., 6*, in: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/AllgemeinbildendeSchulen2110100187004.pdf;jsessionid=3FFC3A7D-33D8C5EF4BOCAA8A84C95BFC.InternetLive2?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/AllgemeinbildendeSchulen2110100187004.pdf;jsessionid=3FFC3A7D-33D8C5EF4BOCAA8A84C95BFC.InternetLive2?__blob=publicationFile), Zugriff am 04.01.2019.

<sup>17</sup> Vgl. 2. Definition von Schutzsuchenden, in: *Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Schutzsuchende. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2.4, 2016, Erscheinungsfolge: jährlich. Erschienen am 2. November 2017, 5*, in: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Schutzsuchende2010240167004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Schutzsuchende2010240167004.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff am 10.01.2018, Zugriff am 10.01.2018.

<sup>18</sup> Vgl. *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn (2018): INKAR 2018. Erläuterungen zu den Raumbezügen, 17*, in: <http://www.inkar.de/documents/Erlaeuterungen%20Raumbezeuge.pdf>, Zugriff am 15.10.2018.

**Steuerdeckungsquote:** Steuereinnahmen und steuerähnliche Abgaben in Relation zu den bereinigten Ausgaben (in %).<sup>19</sup> Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf die Länderebene.

**Süddeutschland:** Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.<sup>20</sup>

**Trendwachstum:** Mittel- beziehungsweise langfristiges Wachstum, bei dem konjunkturelle oder saisonale Einflüsse unberücksichtigt bleiben.<sup>21</sup>

**Unterbeschäftigungsquote:** Prozentualer Anteil der Personen, die arbeitslos sind oder sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder in einem Sonderstatus befinden (insbesondere kurzfristig arbeitsunfähige Personen), an der Summe aus allen zivilen Erwerbspersonen, Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Personen in einem Sonderstatus.<sup>22</sup>

**Westdeutsche Flächenländer:** Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein.

**Westdeutschland:** Umfasst in dieser Veröffentlichung, sofern nichts anderes angegeben ist, die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

---

<sup>19</sup> Vgl. Glossar, in: *Thüringer Rechnungshof: Jahresbericht 2018*, mit Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung und zur Haushaltsrechnung 2016, o. S., in: <https://www.thueringer-rechnungshof.de/files/16435EDE022/Jahresbericht%202018.pdf>, Zugriff am 04.01.2019.

<sup>20</sup> Vgl. The beautiful south. Germany's new divide, a. a. O.

<sup>21</sup> Vgl. *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019)*: Artikel. Leitbild Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftswachstum, in: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/definitionen-02-wirtschaftswachstum.html>, Zugriff am 02.01.2019.

<sup>22</sup> Vgl. *Bundesagentur für Arbeit*, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Grundlagen: Definitionen – Glossar der Statistik der BA, Nürnberg, Stand: 05.12., in: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Glossare/Generische-Publikationen/Gesamtglossar.pdf>, Zugriff am 03.01.2019.



## Kurzportrait des IWH

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde 1992 gegründet. Die Aufgaben des IWH sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das Institut betreibt in seinen drei Forschungsabteilungen Makroökonomik, Finanzmärkte sowie Strukturwandel und Produktivität evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

## Wissenschaftliche Leitung



### **Professor Reint E. Gropp, Ph.D.**

Präsident

Forschungsschwerpunkte:

- ↗ *Finanzökonomik*
- ↗ *Makroökonomik*
- ↗ *Unternehmensfinanzierung*
- ↗ *Geld und Banken*

E-Mail: [President@iwh-halle.de](mailto:President@iwh-halle.de)

Tel: +49 345 7753 700



### **Professor Dr. Oliver Holtemöller**

Stellvertretender Präsident und

Leiter der Abteilung Makroökonomik

Forschungsschwerpunkte:

- ↗ *quantitative Makroökonomik, Konjunkturzyklen und Prognose*
- ↗ *angewandte Ökonometrie und Zeitreihenanalyse*
- ↗ *monetäre Ökonomik*
- ↗ *makroökonomische Politik*

E-Mail: [Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

Tel: +49 345 7753 800

## Autorenübersicht



E-Mail: Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de  
Tel: +49 345 7753 775

### Dr. Hans-Ulrich Brautzsch

Abteilung Makroökonomik

Abbildungen: 12, 14, 17, 18, 21, 22, 24, 27, 28

Forschungsschwerpunkte:

- ↳ *Diagnose und Prognose der Entwicklung des Arbeitsmarkts in Deutschland und in Ostdeutschland*
- ↳ *Input-Output-Analyse*
- ↳ *makroökonomisches Modell*



E-Mail: Eva.Dettmann@iwh-halle.de  
Tel: +49 345 7753 855

### Dr. Eva Dettmann

Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung  
(IWH-CEP)

Abbildungen: 25, 26

Forschungsschwerpunkte:

- ↳ *Evaluation von Regional- und Innovationspolitik*
- ↳ *Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Instrumente*
- ↳ *angewandte Mikroökonomie*



E-Mail: Peter.Haug@iwh-halle.de  
Tel: +49 345 7753 709

### Dr. Peter Haug

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Abbildung: 35

Forschungsschwerpunkte:

- ↳ *Kommunalfinanzen*
- ↳ *Effizienz der kommunalen Leistungserstellung*
- ↳ *Kommunalwirtschaft*



E-Mail: [Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de](mailto:Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)  
Tel: +49 345 7753 753

### **Dr. Gerhard Heimpold**

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Abbildungen: 4, 6, 7, 11, 13, 19, 20, 23, 29, 30, 32

Forschungsschwerpunkte:

- 📄 regionale Entwicklungspolitik
- 📄 Fallstudien in ostdeutschen Regionen
- 📄 regionale Strukturanalysen



E-Mail: [Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)  
Tel: +49 345 7753 800

### **Professor Dr. Oliver Holtemöller**

Stellvertretender Präsident und

Leiter der Abteilung Makroökonomik

Abbildung: 31

Forschungsschwerpunkte:

- 📄 quantitative Makroökonomik, Konjunkturzyklen und Prognose
- 📄 angewandte Ökonometrie und Zeitreihenanalyse
- 📄 monetäre Ökonomik
- 📄 makroökonomische Politik



E-Mail: [Martina.Kaempfe@iwh-halle.de](mailto:Martina.Kaempfe@iwh-halle.de)  
Tel: +49 345 7753 838

### **Martina Kämpfe**

Abteilung Makroökonomik

Abbildungen: 8, 10

Forschungsschwerpunkte:

- 📄 Konjunkturprognose für den deutschen Außenhandel
- 📄 Konjunkturprognose für die Region Mittel- und Osteuropa
- 📄 gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Reformen in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern



### **Dr. Axel Lindner**

Abteilung Makroökonomik

Abbildungen: 1, 2, 3, 9, 15, 33

Forschungsschwerpunkte:

- 📌 *monetäre Ökonomie*
- 📌 *Konjunktur und Wachstum im Euroraum*

E-Mail: Axel.Lindner@iwh-halle.de  
Tel: +49 345 7753 703



### **Professor Dr. Steffen Müller**

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Abbildung: 5

Forschungsschwerpunkte:

- 📌 *betriebliche Produktivität*
- 📌 *empirische Arbeitsmarktökonomik*
- 📌 *betriebliche Gründungs- und Schließungsdynamik*

E-Mail: Steffen.Mueller@iwh-halle.de  
Tel: +49 345 7753 708



### **PD Dr. Mirko Titze**

Leiter des Zentrums für evidenzbasierte

Politikberatung (IWH-CEP)

Abbildung: 16

Forschungsschwerpunkte:

- 📌 *Konvergenz regionaler Wirtschaftsentwicklung (Fokus Ostdeutschland, neue Mitglieder der EU)*
- 📌 *Wirksamkeit von Instrumenten der Wirtschaftsförderung*

E-Mail: Mirko.Titze@iwh-halle.de  
Tel: +49 345 7753 861



E-Mail: [Goetz.Zeddies@iwh-halle.de](mailto:Goetz.Zeddies@iwh-halle.de)  
Tel: +49 345 7753 854

### **Dr. Götz Zeddies**

Abteilung Makroökonomik

Abbildung: 34

Forschungsschwerpunkte:

- ↳ *Konjunkturanalyse und -prognose*
- ↳ *Prognose der öffentlichen Finanzen für Deutschland*
- ↳ *Mitglied im Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ beim Bundesministerium der Finanzen*